D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 37
10. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

17. September 1982
Preis 1,80 DM

Das Problem mit den Arbeitsloseninitiativen
Immer mehr werden es mit Zunahme der Arbeitslosigkeit. Ihre Schwierigkeiten liegen in der konkreten und langfristigen Arbeit und Zielsetzung .... S. 3



Brokdorf-Prozeß gegen AKL-Mitglieder eröffnet
Letzten Dienstag wurde ein weiterer Brokdorf-Prozeß eröffnet, es geht um einen Polizeiüberfall auf den Lautsprecherwagen des AKL .... S. 2

Wie fertigwerden mit der Thatcher-Regierung?
Wenige Erfolge können die britischen Gewerkschaften bislang gegen die konservative Regierung buchen. Genug Stoff für den TUC-Kongreß .... S. 13

Wehrpflicht = Wehrrecht Nur für Männer?
Seit 1978 wird von verschiedensten Positionen aus diskutiert, ob Frauen in breiterem Umfang Zugang zur Bundeswehr erhalten sollten .... S. 14/15

Etwas Bewegung in der SPD

cof. Die Ereignisse der letzten Woche haben eins klar gemacht: daß die SPD im Bündnis mit den sogenannten Freien Demokraten nicht an der Regierung bleiben kann. Die nächste Entscheidung darüber, wer dann in der Republik mit welchen parlamentarischen Mehrheiten regiert, fällt am 26. September bei den hessischen Landtagswahlen. Ein Hamburger Ergebnis wäre am günstigsten. Damit es auch was nützt, muß allerdings einiges geschehen.

,,Die Entwicklung der jüngsten Zeit zwingt zu neuem Nachdenken ...", haben 45 zumeist namhafte linke Sozialdemokraten aus Südhessen einen Aufruf, in Hessen SPD zu wählen, eingeleitet. Aus Aufrüstung und Friedensbewegung, Wirtschaftskrise und gewerkschaftlichem Widerstand, Naturzerstörung und für ihre Umwelt sich einsetzenden Bürgerinitiativen wird für ,,eine Politik mit Zukunft" gefolgert: ,,In einem umfassenden gemeinsamen Lern- und Arbeitsprozeß müssen wir uns auf sozialdemokratische Kernpunkte konzentrieren": 1. glaubwürdige Friedenspolitik statt ,,Aufrüsten, um abzurüsten", 2. sichere, humane Arbeitsplätze und eine gerechte Verteilung der Arbeit und der Einkommen sowie der Arbeitszeit und der Freizeit, 3. Alternativen zur Wachstumspolitik umsetzen und nicht nur auf Parteitagen beschließen, 4. soziale Sicherheit,

umsetzen und nicht nur auf Parteitagen beschließen, 4. soziale Sicherheit,

5. Gleichberechtigung der Frauen in der Praxis. Es folgt eine Reihe ziemlich grüner Kernforderungen und die Feststellung, daß man sich auf Verbündete stützen muß. Als Alternative zu Dregger und der hessischen CDU ,,muß die SPD auch bereit sein, Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit den Grünen zu prüfen".

Sieht man mal davon ab, was hier so schlankweg als ,,Kern sozialdemokratischer Politik" bezeichnet wird, so drückt sich in diesem Aufruf doch einigermaßen das aus, worauf wir hinweisen wollen, wenn wir eine entsprechende Politik der GRÜNEN begrüßen würden, die die Verhältnisse – und Mehrheiten – in der SPD zum Tanzen bringt. Nun regt sich so mancher mit der Plakette ,,Wählt keine Startbahnpartei" auf, daß dort aber doch zur Wahl der SPD aufgerufen werde. In Wirklichkeit meinen die Leute zweierlei: auf jeden Fall wählen, um eine CDU-Mehrheit zu verhindern – was heißt erstens grün wählen, zweitens lieber SPD als gar nicht.

Demgegenüber stehen allerdings – verkehrte Welt – immer noch zahlreiche sozialdemokratische Gewerkschaftsführer. Nehmen wir exemplarisch, was Döding, Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, auf dem Gewerkschaftstag gesagt hat. Sein Aktionsprogramm, die Betriebsräte sollten ihre Widerspruchsrechte gegen Kündigungen voll ausnutzen usw., steht – wie blaß auch immer – doch in scharfem Gegensatz zu seinen Hetztiraden gegen Grüne. An dieser Front ist er um keine Plattitüde verlegen. Da wird der ganze Schmonses von Bremen und Baden-Württemberg aufgetischt und auch noch gegen grüne Großveranstaltungen von Arbeitslosen gewettert, eine ,,Sprengkraft, die die Grünen jetzt auch noch zünden" wollten. Dem Döding ins Stammbuch: Glaubt er, mit der FDP oder in Großer Koalition gewerkschaftliche Kernforderungen wie die nach der 35-Stunden-Woche durchzusetzen oder auch nur ,,bereits erstrittene Rechte", auf die man nicht verzichten dürfe, zu erhalten? Da täte er wie viele seiner Kollegen in den Gewerkschafts- und SPD-Türmen wirklich gut daran, einen kurzen Blick ins grüne (Hessen-)Programm zu werfen.

Was immer Döding mit seinen Nebelkerzen beabsichtigt, was er selbst sagt, liegt ganz anders. Effektvoll und richtig meinte er in Nürnberg z.B auch, für die Gewerkschaften gebe es nicht den geringsten Grund, zu akzeptieren, daß die von Rationalisierung betroffenen Arbeitnehmer sozusagen stellvertretend den Preis dafür zu erbringen hätten, daß es der Mehrheit der Bevölkerung mit Hilfe moderner Technologie besser gehe, und daß sich stattdessen endlich die Einsicht durchsetzen müsse, daß nicht alles, was technologisch machbar und ökonomisch rentabel ist, auch schon politisch wünschenswert und sozial verkraftbar sei. Da ist der Weg nicht weit zum Argument, die bekannten Großprojekte dürfen nicht gegen den Widerstand der Betroffenen durchgeführt werden. Solchen Leuten sollte etwas politische Nachhilfe geleistet werden, indem man ihnen die eigene Melodie vorsingt. Und sie werden auch auf Dauer nicht ignorieren können, daß Gewerkschafter, Betriebsräte und Vertrauensleute in Hamburg wie jetzt auch in Hessen zur

Hamburg wie jetzt auch in Hessen zur

Wahl von GRÜNEN oder GAL aufgerufen haben.

Fragt sich, ob die GRÜNEN diese Lage und diese Chance erkennen. Die hessischen jedenfalls machen sich bislang rar, um die Jungfräulichkeit zu bewahren. Manche pflegen regelrecht das Mißverständnis, wir zum Beispiel wollten ihnen zumuten, sich dem Wachstums-, Atom- und Betonbörner in die Arme zu werfen. Dabei wird angesichts der Schweinereien der derzeitigen SPD-Regierung der Unterschied zur CDU verwischt. Und allmählich müßte erkannt werden, daß es bei einem Aktionsprogramm als Grundlage für Duldung oder Koalition oder irgendwas in der Richtung überhaupt nicht darum geht, Kuhhändel anzufangen und Prinzipien zu verlassen. Vielmehr wäre dann die SPD vor die Alternative gestellt, grob gesagt den Frankfurter Flughafen wichtiger als die 35-Stunden-Woche zu finden; sie müßte Zugeständnisse machen oder das Programm der Kapitalisten offensiv gegen die gewerkschaftlichen Forderungen der GRÜNEN verteidigen. Wenn schon, wie ein Vertreter der Post-Gewerkschaft Frankfurt auf einer Veranstaltung sagte, die GRÜNEN alles von den jahre- und jahrzehntelangen Forderungen der Gewerkschaften abgeschrieben haben, dann wird man – wenn die Realisierung bis jetzt angeblich immer an der FDP gescheitert ist – schließlich zusehen müssen, ob das Bündnis mit den GRÜNEN nicht wirklich passend wäre.

Laut sinniert die Staatskanzlei in Wiesbaden inzwischen sowohl über einen Nachfolger für Holger Börner als auch darüber, daß ,,die WAA in Frankenberg wenig wahrscheinlich ist". Zarte Wirkungen der Existenz der GRÜNEN. Eine Absichtserklärung ihrerseits wäre sicher geeignet, mehr Stimmen aus der Sozialdemokratie zu binden und bessere Voraussetzungen für die Isolierung der SPD-Rechten zu schaffen. Das zeigt auch die Hamburger Erfahrung, wo die SPD *so* nicht bleiben kann.



30000 Türken und Kurden waren es bestimmt, die letzten Samstag in Frankfurt anläßlich des zweiten Jahrestages des Militärputsches – zum ersten Mal gemeinsam – demonstrierten. „Nein zur faschistischen Verfassung der Militärjunta" und „Keine Türkeihilfe der Bundesregierung" waren die häufigsten Parolen. Eckart Spoo von der dju kritisierte in seiner Rede auf der Kundgebung u.a. Genscher, der den Verfassungsentwurf als „ermutigend" bezeichnet hatte. Seit der Machtergreifung der Militärs in der Türkei wurden etwa 170000 Menschen willkürlich festgenommen; gegen 47000 Oppositionelle wird vor den Militärgerichten verhandelt, wobei bisher von Militärstaatsanwälten etwa 4600 Anträge auf Todesstrafe gestellt worden sind; 700 wurden seit September 1980 erschossen – berichteten türkische Redner.

Ein Wandel nach der Konferenz von Fes

Arabische Umarmungsstrategie oder Gipfel der Hoffnung?

jup. Ob die arabische Gipfelkonferenz in Fes als Beweis für das Zusammenrücken der arabischen Nation – und damit für die infragegestellte Existenz derselben – angesehen werden kann, sei dahingestellt. Tatsache bleibt, daß die Vertreter der arabischen Länder einschließlich des Libanon, der Not gehorchend, die israelische Aggression zum längst überfälligen Anlaß gemeinsamer Beratungen genommen haben. Herausgekommen ist die „Charta von Fes" als einstimmiges Ergebnis der 20 anwesenden Mitglieder der Arabischen Liga. Ägyptens Mitgliedschaft ist wegen des Separatabkommens von Camp David suspendiert, Gaddafi bezeugt seine „Standhaftigkeit" durch Abwesenheit.

Mit vier Problemen befaßte sich die Konferenz vorrangig: 1. dem israelisch-arabischen Konflikt, 2. der israelischen Aggression gegen Libanon, 3. der arabischen Haltung im Golf-Krieg, 4. der Lage am Horn von Afrika. Die Entschließung zum israelisch-arabischen Konflikt umfaßt folgende 8 Punkte:

1. Rückzug Israels aus allen im Jahr 1967 besetzten Gebieten einschließlich des arabischen Teils von Jerusalem,

2. Entfernung der von Israel nach 1967 errichteten Siedlungen auf arabischem Territorium,

3. Garantie der Freiheit des Gottesdienstes und der Religionsausübung an den heiligen Stätten für alle Religionen,

4. Bekräftigung des Rechtes des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und Ausübung seiner unverletzlichen und unveräußerlichen nationalen Rechte unter der Führung der PLO, seiner einzigen und rechtmäßigen Vertretung, und die Entschädigung all jener, die nicht (in ihre Heimat) zurückkehren möchten,

5. Unterstellung Cisjordaniens und des Gaza-Streifens unter die Kontrolle der Vereinten Nationen für eine Übergangszeit, die einige Monate nicht überschreiten soll,

6. die Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates mit Jerusalem als Hauptstadt,

7. der Sicherheitsrat garantiert den Frieden zwischen allen Staaten in dem Gebiet einschließlich des unabhängigen palästinensischen Staates,

8. der Sicherheitsrat garantiert die Beachtung dieser Grundsätze.

Gemessen an den Plänen Reagans und König Fahds bringe die Charta nicht viel Neues, wird bereits verschiedentlich eingewendet. Neu ist allerdings einiges daran: Zum ersten Mal seit der Gründung Israels hat die Gipfelkonferenz der Arabischen Liga einen arabischen Friedensplan verabschiedet. Unzweifelhaft hat die amerikanische Initiative einen positiven Einfluß auf die Beratungen ausgeübt. In dem Sinn, daß sie es den arabischen Ländern erleichtert hat, eine Ebene zu finden, auf der sie sich bewegen können. Von einer Übernahme amerikanischer Optionen kann schon deshalb nicht gesprochen werden, weil die Beschlüsse von Fes weitgehender sind. Einmal vom Inhalt her, indem das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes und das Recht auf einen unabhängigen Staat sowie die Vertretung durch die PLO als erste faktische Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts ausdrücklich beschlossen sind. Wäre es den arabischen Staaten lediglich auf eine Image-Verbesserung angekommen, hätten sie sich auf eine Unterstützung der amerikanischen Pläne beschränken können.

Auch der Verdacht, sie wollten sich nur rasch des palästinensischen Konfliktpotentials in den Reihen der eigenen Bevölkerung entledigen, ist wenig stichhaltig, weil die gefaßten Beschlüsse gegenüber solchen Überlegungen eine schwere Hypothek bedeuten würden, die sich auf unterschiedliche Weise gegen die arabischen Regierungen wenden könnte. Vielmehr will es scheinen, daß die arabischen Liga-Mitglieder die Erfolge des palästinensischen Widerstandskampfes zu würdigen beginnen. Erfolge, die in der Vereitelung der israelischen Kriegsziele liegen und dem damit verbundenen Beitrag zur Unterminierung des israelisch-amerikanischen Verhältnisses.

Hatten die arabischen Staaten in der Vergangenheit häufig die Haltung gegenüber den Palästinensern, daß sie sie als lebenden Beweis für die Niedertracht der zionistischen Politik „hochhielten" und wenig dagegen taten, so beginnen sie jetzt zu begreifen, daß die PLO sich auch um die Würde der arabischen Nation verdient gemacht hat. Syrien hat es im Lauf der Konferenz zu spüren bekommen. Seinen Manövrierversuchen, einmal als von Israel bedrohter Staat sich verteidigen zu müssen, dann als arabischer Ordnungshüter eigenmächtig zu agieren, wurden klare Grenzen gesetzt. Mit der Beendigung des Mandats für die arabischen Abschreckungsstreitmächte erhielt die libanesische Regierung die militärische Oberhoheit zurück.

Leichtsinn, angesichts der Wahlen im Libanon Israel auch noch implizit die Anerkennung seines Staates auszusprechen? Sicher wird Israel seine militärischen Aktionen nicht von heut auf morgen einstellen; der Angriff auf den Zionismus besteht aber derzeit darin, daß er sich politisch stellen muß und sich auch nur politisch wird retten können.

Brokdorf-Prozeß:

Es geht gegen Demonstrationsrecht und die gewerkschaftliche Bewegung gegen Atomenergie

Prozeß gegen zwei AKL-Vertreter in Itzehoe hat begonnen / Die Erklärung der Angeklagten vor Gericht

Wir wollen zum Anfang des Prozesses erst einmal deutlich machen, wie wir zu dieser Anklage gegen uns stehen, darstellen, was wirklich am 28. Februar 1981 in der Wilster Marsch passiert ist. Denn es war kein Zufall und keine kriminelle Tat, die uns auf diese Anklagebank gebracht hat (...)

Nicht nur die Masse der 100000 Demonstranten am 28. Februar '81 in Brokdorf, sondern auch der zunehmende Widerstand gegen Atomanlagen gerade aus den Reihen der Gewerkschaften, lassen den hier zur Verhandlung stehenden Polizeiüberfall auf den Lautsprecherwagen des Aktionskreises Leben (AKL) nicht als Zufallsprodukt der brutalen Polizeieinsätze am 28.2.81 erscheinen, sondern zeigen den tatsächlichen Hintergrund dieser Aktion.

Denn was ist dieser Aktionskreis Leben (AKL) und was repräsentierte er damals?

Seit 1977 hat sich innerhalb der Gewerkschaft unter den Kollegen und Kolleginnen in den Betrieben eine wichtige Veränderung abgespielt. Der AKL, als dessen Mitstreiter wir hier angeklagt sind, hat sich „gebildet, um gemeinsam mit zahlreichen Atomgegnern bei uns und in aller Welt gegen das Risiko der Atomwirtschaft anzutreten. Er versteht sich als innergewerkschaftliches Forum der Meinungsbildung und kämpft für die Revision der Beschlüsse des DGB zur Atomfrage. Dabei beschränkt er sich gleichwohl nicht nur auf innergewerkschaftliche Aufklärung und Mobilisierung" (Grundsatzpapier des AKL, in AKL-Info Nr. 18 vom November 1980).

Es ist sicher den meisten bekannt, daß es inzwischen deutliche Veränderungen in der Haltung der DGB-Gewerkschaften zur Frage der Kernenergie gibt.

Hielten der DGB-Bundesvorstand und der ÖTV-Bezirksvorsitzende Schwalbach 1976 noch alle Atomkraftgegner für „Spinner und Chaoten" (Kieler Nachrichten, September 1976) und begrüßen das Energieprogramm der Bundesregierung, der Banken und der Energiekonzerne, wandelte sich dieses Bild – auch unter dem Eindruck der Massendemonstration gegen das Atomkraftwerk in Brokdorf.

War die Kernenergie zunächst unverzichtbarer Bestandteil der Energiepolitik des DGB (1976), änderte sich diese Position. Heute werden von der IG Metall und dem DGB gerade in Hamburg (IG Metall Innovationsberatungsstelle) Vorschläge für beschäftigungsintensive Alternativenergien gemacht. Sollen laut DGB-Kongreß und IGM-Gewerkschaftstag Kohle und Alternativenergien Vorrang vor der Kernenergie haben. Die Kernenergieanlagen sollen solange gestoppt werden, bis die Frage der Entsorgung geklärt ist.

Konnten 1976 Betriebsräte noch dazu gebracht werden, in Dortmund eine Großdemonstration für Kernenergie zu organisieren, fordern heute Einzelgewerkschaften wie IG Druck, HBV und GEW die Stillegung aller Atomanlagen und die Entwicklung alternativer Energien. Sie bringen in ihren Beschlüssen die Überlegungen vieler Gewerkschafter zum Ausdruck, das gesellschaftliche Problem der Energieversorgung nicht länger unter Kontrolle des Finanzkapitals zu belassen und fordern „die Überführung der Energiekonzerne in Gemeineigentum" (GEW Gewerkschaftstag 1980)

In der Vorbereitung der Demonstration vom 28.2.81 wurde die veränderte Haltung der Gewerkschafter deutlich:

- Anläßlich des SPD-Parteitages in Hamburg im Januar 1981 riefen IG Druck, HBV und GEW zum Protest für den Ausstieg Hamburgs aus Brokdorf auf.
- Gab es im DGB-Kreisvorstand Hamburg zum ersten mal keinen einheitlichen Block der Atomkraftbefürworter, sondern eine Abstimmung von 13:6
- Erschien in der Hamburger Morgenpost ein Aufruf von 1600 Betriebsräten, Vertrauensleuten und Gewerkschaftern, der trotz des Verbotes zur Demonstration am 28.2. aufrief. Initiiert wurde dieser Aufruf vom AKL.
- Die GEW und die IG Druck riefen ihre Mitglieder auf, sich trotz bestehenden Verbotes an der Demonstration zu beteiligen.

Eine zunehmende Ablehnung des Energieprogramms der Bundesregierung durch immer größere Teile der lohnabhängig Beschäftigten paßt den Banken und Energiekonzernen nicht ins Konzept. Die Diffamierung der Kernenergiegegner als „Kriminelle" und „Chaoten" wird dann immer schwerer und auch die Demagogie von angeblicher „Sicherung der Arbeitsplätze" durch Atomkraftwerke wird immer weniger Anklang finden.

Beispiele wie das atomare Industriegebiet Brunsbüttel – die Jugendarbeitslosigkeit beträgt dort 35%, während durch die Atomindustrie gerade 12 neue Technikerstellen geschaffen wurden – lassen sich noch mehr finden.

Es wurde deshalb schon im Vorfeld der Demonstration versucht, ein möglichst organisiertes Auftreten von Gewerkschaftern in Brokdorf zu verhindern. So wurden dem Aktionskreis Leben, der eine klare Position in seinem Aufruf zur Demonstration formuliert hatte, die für die Fahrt nach Brokdorf angemieteten Busse kurzfristig abgesagt. Nach Darstellung des Busunternehmers Jaspers auf Druck der Hamburger Innenbehörde. Trotz des SPD-Beschlusses auf dem außerordentlichen Landesparteitag vom Januar 81 wollte der Hamburger Senat nicht, daß sich in diesem Umfang und nach außen deutlich sichtbar, Gewerkschaftsmitglieder an solchen Demonstration beteiligen. (...)

Der Bau des Atomkraftwerkes Brokdorf im allgemeinen und dieser Strafprozeß im besonderen sind ein typisches Beispiel, wie durch systematisch Diffamierung und Kriminalisierung der Atomkraftgegner die Beziehung von Ursache und Wirkung auf den Kopf gestellt wird. Wer spricht denn heute noch von der ersten Platzbesetzung am 30.10.1976, die damit endete, daß nach Einbruch der Dunkelheit Polizeipferde in die lagernde Menschenmenge ritten, gerichtsbekanntermaßen Polizeitruppen und Werkschützer der NWK die Menschen in die Wassergräben und die Zelte ins Feuer warfen. Wer spricht heute von der zweiten Brokdorf-Demonstration am 13.11.1976, als unser Kollege Woytalla – ein Betriebsrat aus Kiel – durch einen aus dem Baugelände von Polizisten herausgeworfenen Stein am Kopf verletzt wurde und sein Sprachvermögen verlor. Wer spricht von den Hubschraubereinsätzen am gleichen Tage, als hunderte von Menschen auf dem Rückmarsch von der Demonstration von tieffliegenden Hubschraubern mit Tränengas angegriffen, zu Boden gedrückt und in die eiskalten Gräben gejagt wurden. (...)

Aber Demonstranten wurden verurteilt. Und jedes Urteil diente im Nachhinein als Legitimation für den vorausgegangenen und als Argument für den nächsten härteren Polizeieinsatz.

Zwei Polizeioffiziere, Röper und Schwarz, die auch im Verfahren gegen uns für den Polizeiüberfall auf dem Rückweg verantwortlich sind, haben von Anfang an eine zentrale Rolle bei den Polizei-Einsätzen und der strafprozessualen Nachbereitung hier in Itzehoe gespielt. Röper war zudem anwesend bei der Verhandlung vor dem OVG Lüneburg in der Nacht vor der Demonstration, um das vom Verwaltungsgericht Schleswig aufgehobene Demonstrationsverbot doch wieder durchzudrücken.

Röper und die dahinterstehenden politischen Kräften brauchen unsere Verurteilung, um ihr Polizeikonzept im Nachhinein als notwendig und gerechtfertigt zu verkaufen. Und mit unserer Verurteilung wird dann für das nächste Demonstrationsverbot hausieren gegangen. Das ist die systematische Demontage des Demonstrationsrechts in polizeilicher Selbstverwaltung. Wir haben seit 1976 alles gelernt und nichts vergessen und werden dies in dem Verfahren, gerade an den Personen der zentralen Polizeizeugen und -strategen zur Sprache bringen. (...)

Gerade die Anklageschrift und die Vorwürfe, die wir zurückweisen, zeigen deutlich, worum es hier geht: um die Einschränkung der Demonstrationsfreiheit. Da aber in allen Kämpfen der Bevölkerung das Recht auf politische Meinungsfreiheit und Demonstrationsfreiheit immer erkämpft werden mußte, wie zum Beispiel unter dem Sozialistengesetz, gerade deshalb fordern wir, daß dieser Prozeß eingestellt wird. Daß hier nicht Demonstratiosfreiheit angegriffen wird als Grundlage, juristisch dafür weiter gegen die Friedensbewegung, gegen die Streiks und die Demonstrationen der Gewerkschaften, die ja gerade jetzt in massenhaftem Umfang angekündigt sind, vorzugehen.

Eine politische Auseinandersetzung wollen wir nicht auf der Ebene eines Kriminalfalles führen.

Wir fordern die Einstellung dieses Prozesses!
Uneingeschränkte Demonstrationsfreiheit!
Einstellung aller Brokdorfverfahren!
Freiheit für Markus Mohr und Michael Duffke!



Lingen/Emsland. Am 10.8. wurde vom niedersächsischen Sozialministerium die erste Teilerrichtungsgenehmigung für das Kernkraftwerk Emsland (KKE) erteilt. Das KKE ist ein 1300 MW Druckwasserreaktor und gehört zur sogenannten Baulinie 80. Das sind im 1. Konvoi fünf Kernkraftwerke gleichen Typs, um die Genehmigung zu vereinfachen. Die Bauarbeiten laufen Tag und Nacht, auch an Wochenenden. Bevor die erste Gerichtsentscheidung gegen den Bau möglich ist, sollen der Wald gerodet und Tatsachen geschaffen werden. Die gesamte Waldfläche von 52 ha wird mit 17 Mio. DM mit Betonmauer und Graben umgeben. Im Frühjahr 1983 soll mit dem Bau begonnen werden. Außer den GRÜNEN im Kreistag und einigen SPD-Ratsherren in Lingen haben sich alle Politiker für den Bau ausgesprochen. Der DGB hat schon früh den Baubeginn begrüßt. Der ÖTV-Chef warnte gar die Bürgerinitiativen vor „Störmanövern". Es gibt kein einziges Gewerkschaftsgremium, das Kritik äußert. Immer die gleiche Leier: 1200 Bauarbeiter finden zu Spitzenzeiten Arbeit, danach siedeln vielleicht einige Betriebe an, die Energie wird benötigt. Das erste Kernkraftwerk ist zwar wegen dauernder Störfälle stillgelegt, aber immerhin noch nicht explodiert. Am 11.8. sperrten 150 Demonstranten für ein paar Stunden Straßenkreuzungen in Lingen. Am Samstag, 21.8., fand nach Aufruf der Bürgerinitiativen eine erste Blockade der Zufahrtsstraßen statt. Die Polizei räumte und verhaftete. Ohne auswärtige Unterstützung ist hier an eine Bauplatzbesetzung nicht zu denken. Deshalb sind weitere kleinere Aktionen geplant. – Eine Klage gegen die erste Teilerrichtungsgenehmigung läuft bereits. Das Verfahren kostet ca. 100000 DM (25000 sind bisher gesammelt). Weitere Spenden sind dringend nötig: *Rechtshilfefonds (Bürgerinitiative Emsland), Volksbank Bawinkel, Kto.-Nr. 3089, BLZ: 28069995*

Persönliche Patientendaten an die Polizei weitergegeben

kvz. Im August 80 bat die Kriminalpolizei Bremen im Zuge der Ermittlungen strafbarer Handlungen anläßlich der öffentlichen Rekrutenvereidigung im Weser-Stadion am 6.5.1980 unter anderem das Rote-Kreuz-Krankenhaus Bremen um Auskünfte über Personalien verletzter Personen. Daraufhin übermittelte der ärztliche Leiter des Rote-Kreuz-Krankenhauses Bremen Anfang September 80 die Personalien mehrerer Patienten. Während der Landesbeauftragte für den Datenschutz im Juni 81 diesen Vorgang beanstandete, stellten Staatsanwaltschaft und Generalstaatsanwaltschaft Bremen die Ermittlungen gegen den ärztlichen Direktor ein. Zwar liege objektiv eine Verletzung der Geheimsphäre vor, die Preisgabe der Daten sei jedoch zu billigen, weil es um die Aufklärung erheblicher Straftaten gegangen sei und konkrete Gefahr der Wiederholung gedroht habe. Diese Entscheidung wurde durch Beschluß des Oberlandesgerichtes Bremen vom 27.8.82 kritisiert und die Ermittlungen durch die Staatsanwaltschaft angeordnet. „Rechtfertigender Notstand im Sinne des § 34 StGB scheidet im vorliegenden Fall aus, da nichts dafür ersichtlich ist, daß die Verletzung der Privatgeheimnisse der Antragstellerin durch das Schreiben vom 4.9.80 der Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr zu dienen vermochte." Das Oberlandesgericht hat aber die unmittelbare Anklageerhebung abgelehnt, weil die tatsächlichen Umstände bisher von der Staatsanwaltschaft nicht aufgeklärt worden seien. Tatsächlich ist der ärztliche Direktor des Rote-Kreuz-Krankenhauses bis heute nicht als Beschuldigter vernommen worden. Umgekehrt ist ihm durch die Bremische Polizeiführung ein Rechtsmittelgutachten übermittelt worden, welches den Beschuldigten in einer leichtfertigen Vernachlässigung der ärztlichen Schweigepflicht gegenüber jedem Strafverfolgungsinteresse noch bestätigt.

„Kein Rassenhaß" – Verfahren gegen Bauer-Verlag eingestellt

kvz. Die Hamburger Staatsanwaltschaft hat ein Verfahren gegen den Heinrich-Bauer-Verlag wegen Aufstachelung zum Rassenhaß und Volksverhetzung endgültig eingestellt. „Terre des Hommes" in Osnabrück hatte im Mai wegen Veröffentlichungen in den Zeitschriften „Neue Revue" und „Wochenend" Strafanzeige erstattet. Unter den Überschriften wie: „Wie lange können wir uns die Ausländerflut noch leisten?" und „Schluß mit der Einwanderer-Flut – Ausländer nutzen unser Mitleid aus", war eine aggressive Ausländerhetze betrieben worden und wurden Leute, die „Ausländer raus"-Parolen gemalt hatten, verteidigt. Der Generalstaatsanwalt in Hamburg hat jetzt die Entscheidung der Staatsanwaltschaft verteidigt und den Einspruch von „Terre des Hommes" abgelehnt, denn die Erfüllung der Straftatbestände §130 (Volksverhetzung) und §131 (Aufstachelung zum Rassenhaß) seien nicht gegeben. In keinem der Artikel sei trotz der „teilweise scharfen und möglicherweise unausgewogenen Kritik" ein Angriff auf die Menschenwürde erfolgt. Auch die Voraussetzungen der Aufstachelung zum Rassenhaß seien nicht gegeben, „denn die Ausländer in der BRD, insbesondere die unberechtigt politisches Asyl begehrenden Personen, bilden keine Rasse. Sie entstammen vielmehr offensichtlich gänzlich unterschiedlichen Völkern, zwischen denen die Klammer einer Rasse, nämlich die Gemeinsamkeit in vielen erheblichen Körpermerkmalen nicht besteht." Die Staatsanwaltschaft betonte, daß ja das Lebensrecht der Betroffenen in den Artikeln nicht in Abrede gestellt worden sei. Die Artikel seien „Ausfluß der garantierten Pressefreiheit".

Demonstration der Initiative Soziale Sicherheit abgesetzt?

jöf. Für den 23. Oktober rief bisher die „Initiative Soziale Sicherheit", eine Zusammenschluß von Gewerkschaftlern, Betriebsräten, Jugendvertretern, den Falken, Orts- und Landesverbänden der GRÜNEN, Funktionsträgern aus der SPD, zu einer bundesweiten Demonstration in Gelsenkirchen auf Grundlage des „Sozialappells an die Bundesregierung" auf. Inzwischen nun plant der DGB-Landesvorstand NRW eine Großkundgebung im Bochumer Stadion gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit zum gleichen Zeitpunkt. Ob vor der Kundgebung eine gewerkschaftliche Demonstration stattfindet ist bis jetzt noch nicht sicher. Laut Informationen von Trägern der Initiative schließt sich diese der DGB-Kundgebung an und verzichtet auf die geplante Demonstration in Gelsenkirchen.

GRÜNEN in Schleswig-Holstein vor Zusammenschluß

kvz. Auf einer außerordentlichen Delegiertenversammlung hat die Grüne Liste Schleswig-Holstein (GLSH) am letzten Sonntag einen Zusammenschluß mit dem Landesverband „Die GRÜNEN" beschlossen. Der Beschluß wurde bei 43 stimmberechtigten Delegierten mit Mehrheit angenommen. Unter dem Namen „Die GRÜNEN Schleswig-Holstein" will man bei der Landtagswahl am 13. März 1983 antreten. Die Parteigremien sollen paritätisch besetzt werden. Über die Fusion müssen nach dem Willen der Delegierten jedoch noch die 455 Mitglieder der GLSH bis Ende September in einer Urabstimmung entscheiden.

Brokdorf-Prozeß gegen Gewerkschafter eröffnet

edd.Hamburg. Unter starken polizeilichen Sicherheitsvorkehrungen begann der Prozeß gegen die beiden Hamburger AKL-Kollegen. Nach der Verlesung der Prozeßerklärung lehnte Staatsanwalt Widuwildt, bekannt und berüchtigt aus dem Duffke-Mohr-Prozeß, den Einstellungsantrag ohne Begründung ab. Dennoch konnte nicht verhindert werden, daß bei der Vernehmung der Zeugen Röper und Huppert, beides Polizeioffiziere, alle politischen Fragen offengelegt wurden: Der Prozeß wird als Rechtfertigung für das Demonstrationsverbot für eine ganze Region genutzt, der Einsatz von rheinland-pfälzischer Polizei gegen den Gewerkschafterblock ist offenbar die direkte Anwendung der Notstandsgesetze. Einen direkten Meineid schwörten diese Polizeioffiziere. Bürgerschaftsabgeordnete Thea Bock von der GAL sagte unter Eid aus, daß diese sich vor der Prozeßraumtür besprochen hätten und Angaben über den Angeklagten Zabel austauschten. Dies wurde von ihnen, auch unter Eid, bestritten. *Der Prozeß wird am 21.9. um 8.30 Uhr beim Amtsgericht Itzehoe, Bergstr. 7 fortgesetzt.*

ine · Termine · Tern

September

18. **Marienberg (Bayern).** Demonstrationen der BI Umweltschutz Rosenheim gegen das geplante AKW
Wiesbaden. Großdemonstration in Wiesbaden gegen Atom-, Beton- und Rüstungspolitik als Abschluß der Umweltstafette

21. **Itzehoe.** 2. Prozeßtag im Prozeß gegen Uwe Zabel und Kay Seligmann

24. **Essen.** 14. Gewerkschaftstag der IG Bergbau und Energie

25. **Essen.** Konzert für Nicaragua, DGB-Jugend u.a.

26. **Hessen.** Landtagswahlen

Das Problem mit den Arbeitsloseninitiativen

Immer mehr werden es mit Zunahme der Arbeitslosigkeit. Ihre Schwierigkeiten liegen in der konkreten und langfristigen Arbeit und ihrer Zielsetzung



Frankfurt. Bis zu 15000 demonstrierten am 9. September gegen „Rüstung und Sozialabbau". Ausgehend von der 11. IGM-Frauenkonferenz war die Demonstration eine Zusammenfassung von „Antikriegstag" und des Marsches der Arbeitslosen durch Hessen. Die IG Metall, aber auch andere Gewerkschaften, hatten in den Betrieben relativ gut mobilisiert.

heh.Frankfurt. Es gibt da ein Zauberwort, das zunehmend in aller Munde ist: Arbeitslosen-Initiativen. Über 100 davon gibt es in der Bundesrepublik, vorrangig in den Großstädten gelegen. Obwohl einige (wenige) bereits seit Jahren existieren, ist ihre Existenz doch erst in diesem Jahr so richtig publik geworden. Die absolute Mehrzahl dieser Initiativen existiert im Dunstkreis der Kirchen, hauptsächlich der evangelischen. Einige wenige bestehen als eigenständige Einrichtungen, in der Regel als ordnungsgemäßer Verein, und nur zwei sind bekannt (in Rosenheim und Frankfurt), die sich als ausdrückliche Einrichtungen des DGB verstehen. Ihre Mitgliederzahl ist nur schwer abzuschätzen, weil es einerseits ständige Fluktuation gibt, andererseits überall einen kleinen Kreis von „Machern" sowie einen größeren von Gelegenheits-Teilnehmern. Die Zahl der Macher wird wohl 500 kaum übersteigen. Die Gesamtzahl wird zwischen 2–3000 liegen – ohne Gewähr.

Da gibt es bereits seit Jahren bundesweite Treffen, zumindest finanziell durch die (evangelischen) Kirchen getragen, da gibt es eine bundesweite Informationsstelle, die ehedem in Hannover und nunmehr in München (Münchner Arbeitslosen-Zentrum = MALZ) ist, da gibt es Teile, die einen regelrechten Bundesverband initiieren wollen mit allen formalen (Vorstands-) Strukturen, da gibt es die feste Absicht, in der ersten Dezember-Woche 1982 in Frankfurt einen großen „Arbeitslosen-Kongreß" durchzuführen. (Anmeldung beim DGB Frankfurt, Kongreßbüro, Wilhelm-Leuschner-Str. 69–77)

Autonom oder Institution?

Wo liegen die Probleme? Da ist zunächst die ganz einfache, aber oft entscheidende Frage der Kontinuität. Arbeitslose haben keinen gemeinsamen Bezugsrahmen „Arbeitsplatz", ihnen fehlen also große Teile an täglichen Er-

fehlen also große Teile an täglichen Er-
nichts" genauso wie die berechtigte
größerer Kreis von Arbeitslosen einbe-
an anderer Stelle vielleicht sinn- und
zweckvoller eingesetzt wäre. So soll
via Postscheck: FB Sozialarbeit FH
Frankfurt, Sonderkonto Schriftenrei-









fahrungsbrocken, aus denen heraus sich Debatten, Überlegungen und Handlungen ergeben. Der Tagesablauf wird zwangsweise individuell gestaltet, Konflikte sind von daher weitaus vielschichtiger. Dadurch wird ein kontinuierliches Arbeiten an einem „Strang" erschwert. Hinzu kommt das Problem, daß ein solches Zusammenwirken insgesamt relatives Neuland ist, ein Rückbezug auf vorherige Positionen oder Aktionen, wie in der gewerkschaftlichen Betriebsarbeit doch immerhin leicht möglich, hier sich als äußerst schwierig erweist.

Und über allem steht das grundsätzliche Problem, daß die Perspektive eigentlich jeder Initiative die ist, sich wieder aufzulösen – zumindest für jedes Einzelmitglied ist der Zweck des „Beitritts" der baldmögliche „Austritt". Als Lösung bietet sich an, über einen (oder mehrere) Hauptamtliche für Kontinuität zu sorgen. Und tatsächlich leben dort Initiativen lange, wo es solche Hauptamtlichen gibt. Diese werden in der Regel von der evangelischen Kirche finanziert (aber auch z.B. der Arbeiterwohlfahrt) und haben neben dieser Aufgabe natürlich noch etliche andere. Damit verbunden ist häufig die Befürchtung und Gefahr, daß Arbeitslose wie bei anderen caritativen Einrichtungen nur als Klientel behandelt werden, daß sie in ihrer relativen Hilflosigkeit zwar Rat, aber keine Selbständigkeit finden. Deshalb auch gibt es in den meisten Initiativen einen Dauerkonflikt um das, was die Arbeitslosen selbst machen wollen oder können. Teilweise geraten so Initiativen auch in innerverbandlichen Rangeleien unter die Räder oder am Ende gar unter den Druck von Parteienzwist. Dennoch: In der Gesamtheit garantiert gerade die evangelische Kirche (und da fängt man an, neu über die Rolle der Reformation nachzudenken) den Initiativen ein großes Maß an Bewegungsfreiheit, ja teilweise kommt gerade von den Hauptamtlichen die Klage, daß dies zuwenig genutzt wird.

Umgekehrt haben „Autonome" – und dieser Begriff ist zu Recht in Anführungszeichen gesetzt – oft derartig große materielle Probleme, daß dahinter inhaltliches, zielgerichtetes Arbeiten zurückfällt. Woher einen Raum nehmen, mit welchem Geld Portokosten oder Plakatdrucke bezahlen, wie Reisekosten o.ä. finanzieren. Da dabei immer wieder Privatpersonen, öffentliche oder private Einrichtungen (vom Innensenator bis zum Paritätischen Wohlfahrtsverband, vom Bundestagsabgeordneten bis zum örtlichen Kirchenvorstand) angegangen werden, besteht ständig einerseits eine Unsumme an „technischem" Aufwand, andererseits immer wieder der Zwang, sich und seine Vorhaben zu legitimieren. Nicht wenige „autonomer" Initiativen sind über solches Jagen nach den Grundbedingungen ihrer Tätigkeiten eingegangen.

Und im gewerkschaftlichen Rahmen? Vorneweg gibt es einen großen Anteil in den Initiativen, der äußerst distanziert zu den Gewerkschaften steht. Da spielt oft die persönliche Enttäuschung über gemachte Erfahrungen (mit Entlassungen) eine Rolle, die allgemeine Ansicht „die machen doch eh nichts" genauso wie die berechtigte Annahme, daß eine Organisierung innerhalb der Einzelgewerkschaften oder des DGB nichts anderes als Auseinandersetzungen mit dem Apparat mit sich brächte. Und tatsächlich ist es so, daß ohne die Existenz der außergewerkschaftlichen Initiativen in den Gewerkschaften über die Verkündung von an die Bundesregierung gerichteten Forderungen hinaus bis heute sicher nichts gelaufen wäre. Bisher grundlegend hat sich der DGB-Vorstand über einen Aufsatz im Februar 82 geäußert, in dem vorherrschender Sprachgebrauch ist: „eine gewerkschaftliche Förderung von Arbeitsloseninitiativen sei geboten", „diese sollten ständig sorgfältig beobachtet und kritisch diskutiert werden"; oder auch „die organisatorische Kontinuität der Arbeitsloseninitiative muß durch (mindestens eine) vom Träger gestellte hauptamtliche Fachkräfte (-kraft) gesichert sein". Gerade letztere Bedingung aber wird vielerorts als Versuch der Ausrichtung betrachtet. Und man soll sich nichts vormachen – dies würde es auch oft sein.

Was wird in den Initiativen getan? Den größten Raum nimmt ohne Zweifel schlicht die Möglichkeit ein, Kontakte zu haben, sich mal auszuquatschen. Unter der Bedingung, daß die kleinen täglichen Gespräche, wie sie am und über den Arbeitsplatz ständig stattfinden, für einen Arbeitslosen ja vollständig wegfallen, daß so seine geistige Beweglichkeit, sein soziales Verhalten austrocknet, daß kommunikative Fertigkeiten verkümmern und letztlich

Stabilisierung oder Aktion oder Selbsthilfe?

auch die Konfliktbereitschaft abmagert – unter diesen Bedingungen ist das eine ganz zentrale Funktion von Arbeitslosen-Initiativen. Aber auch nur so läßt sich der Individualisierung entgegenarbeiten, die natürlich ansonsten ganz schnell entweder zur persönlichen Aufgabe mit all ihren Folgen oder zum gnadenlosen Konkurrenzverhalten führen muß nach dem Motto „Ich suche mir meinen Job und ich nehme jeden an." Unter dieser Setzung ist es natürlich günstiger, wenn statt eines Treffs (der wöchentlich oder vierzehntägig besteht) ein Zentrum existiert etwa analog den Jugendzentren, das ständig oder zumindest mehrmals in der Woche Anlaufstation sein kann. Auch nur so ist zu erwarten, daß ein größerer Kreis von Arbeitslosen einbezogen werden kann. Denn Arbeitslose verhalten sich so wie viele andere sozial schwache Gruppen – ihre Eigeninitiative ist gelähmt.

Darüber hinaus sind solche Initiativen natürlich stets Orte der Beratung. Wie schreibt man ein ordentliches Bewerbungsschreiben, wie und wann legst du ordnungsgemäß Widerspruch bei Arbeitsamtsbescheiden ein, bei welchen Sozialstellen läßt sich noch Geld anzapfen, wie und wo kannst du Schwarzarbeit bekommen, wo besteht die Möglichkeit auf einen (kurzfristigen) Job usw. Teilweise haben sich da Mitglieder von Initiativen in all den juristischen Fallstricken selbst qualifiziert, teilweise arbeiten akademisch ausgebildete Juristen ehrenamtlich mit, teilweise existieren sogar ABM-Stellen, teilweise und zunehmend funktioniert sogar die Zusammenarbeit mit den gewerkschaftlichen Rechtsstellen. Aber auch hier taucht oft der Konflikt auf: „Sollen wir das selbst in die Hand nehmen oder eher auf die ‚Fachleute', auf ‚Hauptamtliche' setzen?"

Schließlich gibt es noch vielerorts den Schwerpunkt „Öffentlichkeitsarbeit". Einerseits mit der Absicht, die Öffentlichkeit, also die Kollegen und ihre Familien „aufzuklären", andererseits mit dem erklärten Zweck, „die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen". Daß letzteres vornehmlich in gewerkschaftlich orientierten Initiativen eine Rolle spielt, ist klar. Daß eine solche Zielsetzung, die auch irgendwo immer mit Stamokap-Positionen einhergeht, vor allem auf Aktionen abzielt, ist ebenfalls klar. Daß mit einem solchen Vorgehen vielleicht spektakuläre Auftritte à la „Rock gegen Arbeitslosigkeit" (oder die in letzter Zeit modern gewordenen „... märsche" oder „Fahrradstafetten") herauskommen, sei auch gebont. Inwieweit solche Aktionen aber der eigenständigen Entwicklung ihrer Akteure dienlich sind, weil sie das Verhältnis der Abhängigkeit ja überhaupt nicht ankratzen, sei dahingestellt.

Richtig dagegen ist, daß solche Öffentlichkeitsarbeit dazu beiträgt, daß die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit, aber auch in Teilaspekten deren Ursachen sowie die Zielvorstellungen von Arbeitslosen verstärkt „ins Gespräch" gebracht werden. Gerade letzteres (die Entwicklung von Zielvorstellungen) leidet jedoch oft unter den organisatorischen Aufgaben solcher Aktionen. Ganz davon abgesehen, daß diese natürlich Geld verschlingen, das an anderer Stelle vielleicht sinn- und zweckvoller eingesetzt wäre. So soll z.B. ein 4tägiges „Dorf junger Arbeitsloser" in Frankfurt, durchgeführt im Monat Mai von „der" DGB-Jugend, runde 40000 DM gekostet haben. Sehr viel mehr als ein bißchen Musik-Konsum und eine öffentliche Forderung nach einem „Arbeitslosenpaß" zwecks freiem Eintritt in Schwimmbäder etc. soll dabei allerdings nicht rumgekommen sein.

Die Frage der Zielsetzungen

Insgesamt ist die Frage der Zielsetzungen der Initiativen naturgemäß – neben den Erfordernissen von Kommunikation und Beratung – wenig entwickelt. Zwar wird allerorten hin und wieder über Selbsthilfeprojekte gesprochen, jedoch besteht nur an einzelnen Stellen mal ein Buchladen, mal eine organisierte (und kommerzielle) Hausaufgabennachhilfe. Wie sinnvoll so etwas auch immer sein mag, gerade um die Entwicklungen von Arbeitskollektiven und Selbstverwaltung zu fördern, so besteht doch ein Problem: Die Schaffung eines solchen „Projektes" erfordert ein Mehr an Einsatz, etwas Risikobereitschaft sowie die Konzentration auf einen kleineren Personenkreis. Damit aber läuft dies einem anderen Zweck solcher Initiativen – die Arbeitslosen in ihrer Gesamtheit zu sammeln und zu mobilisieren – oft entgegen. Hinzu kommt natürlich das generelle Problem der Beschaffung von Finanzmitteln. Und damit wiederum das der Abhängigkeiten, die gerade über solche Vorstellungen von Arbeitslosenzentren oder Selbsthilfeprojekte zurückgedrängt werden sollten.

Schließlich kann man wohl behaupten, daß politische Lösungsansätze – sei es das Beschäftigungsprogramm des DGB, die Frage der Ergänzungsabgabe, Fragen des „Wachstumsdenkens" oder auch Vorstellungen einer kollektiven und selbstverwalteten Gesellschaft – wenig bzw. zu wenig mit einbezogen werden. Dies hat sicherlich Ursachen allgemeiner Art als auch etwas damit zu tun, daß die Nähe zu den Gewerkschaften bzw. zu den Betriebsgruppen eher nicht gesucht wird. Demzufolge gibt es auch nur wenige Verbindungen zu gewerkschaftlichen Aktionen im Zusammenhang mit Entlassungen und Betriebsschließungen, genauso wie es nur 2–3 Arbeitslosengruppen gibt, die sich aus einer Werkschließung heraus gegründet haben. So gesehen ist natürlich – bei allen Bedenken inhaltlicher Art – ein verstärktes Engagement der Einzelgewerkschaften sinnvoll, genauso wie allerdings auch eine größere Radikalität im Denken und Handeln bei Arbeitsplatzvernichtung durch diverse Gewerkschaftsvorstände sehr zweckmäßig wäre. Denn ohne Zweifel ist das politische Engagement als Arbeitsloser davon abhängig, wie stark das jeweilige Selbstbewußtsein ist. Und dieses verliert mit jedem Schlag, den der einzelne wehrlos einstecken muß: ob bei einer „geduldeten" Betriebsschließung oder ob infolge Ratlosigkeit bei einzelnen Entscheidungen durch das Arbeitsamt, ob man einfach vom Nachbarn „schief" angesehen wird.

Zum Schluß: Mit den hier gefaßten Gedanken sollen beileibe nicht alle Probleme abgehandelt worden sein, geschweige denn über „die" Lösung geredet werden. Denn diese ist abstrakt und unter Hinweis auf den Kapitalismus leicht zu benennen (?). Der Teufel sitzt halt im Detail. Weil dies aber so ist und weil eine halbwegs organisierte und vor allem alle notwendigen Aspekte berücksichtigende Lösung nicht auf der Hand liegt, muß man sicher für „Pluralismus" und vielfältige Möglichkeiten des Experimentierens sein. Denn unabhängig von jeder gesellschaftlichen Lösung leben einige Millionen an Arbeitslosen in der BRD – und dies mit *täglichen* Problemen. Da einfach auf den langen Atem und *das* Konzept zu hoffen ist grundfalsch. Allein die Feststellung, daß sich bisher höchstens 0,2% aller Betroffenen halbwegs organisiert zu „ihrer" Arbeitslosigkeit verhalten, verweist darauf.

Hinweise:

Wichtige Adressen für Kontakte und Materialien: Münchner Arbeitslosen-Zentrum, Blutenburgstr. 65, 8000 München 19, Tel. 089 / 194016/17; DGB-Bundesvorstand, Abteilung Jugend, Postfach 2601, 4000 Düsseldorf 1, Tel. 0211 /43011

Ein wichtiges Buch: Arbeitslosenprojekt TUWAS, Leitfaden für Arbeitslose, 156 Seiten, Preis 5,00 DM plus 1,00 DM Versandkosten. Bestellung via Postscheck: FB Sozialarbeit FH Frankfurt, Sonderkonto Schriftenreihe, Postscheckamt Frankfurt, Nr. 1255–607, BLZ 500 100 60

DIE GRÜNEN-HESSEN:

Direkte Demokratie, Freie Schule, Schwangerschaft

Auszüge aus dem Landesprogramm

Direkte Demokratie

Die repräsentative Demokratie versagt immer offensichtlicher. Die Verselbständigung der Bürokratien und die weitgehende Steuerung der Politik durch einflußreiche wirtschaftliche Interessengruppen haben dazu geführt, daß keine demokratischen Einfluß- und Kontrollmöglichkeiten für die Bürger bestehen.

Die etablierten Parteien sind immer mehr zu bloßen Wahlapparaten ohne politisches Profil verkommen.

Obendrein bedienen sich die etablierten Staatsparteien ungeniert aus der Steuerkasse und beziehen darüberhinaus Spenden auf dunklen Wegen am Finanzamt vorbei. Sie gehen sogar soweit, die Gesetze an ihre illegalen Praktiken anzupassen.

Auch die gesellschaftlichen Großorganisationen, wie z.B. die Gewerkschaften, verbürokratisieren immer mehr und verschließen sich dem Einfluß ihrer Mitgliederbasis. Korruption und Verfilzung sind auch hier an der Tagesordnung, wie es gerade am Skandal um die „Neue Heimat" deutlich wird.

Dies führt zur Resignation und Abwendung großer Teile der Bevölkerung vom Staat: „Die da oben machen doch nur, was sie wollen."

Heute erhebt sich dagegen auch hier in Hessen, wie in vielen Teilen Europas, eine große Zahl von Basisbewegungen, so u.a. die Frauenbewegung, Alternativbewegungen, Umweltschutz- und Anti-AKW-Bewegung, Bürgerinitiativen, Arbeiterbewegung, christliche Initiativen, Dritte-Welt-Bewegung, Friedensbewegung, Kinderrechtsbewegung, neue Kulturbewegungen.

Immer mehr Bürger stehen auf und nehmen ihre Interessen selbst in die Hand. Sie beteiligen sich direkt, oft in bisher ungewohnter Weise an der Gestaltung des Gemeinwesens, weil sie in den etablierten Parteien und Organisationen nicht mehr vertreten werden.

Um diese Interessen in die bestehenden parlamentarischen Entscheidungszentren einzubringen, ist neben der außerparlamentarischen Bewegung eine alternative parlamentarische Kraft erforderlich.

Gemeinsames Ziel der parlamentarischen und außerparlamentarischen Bewegung muß es sein, das parlamentarische System grundsätzlich hin auf eine direkte Demokratie zu verändern. Das politische Interesse und die aktive Mitarbeit des Einzelnen wird dann entstehen können, wenn dort, wo die Probleme den Bürger selbst unmittelbar betreffen und für ihn auch überschaubar sind, mehr Entscheidungs-und Verantwortungsmöglichkeiten gegeben sind.

wortungsmöglichkeiten gegeben sind.

Dies bedeutet als ersten Schritt die Verlagerung möglichst vieler Kompetenzen auf Parlamente der Gemeinden und Kreise. Das heißt konkret z.B., daß Großprojekte wie die Startbahn West und die Wiederaufbereitungsanlage nicht gegen den Willen der direkt Betroffenen durchgesetzt werden können.

Neben der Übernahme von mehr politischer Verantwortung sind aber auch Veränderungen auf der untersten Entscheidungsebene selbst notwendig. Das Gemeindeparlament muß eine stärkere Bürgerbeteiligung gewährleisten. Als ersten Schritt setzen DIE GRÜNEN-HESSEN sich deshalb für eine Änderung der Hessischen Gemeindeordnung in folgenden Punkten ein:

- Bürger sollen am Anfang der Stadtverordnetensitzungen Anfragen an Bürgermeister, Magistrat, Verwaltung und Abgeordnete stellen können (Bürgerfragestunde).
- Die Informationen der Stadtverordneten und Magistratsmitglieder sollen jedem Bürger zugänglich sein.
- Auf Antrag sollen Bürger Rederecht zu allen Tagesordnungspunkten der Stadtverordneten- und Ausschußsitzungen erhalten können.
- Ein Antrag in der Stadtverordnetensitzung oder entsprechenden Gremien soll bereits von 5% der Wahlberechtigten einer Gemeinde eingebracht werden können (bisher 20%).
- Die Zusammensetzung des Magistrats muß das Wahlergebnis widerspiegeln.
- Magistratssitzungen müssen grundsätzlich öffentlich stattfinden.
- Der Bürgermeister soll im Magistrat nur noch eine Stimme haben.
- Ein gewählter politischer Beamter darf nicht mehr Pension erhalten als er vor seiner Tätigkeit als Bürgermeister, Landrat oder hauptamtlicher Beigeordneter als Gehalt bekommen hat. Ausgenommen sind bei vorherigem unterdurchschnittlichem Gehalt möglich.
- Die Machtpositionen des Stadtverordnetenvorstehers sind einzuschränken. Ein Rausschmiß von Abgeordneten, wie der der GRÜNEN in Frankfurt und Hofgeismar, darf nicht mehr möglich sein. Auch sonstige Ordnungsmaßnahmen des Stadtverordnetenvorstehers müssen abgeschafft werden, damit der politische Auftrag frei ausgeübt werden kann.

Auf der Ebene der Landkreise und ihrer Gremien sind entsprechende Änderungen vorzunehmen.

Auf Landesebene fordern DIE GRÜNEN-HESSEN als ersten Schritt zu mehr direkter Beteiligung der Bürger an der Gestaltung der Landespolitik:

- Abschaffung der 5%-Klausel bei Parlamentswahlen.
- Verfassungsänderungen müssen durch Volksabstimmungen beschlossen werden.
- Volksabstimmungen sind durchzuführen, wenn 10% der Wahlberechtigten einen entsprechenden Antrag stellen.
- Offenheit und Offenlegung aller Entscheidungsprozesse (z.B. Öffentlichkeit von Kabinettssitzungen, Akteneinsicht).

Einwohner Hessens, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, sind an den politischen Entscheidungen zu beteilien. Sie sollen ein Einspruchsrecht haben bei Entscheidungen, die sie direkt betreffen.

Darüberhinaus fordern DIE GRÜNEN-HESSEN das kommunale Wahlrecht für ausländische Mitbürger entsprechend der Rechte deutscher Bürger und das Landeswahlrecht, wenn sie mindestens 5 Jahre in der BRD leben.

DIE GRÜNEN-HESSEN sind sich bewußt, daß solche Änderungen zunächst ein Herumkurieren am bestehenden System bedeuten. Ziel der GRÜNEN-HESSEN ist es jedoch, diese repräsentative Demokratie zu verändern, hin auf die Selbstbestimmung und Selbstverwaltung der Betroffenen in dezentralen überschaubaren gewachsenen Lebensräumen.

Die Freie Schule

Grundlage für die FREIE SCHULE ist die Selbstverwaltung

Selbstbestimmung wie Verantwortung ist nur durch Selbstverwaltung möglich. In der FREIEN SCHULE entscheiden die Betroffenen, also Schüler, Lehrer und Eltern, gemeinsam, was, wo, wann, wie, warum gelernt wird. Dies bedeutet, daß es keine Noten, kein Sitzenbleiben mehr gibt. Genauso bedeutet dies, daß die Jahrgangsklassen oder Kurse durch Lerngruppen abgelöst werden, die ein frei gewähltes Projekt durchführen: z.B. Gemüse zur Selbstversorgung der Schule anbauen wollen und damit verbunden Nahrungsmittelchemie lernen oder französische AKWs kennenlernen wollen und darum französisch und einen alten Bus auszubauen lernen.

Grundbedingung für die FREIE SCHULE ist die Ent-schulung

Während das heutige Schulsystem darauf angelegt ist, Nachfrage nach sich selbst zu produzieren, den Schüler abhängig zu machen, muß die FREIE SCHULE darauf angelegt sein, sich als Institution überflüssig zu machen. Die FREIE SCHULE findet so wenig wie nötig im Klassenzimmer, sondern im Leben statt. Umgekehrt soll die Gesellschaft in die Schule eindringen können. Schulen könnten Treffpunkte, Kommunikationszentren in den Stadtteilen und Dörfern sein. Pensionierte Handwerker könnten zum Beispiel mit Schülern und arbeitslosen Jugendlichen zusammen Ateliers für die Schule bauen und umgekehrt könnte man in der Schule für den Stadtteil Theater spielen, zusammen mit Musikgruppen auf dem Schulhof Musik machen. Schüler müßten die Möglichkeit haben, Praktika in Industrie, Handwerk und Landwirtschaft zu machen. Gleichzeitig müßten arbeitende Menschen über genügend Zeit und Möglichkeiten verfügen, die Bedingungen des eigenen Arbeitsplatzes zu erforschen und an alternativen Produktions- und Arbeitsweisen zu arbeiten.

Dies alles setzt einen Wandel der gesellschaftlichen Strukturen voraus, der nur sehr begrenzt von der Schule selber ausgehen kann. Unsere Betonhäuser und Fabrikkonzerne sind hermetisch abgeschlossen und dadurch lernfeindlich. Erst eine dezentrale, basisdemokratisch lebende Gesellschaft auf ökologischer Grundlage, kann freies Lernen möglich machen.

nen möglich machen.

Allgemeinbildende Schulen

DIE GRÜNEN-HESSEN sagen „Nein" zum dreigliedrigen Schulsystem, das ein Relikt aus dem 19. Jahrhundert mit seiner Dreiklassen-Einteilung ist. Die bis zur Ghettosituation isolierten Hauptschüler einerseits und die vollkommen vom Arbeitsleben losgelösten Gymnasiasten andererseits, zeigen deutlich, daß diese Schulform am Ende ist.

DIE GRÜNEN-HESSEN sagen auch „Nein" zur zentralistischen und kinderfeindlichen Mammut-Gesamtschule mit ihren meist lichtlosen, gesundheitsschädlichen Betonbauten. Sie ist mit ihrem einseitigen Kurssystem, das die Schüler technokratisch nach Leistung in „A"-, „B"- oder „C"-Schüler einordnet, wie die genauso aufgebaute hessische Förderstufe, ein Produkt der Lernmaschinerie.

Zentrale, große und damit unüberschaubare Gesamt- und Mittelpunktschulen sowie ein differenziertes Kurssystem zerstören das soziale Gefüge. Zunehmende aggressive Verhaltensweisen und steigender Nikotin-, Alkohol- und Drogenkonsum sind zu beobachten.

Dagegen treten DIE GRÜNEN-HESSEN für die kleine Gesamtschule ein. Sie soll allen, unabhängig von Herkunft und Alter, die Möglichkeit geben, gemeinsam intellektuelle wie handwerkliche und künstlerische Fähigkeiten neben- und miteinander zu lernen. Diese ganzheitliche Bildung an der Gesamtschule muß verknüpft sein mit der Möglichkeit, ökologisch bewußtes und darüber hinaus soziales und demokratisches Handeln zu lernen. Solidarität und Toleranz ist nur durch eigene Erfahrung zu erlernen, sowohl gegenüber den Mitmenschen als auch gegenüber anderen Völkern. Dies bedeutet auch die unmittelbare Beziehung von Schule und Lebensraum.

Aus diesem Grund fordern DIE GRÜNEN-HESSEN, daß Dörfer und Stadtteile wieder ihre eigenen Schulen bekommen, um so auch wieder ein Teil ihrer kulturellen und sozialen Identität zu erhalten. Diese dezentrale Struktur bedeutet gleichzeitig den Abbau der Mammutschulen und des damit meist verbundenen unmenschlichen Schülertransports.

Ein ähnlicher Übergangsschritt ist eine Förderstufe, die aber an die Grundschule angegliedert sein muß. Mit diesem längeren gemeinsamen Schulbesuch haben die Schüler mehr Zeit für die Entscheidung über ihren späteren „Bildungsweg".

Die derzeitige Aufteilung der Förderstufe auf die traditionellen Schulformen von der Hauptschule bis zum Gymnasium kann die Idee der „Förderung" nur in eine verschärfte Auslese umkehren.

DIE GRÜNEN-HESSEN treten überall für ein integriertes Schulwesen ein, d.h. alle Jugendlichen werden bis zur 10. Klasse ausgebildet, alle erhalten einen einheitlichen Abschluß, zu dem hin sie individuell gefördert werden.

Sowohl die alte Oberstufe als auch die reformierte Oberstufe lehnen DIE GRÜ-

reformierte Oberstufe lehnen DIE GRÜ-

NEN-HESSEN ab.

Statt dessen fordern wir eine alternative Oberstufe, die wir als Fortsetzung einer integrierten Grund- und Mittelstufe ansehen.

Wir treten auch für kleinere Klassen ein, was kurzfristig dadurch erreicht werden kann, daß arbeitslose Lehrer eingestellt werden. Ebenso treten wir für die Auflösung der Jahrgangsklassen zugunsten von Lerngruppen und eines Kern-Unterrichts (freie Wahl von Projekten) in der jeweiligen Lerngruppe ein. Die Förderung der Schüler muß auf das individuelle Lerntempo abgestimmt sein.

Durch Herabsetzung der Wochenstundenzahl ist die 40-Stunden-Woche für Lehrer zu verwirklichen. Auch diese Maßnahme baut Lehrerarbeitslosigkeit ab. Ebenso sind Planstellen für Schwangerschafts- und Krankheitsvertretung zu schaffen.

Kein Lehrer darf weniger als 4 Stunden pro Woche in einer Klasse unterrichten. Fächer mit geringer Wochenstundenzahl sollten epochal (zeitlich zusammenhängend) unterrichtet werden.

DIE GRÜNEN-HESSEN setzen sich für die Rückführung der Schulträgerschaft von den Kreisen auf die Gemeinden ein, ebenso für die finanzielle Gleichstellung aller Schularten und die Beibehaltung der Lernmittelfreiheit in vollem Umfang.

Ein erster Schritt zur Entstaatlichung der Schule ist die Unterstützung von Bürgerinitiativen, die FREIE SCHULEN aufbauen wollen. Wenn genügend Schüler, Eltern und Lehrer zusammenkommen, um eine selbstverwaltete Schule zu entwickeln, sollte dies in Hessen genauso wie in Holland oder Dänemark nicht nur möglich sein, sondern das Land muß solche Schulen materiell unterstützen, damit Kinder diese FREIE SCHULEN unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern besuchen können.

Gleichzeitig ist die Selbstverwaltung an den bestehenden staatlichen Schulen kurzfristig schrittweise einzuführen. Angefangen mit einer Verstärkung der Schüler-Selbstverwaltung, über die Aufhebung der politischen Zensur an Schulen und Abschaffung der von oben eingesetzten Schulleitung, fordern die GRÜNEN HESSEN stattdessen Wahl der Schulleitungsgruppe zunächst durch die Lehrer und schließlich durch die Schulgemeinde bis hin zur vollkommenen Selbstverwaltung der Schule. Dies bedeutet schrittweises Abschaffen der Noten und des Abiturs, für die Grundschule sofortige Abschaffung der Noten.

Schwangerschaft

In der Frage des Schwangerschaftsabbruches geraten zwei wesentliche Ziele der GRÜNEN in Widerspruch miteinander:

Einerseits entschieden für das volle Selbstbestimmungsrecht von Mann und Frau einzutreten, andererseits das menschliche Leben in allen Bereichen zu schützen. Sich für den Schutz des Lebens, an erster Stelle des menschlichen, einzusetzen, für die Weiterentwicklung der Menschheit Sorge zu trachen, einzusetzen, für die Weiterentwicklung der Menschheit Sorge zu tragen, das macht aber zugleich notwendig, sich dafür einzusetzen, daß das werdende Leben in eine möglichst glückliche und menschenwürdige Zukunft hineinwachsen kann. Dies sicherzustellen, darf nicht nur von den Möglichkeiten des Einzelnen abhängig sein, sondern erfordert umfangreiche gesellschaftliche und staatliche Unterstützungsmaßnahmen.

Der Schwangerschaftsabbruch kann als eine Frage der moralischen Einstellung und der persönlichen Lebensumstände nicht Gegenstand juristischer Verfolgung sein, folglich muß der §218 gestrichen werden. Er sollte durch Aufklärung, materielle und gesellschaftliche Hilfen sowie durch Entwicklung weiterer Methoden der Geburtenregelung überflüssig gemacht werden.

DIE GRÜNEN-HESSEN fordern:

- Sichere und unschädliche Verhütungsmittel für Frau und Mann und deren kostenlose Abgabe. Männer müssen ein gleiches Verantwortungsbewußtsein für Empfängnisverhütung entwickeln wie Frauen.
- Volle Übernahme der Abtreibungskosten durch die Krankenkasse.
- Keine Bevormundung und Diskriminierung der Frauen durch Staat und Ärzte.
- Keine Strafverfolgung und Einschüchterung von Frauen und Ärzten, die abgetrieben haben.
- Die Arbeit von PRO FAMILIA wird durch ausreichende finanzielle Unterstützung gesichert und gefördert.
- Die Einrichtung von Schwangerschaftskonfliktzentren in Hessen. Dort können auch verschiedene Arten der sanften Geburt durchgeführt werden, ebenso ambulante Schwangerschaftsabbrüche.

Die SPD bei den Verhandlungen mit der GAL:

Verschleppungstaktik, Provokation und kleine Zugeständnisse

ebn.Hamburg. Klaus von Dohnanyi, Hamburgs Erster Bürgermeister, hat einen gewissen Hang zum Philosophischen. Die Zähigkeit der Verhandlungen bestätige ihre Notwendigkeit, sagte er nach der letzten Verhandlungsrunde zwischen Grün-Alternativer Liste (GAL) und SPD über die Tolerierung des SPD-Minderheitssenats durch die GAL. Obwohl fast nichts dabei herauskommt, halte man doch die 10-Stunden-Marathon-Verhandlungsrunden durch, und das zeige, daß die Verhandlungen notwendig sind – oder was immer er sagen wollte; dunkel ist der Worte Sinn. Tatsache ist aber, daß die Verhandlungen unerfreulich und ärgerlich verlaufen, frustierend, zeit- und kräfteraubend. Der Grund liegt in der Taktiererei der SPD und in ihrer Zerrissenheit, dem erbärmlichen Opportunismus der SPD-Linken, der Ablehnung solcher Verhandlungen durch die SPD-Rechten wie Wirtschaftssenator Lange und den ehemaligen Vorsitzenden Staak und der anscheinenden Konzeptlosigkeit des Herrn von Dohnanyi und einiger der Oberbosse in Bonn, die vor der Hessenwahl nichts mehr entscheiden wollen, aber – so wie es scheint – auch noch kein Konzept für die verschiedenen Möglichkeiten haben, die durch den Ausgang der Hessenwahl eintreten können.

Den Eindruck vollständiger Ratlosigkeit machen auch zunehmend die Vertreter der Hamburger Gewerkschafts-Sozialdemokratie, die im allgemeinen zu den Rechten gezählt werden und zunächst einmal überwiegend gegen die Verhandlungen waren und für Neuwahlen als „sauberste Lösung".

Exemplarisch zeigt sich dies an der Reaktion auf das Verhandlungspapier der GAL zum Komplex Jugendarbeitslosigkeit. Dieses Papier, welches wir hier in Auszügen abdrucken, lehnt sich in seinen wesentlichen Punkten an geltende Beschlüsse des DGB, der IG Metall und deren Konkretisierung auf Hamburg durch ein Papier der Ortsverwaltung Hamburg der IG Metall an. Jonny Müller, der Erste Bevollmächtigte der IG Metall Hamburg, ist Mitglied der Bürgerschaft und war anfangs Mitglied der Verhandlungskommission der SPD. Seit über das Thema Jugendarbeitslosigkeit verhandelt wird, ist Jonny Müller nicht mehr dabeigewesen. Er verschickt jedoch das Papier der GAL an einen bestimmten Kreis von Gewerkschaftsfunktionären und Betriebsräten mit der Feststellung, daß dieses Papier weitgehend den Beschlüssen der IG Metall entspricht und mit Kommentaren großer Ratlosigkeit, wie man darauf reagieren sollte. Dabei hatte die SPD und hatten gerade die rechten SPDler in der Gewerkschaftsspitze mit der frühzeitigen Debatte dieses Verhandlungsthemas das demagogische Interesse verbunden, die GAL alsbald als kenntnis- und konzeptionslos vorzuführen. Mittlerweile meinte der derzeitige SPD-Chef Jörg König, die GAL führe die SPD vor, und Jonny kommt nicht mehr zu den Verhandlungen.

Das Besondere ist bei diesem Verhandlungspunkt, daß die Vorstellungen der IG Metall und der GAL in Hamburg durchsetzbar sind und daß mit ihrer Durchsetzung sich gleichzeitig der Machterhalt der SPD und die Verwirklichung gewerkschaftlicher Forderungen verbinden ließe – eine Konstellation, die es nicht oft gibt.

Den Verlauf des ersten Verhandlungstages schilderte einer der Teilnehmer in der „Hamburger Rundschau" folgendermaßen:

„Übereinstimmend stellte die SPD-Delegation fest, diese GAL-Vorschläge seien in der Substanz ganz akzeptabel, jedoch nicht zu finanzieren. Als Schulsenator Joist Grolle sich vorwagte und die Quote der künftigen Ausbildungsplätze als ‚anzustrebende Größe' wertete, wurde er vom Bürgermeister zurückgepfiffen. Nachdem er auch noch dafür eintrat, die sogenannten JoA-Klassen (Jugendliche ohne Ausbildung) aufzulösen („Aufbewahrungsanstalten"), beantragte Jörg König (SPD-Vorsitzender) eine Verhandlungspause. Nach der Unterbrechung nahm alles den üblichen Lauf: Die SPD-Linken philosophierten darüber, daß der Staat kein Reparaturbetrieb des Kapitalismus sei. Um das Gespräch nicht ganz im Sande verlaufen zu lassen, sagte die SPD zu, für die nächste Verhandlungsrunde ein konkretes Antwortpapier zu erarbeiten ..." Im übrigen hatte die SPD die vom DGB genannte Zahl über die in Hamburg bestehende Jugendarbeitslosigkeit von 15000 bestritten. Der Senat gehe nur von 5000 aus.

Bei der zweiten Verhandlungsrunde zu diesem Thema am letzten Samstag gab es einige geringfügige Fortschritte. Es sollen 1000 zusätzliche Ausbildungsstellen in öffentlichen Betrieben und außerbetrieblichen Einrichtungen geschaffen werden. Ansonsten betonte die SPD ihre Gebundenheit an das duale Ausbildungssystem, welches höchstens in Krisenzeiten etwas eingeschränkt werden könne.

Bei den anderen Themen gab es zum Teil einen ähnlichen Verlauf. So z.B. bei der Frage der Elbsanierung. Auf relativ konkrete und ausgearbeitete Vorschläge der GAL ging die SPD nicht ein, war zum Teil nicht vorbereitet, verlor sich in Allgemeinplätzen oder in konkretistischen Einzelheiten und strebte eine Vertagung an. Bei dem Thema Hafenerweiterung, dessen Behandlung die SPD für die letzte Verhandlungsrunde ausdrücklich gewünscht hatte, zu dessen Verhandlung der Ressortchef Lange aber nicht da war („Leipziger Messe"), kam man sich keinen Zentimeter näher. Nach dem Vertagungsantrag der SPD und nach der schlichten Weigerung, überhaupt inhaltlich darüber zu reden, war es dann eine besondere Provokation, anschließend auf einer Pressekonferenz mit langen Ausführungen zur Hafenerweiterung zu überraschen.

Statt dessen kam die SPD mit einem Kredit-Antrag über 664 Millionen, um ein Haushaltsdefizit zu überbrücken. Gekoppelt war dieser Antrag mit verschiedenen Sparmaßnahmen im Sozialbereich. Die SPD wollte sich nicht darauf einlassen, beides zu trennen, und drohte damit, daß die Weihnachtsgehälter an die Staatsbediensteten nicht ausbezahlt werden könnten, wenn GAL und CDU dem Kredit nicht zustimmten. Vorläufig hat die GAL nur eine Zusage für die Bewilligung von 150 Mio. DM Kredit zur Finanzierung eben dieser Gehälter gemacht.

Statt bei den Verhandlungen mit der GAL mögliche Fortschritte zu machen, verzögert die SPD die Verhandlungen, labert herum, ist nicht vorbereitet, schickt ihre Ressortleiter auf Reisen und gibt demagogische Verlautbarungen auf Pressekonferenzen ab.

Einen Blumentopf wird die SPD damit nicht gewinnen, und Neuwahlen erst recht nicht.



Im Rahmen einer deutsch-britischen Woche anläßlich des 25jährigen Bestehens der Städtefreundschaft Münster-York verlieh der Stadtrat das Ehrenbürgerrecht Freedom of the City an die 5000 stationierten britischen Soldaten. Die Verleihung wurde 1981 gegen die Stimmen der GAL und von 3 SPD-Abgeordneten beschlossen. Begründet wird durch die Verleihung das Recht, jährlich eine Militärparade abzuhalten. Nach der Verleihung führten die Briten eine Militärparade durch. Gegen diese Parade der u.a. auch im Nordirland- und im Falkland-Krieg eingesetzten Truppen schlossen sich zahlreiche Organisationen zusammen. Auf einer Protestkundgebung sprachen sich ca. 400 Münsteraner gegen die Parade aus. GAL-Ratsfrau Geier führte aus, daß Münsters Partnerstadt York sich zur atomwaffenfreien Zone erklärt hat. Sich dies zum Vorbild zu nehmen und gegen Ausländerfeindlichkeit vorzugehen, sei eine gute Form der Völkerverständigung. Nach der Kundgebung protestierten über 500 Münsteraner gegen die Parade. Als Brigandegeneral Guthrie, hoch zu Roß mit gezogenem Säbel vorbeiritt, riß ein ohrenbetäubendes Pfeifkonzert ein. Eier platzten auf dem Kopfsteinpflaster, Knallkörper detonierten, Milchbeutel und Zitronen folgen durch die Luft. Die Parade wurde mit der Parole übertönt: „Raus aus der Nato – rein ins Vergnügen." Das geplante Die-In (symbolischer Leichenteppich) kam durch massiven Polizeieinsatz nicht zustande. Es kam zu Übergriffen der Polizei, die dennoch nicht verhindern konnte, daß die im Rathaus gehaltenen Reden erheblich gestört wurden, so daß sich OB Pirchalla zu der Äußerung gezwungen sah, „wir werden uns an diese Art der Demokratie wohl gewöhnen müssen".

Veranstaltungen

Bremen

Für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser. Israel raus aus Libanon. Veranstaltung mit Vertretern der PLO und Jacob Moneta. Schlachthof/Kulturzentrum
Freitag, 17.9., 19.00 Uhr

Demonstration ab Hauptbahnhof:
Samstag, 18.9., 11.00 Uhr

Veranstaltung von AL mit DS zur Bürgerschaftswahl 83. Konsul-Hackfeld-Haus
Montag, 20.9., 20.00 Uhr

Bielefeld

„Friedensbewegung und alternative Verteidigung". Veranstaltung des KBW-Bezirks mit Günter Schabram. Bürgerwache Bielefeld, Raum 104
Freitag, 17.9., 20.00 Uhr

Frankfurt

Global 2000 – Ist unsere Zukunft noch zu retten? Vortrag von Prof. Hoimar von Ditfurth. Veranstaltung der GRÜNEN im Römer. Dominikanerkloster, Großer Saal, Kostenbeitrag 3,00 DM
Montag, 20.9., 20.00 Uhr

Die iranische Revolution. Streitgespräch mit Bahman Nirumand (Mitglied des Nationalen Widerstandsrates) und Kai Herrman (freier Journalist bei „konkret") über die Islamische Revolution und die aktuellen Verhältnisse im Iran. Club Voltaire, Kostenbeitrag 3,00 DM
Dienstag, 21.9., 20.00 Uhr

Am Beispiel AEG. Das Modell Deutschland in den 80er Jahren und seine sozialen Folgekosten. Eingeladen sind: Willi Scherer, BR bei Küppersbusch (Gelsenkirchen), Josef Esser, Prof. an der Uni Frankfurt.Club Voltaire, Kostenbeitrag 2,00 DM.
Freitag, 24.9., 20.00 Uhr

Wiesbaden

Großdemonstration gegen Atom-, Beton- und Rüstungspolitik zum Abschluß der Umweltstafette durch Hessen
Samstag, 18. September

Essen

Konzert für Nicaragua. Mit Liederjahn, Carlos Mejia-Gody, Sands Family, Ton-Steine-Scherben, Inti Illimani, Schmetterlinge. Veranstalter: DGB-Jugend und junges forum/Ruhrfestspiele. Grugahalle.
Samstag, 25.9., 18.00 Uhr

Heidelberg

Diskussion über Editorial in Kommunismus und Klassenkampf 8/82, „Arbeitsschwerpunkte und Richtung unserer Arbeit". Autor H.G. Schmierer ist bei der Diskussion anwesend. Gaststätte Auerhahn, Römerstraße 76.
Freitag, 24.9., 20.00 Uhr

Demonstrationen gegen Kernkraftwerke

Marienberg (Bayern). Demonstration gegen das geplante Kernkraftwerk
Samstag, 18. September 1982

Kalkar. Demonstration gegen den Schnellen Brüter
Samstag, 2. Oktober 1982

Demonstration gegen den Ausbau von Schacht Konrad zum Atommüllager
Samstag, 30. Oktober 1982

Arbeitsgruppen:

Wohnungspolitik
Beginn: Samstag, 25. Sept., 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 26.9., nachmittags

Imperialismus
Um für die Diskussion um Imperialismus und Dritte Welt einiges weiteres Grundwissen anzueignen, wird der Arbeitskreis auf dem nächsten Treffen ein Buch zur Einführung in die Weltmarktsituation lesen und besprechen: W. Bärtschi, H.D. Jakobsen: Kritische Einführung in die Außenhandelstheorie. Studium rororo 83, 11,80 DM
Beginn: Samstag, 9.10., 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 10.10., gegen 13.00 Uhr

Anmeldung zu Arbeitsgruppen und Seminaren spätestens 14 Tage vorher

GAL: Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit (Auszüge)

Bei der Darstellung des Problem- und Konfliktfeldes Jugendarbeitslosigkeit geht die GAL von folgenden Grundpositionen und Forderungen aus:

– in der Frage, wieviele Ausbildungsplätze für Jugendliche in Hamburg nun wirklich fehlen, orientieren wir uns an den Berechnungen des DGB Nordmark (vom 10.5.1982), wonach mindestens 15000 qualifizierte Ausbildungsplätze heute schon fehlen. Diese Zahl ergibt sich, weil wir von ehrlichen und wirklichen Voraussetzungen ausgehen und die Abgänger aus Werk-, BGJ- und JoA-Klassen, aus Sonderschulen und Jugendliche ohne Hauptschulabschluß und ausländische Jugendliche einbeziehen.

– Besonders stark sind von dieser Situation betroffen: Mädchen und junge Frauen, ausländische Jugendliche, behinderte Jugendliche, Jugendliche ohne oder mit schlechtem Hauptschulabschluß. Diese Gruppe besonders und mehrfach benachteiligter Jugendlicher ist in den geforderten Sofortmaßnahmen bevorzugt zu berücksichtigen.

– In der Öffentlichkeit erscheint in letzter Zeit immer häufiger in unverantwortlicher Weise der Begriff des „Bildungsverzichters". Solche Jugendlichen gibt es nicht. Es handelt sich vielmehr um Jugendliche, die im herrschenden Bildungs- und Ausbildungssystem keinen Platz finden. Sie erkennen keine Sinn- und Lebensbezüge in der herrschenden Art von Ausbildung und der entfremdeten Arbeit. (...)

– Uns liegen Berichte und Aussagen betroffener Jugendlicher, Eltern und Sozialarbeiter vor, wonach einige Betriebe und Geschäfte seit längerem damit begonnen haben, die hilflose Situation Jugendlicher oft schamlos auszunutzen. Sie bieten Jugendlichen sog. Praktika für mehrere Wochen ohne Vergütungen, Arbeitsschutz usw. an und ködern Jugendliche mit vagen Zusagen oder Versprechungen, ihnen „bei Eignung" einen Lehr- oder Ausbildungsvertrag anzubieten. Nach einigen Wochen kommt dann meist die Erklärung, sie kämen wohl doch nicht in Frage. (...)

– Nur ein Bündel qualitativer und auf die Jugendlichen und ihre verschiedenen Problemgruppen zugeschnittener Maßnahmen erachten wir als geeignet, um dem Problem- und Konfliktfeld der Jugendarbeitslosigkeit wirksame Maßnahmen entgegenzusetzen.

– Die gegen Jugendarbeitslosigkeit insgesamt zu ergreifenden Maßnahmen, Projekte und Schritte müssen sich an der wirklichen Lebenssituation der Jugendlichen orientieren und ihr Selbstbewußtsein, ihren Lebensmut und ihre Solidarität stärken helfen;

– Es ist sicherzustellen, daß durch festgeschriebene Quotierungen besonders und mehrfach benachteiligte Jugendliche von einzuleitenden Maßnahmen und Programmen gegen Jugendarbeitslosigkeit zielgerichtet angesprochen werden;

– das herrschende duale Ausbildungssystem mit dem Ausbildungsmonopol der Arbeitgeber hat sich als unfähig erwiesen, jedem Jugendlichen eine qualifizierte Berufsausbildung zu sichern. Wir halten es daher für unabdingbar, wie z.B. auch die IG Metall in ihrem Sofortprogramm festhält, „den Unternehmerkammern ihre Funktion in der beruflichen Bildung zu entziehen" und „die öffentliche Verantwortung für die Berufsbildung sicherzustellen". Das bedeutet, daß von Bürgerschaft und Senat zu veranlassende und kurzfristig realisierbare Sofortmaßnahmen schwerpunktmäßig im außerbetrieblichen Bereich anzusiedeln sind.

– Parallel dazu sind vom Land Hamburg Sofortmaßnahmen in Betrieben zu vollziehen, auf die Hamburg Einfluß hat. Weitergehendere Sofortmaßnahmen im betrieblichen Bereich (wie Ausbildungspflicht der Betriebe und Ausgleichsabgabe) bedürfen neuer gesetzlicher Regelung auf Bundesebene. In diese Richtung sind vom Land Hamburg Initiativen zu ergreifen und unmißverständliche Zeichen zu setzen.

Geforderte Sofortmaßnahmen auf Landesebene Hamburg

1. Betrieblicher Bereich

– In allen Betrieben, an denen die Stadt Hamburg mit mehr als 25% beteiligt ist, wird eine Ausbildungsquote von 10% realisiert (das macht z.B. allein bei HEW und MBB ca. 600 zusätzliche Ausbildungsplätze).*

– Alle staatlichen Subventionen und Bürgschaften Hamburgs an Großbetriebe werden nur unter der Bedingung vergeben, daß diese Betriebe eine Ausbildungsquote von 10% realisieren.*

– Die Vertreter Hamburgs setzen sich im Bundesrat (initiativ) für eine gesetzlich festgelegte Ausbildungsquote von 10% (Ausbildungspflicht) bzw. Ausgleichsabgabe bei Nichterfüllung ein.*

– Außerdem für eine vollständige Anrechnung des BGJ als erstes Ausbildungsjahr.

– In Hamburg wird eine Meldepflicht für alle Ausbildungsplätze eingeführt.

Fortsetzung Seite 6 unten

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Friedemann Bleicher · Gesellschaft, Politik (Inland): Günther Kruse · Ausland: cof, Theo Mehlen · Betrieb, Gewerkschaften: Gerd Heinemann, Michael Ackermann · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag;
Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730236 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 DM; Jahresabonnement 90 DM; Halbjahresabonnement 46 DM; Vierteljahresabonnement 23 DM (jeweils einschließlich Porto) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum.
ISSN 0720-8898

Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 50190000)

Eine düstere Entwicklung

Empirische Untersuchung zur studentischen Wohnsituation

„Man spricht immer von Leuten, die in Häuser einbrechen wollen. Aber es gibt mehr Leute auf der Welt, die aus Häusern ausbrechen wollen." (Thornten Wilder)
So allgemein und frei kann man die Ergebnisse der empirischen Untersuchung zur studentischen Wohnsituation des Projekts „Studentisches Wohnen" zusammenfassen. Vom Dezember 1980 bis Dezember 1981 untersuchte die Prodjektgruppe im Namen der VDS unter finanzieller Förderung des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft die Wohnsituation der Studenten in der BRD. Im folgenden eine Zusammenstellung der wichtigsten Ergebnisse zur momentanen Lage der Studenten. In einem zweiten Teil werden die Lösungsansätze vorgestellt. Die Zusammenstellung erfolgte durch einen Genossen aus Münster.

Aufgrund der begrenzten finanziellen und personellen Kapazitäten des Projektes konnte die Untersuchung nicht bundesweit in den Hochschulstädten durchgeführt werden. Da dennoch beabsichtigt war, nicht nur regionale Daten zu gewinnen, sondern die Ergebnisse auf Grundlage einer repräsentativen Stichprobenziehung für die Situation der Studenten in der Bundesrepublik Deutschland generalisierbar zu machen, wurden nach bestimmten, inhaltlichen Kriterien fünf Hochschulorte ausgewählt, in denen die Befragung durchgeführt wurde.

Diese Kriterien waren:

- Dauer des Bestehens der Hochschule (jung versus alt)
- Größe der Hochschulen (klein versus mittel versus groß)
- Anteil der Studenten an der Wohnbevölkerung (gering versus hoch)
- geographische Lage der Universitätsstadt
- wirtschaftliche Struktur des Hochschulortes.

Anhand dieser Kriterien wurden ausgewählt: Hamburg, Münster, Bielefeld, Marburg, Freiburg.

Die Summe der in diesen Städten zum Zeitpunkt der Erhebung (Sommersemester 1981) vollimmatrikulierten Studtenten an den in die Studie miteinbezogenen wissenschaftlichen und technischen Hochschulen, Fachhochschulen und falls vorhanden Pädagogischen Hochschulen beträgt ca. 150000 und repräsentiert damit ca. 15% der etwas über eine Million Studenten in der Bundesrepublik Deutschland.

Aufgrund der hohen Fallzahl (n = 2425) der Stichprobe und von Vergleichen der sozialstatistischen Daten mit bereits örtlich erhobenen Daten sind die empirischen Ergebnisse relevant und auch repräsentativ für die Wohnsituation von Studenten in der Bundesrepublik Deutschland.

Zur Bedeutung des Wohnens für die Studien- und Lebenssituation von Studenten

Wohnraum unterliegt in einer entwickelten Gesellschaft wie der Bundesrepublik Deutschland den Gesetzen des Kapitalverwertungsprozesses. Die Wohnung wird damit primär zur Ware, zum Austauschprodukt zwischen Käufern und Verkäufern, denen am möglichst hohen Profit gelegen ist. Die Befriedigung existenzieller Lebensbedürfnisse der Menschen nach Schutz und Privatsphäre steht somit nicht im Vordergrund. Dennoch ist „Wohnen als der private Bereich, in dem Selbstverwirklichung und Rückzug aus der durch die Bewegungssätze des Kapitals vergesellschafteten Umwelt möglich zu sein scheint, (ist) zu einem wichtigen Bestandteil der Reproduktion der Arbeitskraft geworden" (Arbeitsgruppe „Studentisches Wohnen" 1979, Bielefeld, S. 21). Dies trifft auch auf die Studien- und Lebenssituation von Studenten zu.

Die Semesterwohnung am Hochschulort leistet einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung und Erhöhung des Studienerfolges eines jeden Studenten.

Dieser Beitrag ist unmittelbar abhängig von der Gewährleistung materieller Grundanforderungen in bezug auf Größe und Ausstattung der Wohnung, Infrastruktur der Wohnumgebung und von ausreichenden Möglichkeiten des sozialen Kontaktes zu den Angehörigen der verschiedenen sozialen Gruppen. Die Notwendigkeit der sozialen Integration des Studenten am Hochschulort ist in diesem Zusammenhang besonders hervorzuheben, da der Student bei Antritt eines Studiums – verbunden häufig mit Wohnortwechsel, Trennung vom Elternhaus, Bezugsgruppen und den vertrauten Lebensbedingungen – vor die Eigeninitiative erfordernde Aufgabe gestellt wird, Lebensbedingungen und Bedürfnisbefriedigung selbständig zu organisieren.

Die Wohnung kann unter bestimmten Bedingungen den dazu benötigten Schutz bieten, Freiraum zur Befriedigung materieller und sozialer Bedürfnisse in Eigenverantwortung gewähren und trägt auf diese Weise zur Persönlichkeitsentwicklung des Studenten während des Wechsels von der Jugendlichen- zur Erwachsenenrolle bei.

Anschaulich zusammengefaßt werden die materiellen und sozialen Bedürfnisse und die ihnen – im Falle von Studenten oft – entgegenstehenden materiellen und sozialen Bedingungen in dem Schema von DAMME (1977, S. 29, zit. nach Arbeitsgruppe „Studentisches Wohnen" 1979, S. 53).

Wirtschaftliche Lage der Studenten

Die Befriedigung von studentischen Wohnbedürfnissen ist direkt abhängig von der Höhe des Einkommens, über das Studenten verfügen können, um eine Semesterwohnung (Zimmer zur Untermiete, Wohnung, Appartement, Studentenzimmer) anzumieten und einrichten zu können.

Höhe des monatlichen Einkommens

DM	%	abs.
0	3,3	80
250	3,3	81
251 bis 500	16,5	399
501 bis 750	50,5	1225
751 bis 1000	17,1	415
1001 bis 1250	3,0	72
1251 bis 1500	1,2	29
über 1500	4,0	97
K.A.	1,1	27
	100,0	2425

Das monatliche Einkommen der Studenten wird aus den verschiedensten Quellen gespeist. Die Befragten dieser Studie gaben dazu an, daß 46% Bafög-Unterstützung erhalten, 4% über Stipendien gefördert werden, 57% von den Eltern Geld erhalten, 29% sich ganz oder teilweise durch Jobs finanzieren und 18% aus sonstigen Quellen Geld zur Studienfinanzierung erhalten.

Von den Bafög-geförderten Studenten erhalten 14,6% bis zu 250 DM monatich, 33,6% zwischen 251 und 500 DM monatlich und 51,8% über 500 DM monatlich an Unterstützung. Die Verteilung dürfte nach den neuesten Bafög-Novellierungen deutlich nach unten verschoben sein.

Die Betrachtung der Verteilung der monatlich zur Verfügung stehenden Einkommen zeigt, daß ca. 74% aller befragten Studenten ihren Lebensunterhalt von einem Geldbetrag, der unter dem vom Studentenwerk angegebenen Mindestbedarf von 770 DM liegt, finanzieren müssen. Diese „finanzielle Not" erfährt auf dem Hintergrund steigender Preise und Miet- und Energienebenkosten noch zusätzlich an Schärfe.

Die Wohnung der Studenten

Der im folgenden häufiger verwendete Begriff „Semesterwohnung" bezieht sich auf alle Wohnformen, in denen Studenten leben (Zimmer, Wohnung, Haus, Studentenwohnheim).

Art der Unterkunftsvermittlung

	%	abs
Studentenwerk	13,4	326
Asta-Zimmervermittlung	1,5	36
Makler	5,4	130
Info-Brett	5,8	140
Zeitung	16,2	392
Beziehungen (Eltern, Bekannte o.ä.)	44,3	1075
Keine Angabe	13,4	326
	100,0	2425

Auffallend ist der sehr hohe Anteil der Unterkunftsvermittlungen über Beziehungen von Eltern, Bekannten und anderen (44,3%). Semesterwohnungen werden demzufolge nicht in der Mehrzahl über öffentliche Angebote gefunden, sondern direkt an interessierte Freunde, Bekannte und Verwandte weitervermittelt. Diese Situation erschwert insbesondere Studienanfängern die Suche nach einer Semesterwohnung. Studentenwerk und Zeitung werden von den Befragten als zweithäufigste Vermittler genannt. Relativ gering ist der Anteil der Studenten, die ihre Bleibe über den AStA (1,5%), über den Makler (5,4%) oder über das Info-Brett in den Hochschulen (5,8%) gefunden haben.

Dauer der Semesterwohnungssuche

Monate	%	abs
0	26,1	633
1–3	39,7	962
4–6	16,1	341
7–9	3,7	89
10–12	4,7	115
über 12	3,8	92
K.A.	7,9	193
	100,0	2425

Wohnformen

(Vergleich Untersuchung Studentenwerk 79, SW, Projet Wohnen 81, DW)

	SW 79	PW 81
Eltern	22%	13,4%
Untermiete	15%	4,5%
Stud. Wohnheim	13%	14%
WG	18%	28%
eig. Wohnung (allein/Partner)	31%	33,9%
o.A.	1%	6,2%

Zwei Entwicklungen fallen besonders auf. Es wohnen immer weniger Studenten bei den Eltern, während die WG-Bewohner in gleichem Maße (um 10%) angestiegen sind.

Zu den in allen Wohnformen am häufigsten genannten Umzugsgründen zählen die Wohnungs- / Zimmergröße und die Miethöhe. Wir erweitern unsere Kenntnisse über die studentische Wohnsituation durch die Betrachtung dieser Variablen.

Größe des bewohnten Zimmers

m²	%	abs.
6–10	10,2	247
11–15	30,9	749
16–20	27,5	669
21–25	7,6	184
26–30	4,3	104
über 30	6,6	159
K.A.	12,9	314
	100,1	2425

Miethöhe

DM	%	abs.
0	13,7	331
1–50	0,7	18
51–100	1,4	35
101–150	14,0	338
151–200	27,0	657
201–250	16,8	408
251–300	11,4	276
301–350	4,6	112
351–400	3,2	79
über 400	4,4	106
K.A.	2,8	65

Durchschnittswerte wirken nivellierend und verzerren daher häufig die reale Verteilung der Werte. Aus diesem Grunde sind an dieser Stelle zunächst einmal die Tabellen aufgeführt worden. Es läßt sich nun folgende, leicht nachvollziehbare Aussage treffen: Die größte Gruppe der befragten Studenten wohnen in einem 11 bis 15 m² großen Zimmer und bezahlen zwischen 150 DM und 200 DM Miete. Führt man die Durchschnittswertberechnungen dennoch durch, so ergibt sich für die Gruppe der Studenten, die über ein monatliches Einkommen bis zu 750 DM verfügen – dies sind 74% aller Befragten – folgendes Bild:

Höhe d. mtl. Einkommens:	DM 542
Monatliche Miete:	DM 174
Monatliche Fahrtkosten:	DM 36
Größe des bewohnten Zimmers:	m² 15
Dauer der Sem.wohnungssuche:	Monate 3,5

74% aller Befragten bezahlen demnach durchschnittlich 32% ihres Einkommens für ein nach einem halben Semester gefundenes, 15m² großes Zimmer.

Die von uns berechneten Durchschnittsmieten der Wohnformen ergeben folgende Werte.

Wohnform	durschnittl. Miete in DM
Alleinwohnen	210,-
mit Eltern wohnen	30,-
mit Partner wohnen	270,-
mit Bekannten und Freunden wohnen	210,-
in einem SWH wohnen	160,-
in einer WG wohnen	220,-

(Die Ergebnisse der Auszählung wurden jeweils auf DM 10 auf- bzw. abgerundet.)

Fortsetzung

GAL-Papier gegen Jugendarbeitslosigkeit

• Die Ausbildungsplätze müssen zu 20% ausländischen und zu 50% weiblichen Jugendlichen offenstehen. Es muß sich um anerkannte Ausbildungsberufe nach dem BBiG handeln, die die Kriterien des DGB für eine sinnvolle Berufsausbildung erfüllen (d.h. auch keine Aussetzung der Ausbildereignungsprüfungen).

2. Berufsschulbereich

– Einrichtungen und Erweiterung beruflicher Vollausbildungsgänge an Berufsschulen (dreijährige Berufsfachschulen) mit qualifiziertem tariffähigem Abschluß – berufsfelddeckend entsprechend der Nachfrage der Jugendlichen.
– Alle BGJ-Abgänger, die im dualen System keinen Ausbildungsplatz finden, erhalten an Berufsschulen eine Fortführung ihrer beruflichen Ausbildung bis zum qualifizierten tariffähigen Berufsabschluß (Übernahme in Berufsfachschulen).
– Auflösung der JoA-Klassen und JoA-Kurse; statt dessen Aufnahme der Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz ins BGJ bzw. in Werkklassen.
– Die Werkklassen und verschiedenen Berufsvorbereitungsmaßnahmen (z.B. für ausländische Jugendliche) sind in ein Konzept beruflicher Grundbildung mit anschließender Vollausbildung zu integrieren.
– Die Werkstattkapazitäten der Berufsschulen sind entsprechend dem Bedarf durch Anmieten bzw. Ankauf stillgelegter oder nicht ausgelasteter Betriebe zu erweitern.



4. Autonome außerbetriebliche Ausbildungsstätten

Besonders für Mädchen, ausländische Jugendliche und andere benachteiligte Gruppen von Jugendlichen sind autonome kleine Jugendwerkstätten in verschiedenen Stadtteilen einzurichten. Erste Konzeptionsentwürfe für solche Jugendwerkstätten, die in ihrer Arbeit mit verschiedenen Jugendfreizeiteinrichtungen eng vernetzt werden sollen, sind von Sozialarbeitern verschiedener Hamburger Einrichtungen erarbeitet worden. Arbeiten und Ausbilden soll sich in diesen Jugendwerkstätten an den Lebensbedingungen der Jugendlichen, an Sinnbezügen und individuellen Erfolgserlebnissen orientieren. Diese Jugendwerkstätten sollen auch voll tariffähige Abschlüsse in zukunftssicheren Berufen ermöglichen und betriebsähnliche Strukturen aufweisen.

Die Jugendwerkstätten sollen Aufträge zunächst vornehmlich aus der „Szene" von Jugendzentren, Abenteuerspielplätzen, Jugendclubs, Stadtteilzentren usw. erfüllen können.

Noch für 1982/83 sollen 7 bis 10 solcher Werkstätten mit einer Aufnahmekapazität von 8 bis 12 Jugendlichen modellartig und orientiert an Vorbildern in West-Berlin und anderen Städten eingerichtet und gefördert werden. Als Träger für diese Werkstätten kommen ausschließlich bestehende oder noch anzuregende Initiativen in Frage, um Autonomie, Gestaltungskraft und Flexibilität möglich werden zu lassen.

Die in der ersten Phase des Projekts autonome Jugendwerkstätten einbezogenen Jugendfreizeiteinrichtungen sind personell und materiell gesondert zu stützen, um sie in die Lage zu versetzen, diesen zusätzlichen Aufgabenbereich der Zusammenarbeit voll erfüllen zu können.

Nach ersten Erfahrungen mit diesem für Hamburg neuartigen Arbeitsansatz sind bei positiven Erkenntnissen weitere Einrichtungen dieser Art zu schaffen.

5. Berufsbildungsbericht

Der Senat erstellt bis zum Sommer 1983 einen neuen Berufsbildungsbericht nach den Kriterien des DGB.

6. Einsetzung einer Kommission

Begleitend zu den Sofortmaßnahmen fordert die GAL die Einsetzung einer autonomen Kommission, deren primäre Aufgaben- und Arbeitsfelder sich befassen sollen mit folgenden Punkten:
– Analyse der gegebenen Situation im Bereich Jugendarbeitslosigkeit, Ausbildungsmangel;
– Analyse der Arbeits- und Ausbildungssituation Jugendlicher vor dem Hintergrund des anhaltenden Motivationswandels und der steigenden Perspektivlosigkeit in der Jugend;
– Erarbeitung von Anhaltspunkten Perspektiven
– Ausarbeitung von konkreten Vorschlägen und Alternativen zur Berufsausbildung und Schaffung neuer Arbeitsplätze, die den wirklichen Lebensvorstellungen der Jugendlichen entsprechen.

Hamburg, 21. August 1982
Mitglieder der AGs Soziales, Bildung und Wirtschaft

Aufruf zur Demonstration am 25. September in Bonn:

Israelis raus aus dem Libanon

Am 6. Juni überfielen 80000 israelische Soldaten den Libanon. In einem grausamen Vernichtungsfeldzug wurden über 40000 Menschen getötet und hunderttausende verletzt. Ganze Städte wurden dem Erdboden gleichgemacht, fast eine Million Libanesen und Palästinenser wurden zu Flüchtlingen. Die libanesische Hauptstadt Beirut mußte neun Wochen lang eine erbarmungslose Belagerung und barbarische Bombardements erdulden. Die israelische Führung schreckte nicht davor zurück, den Befehl zum Einsatz völkerrechtlich geächteter Waffen, wie der berüchtigten Implosionsbombe und der sog. Mutterbombe zu geben.

Erklärtes Ziel war es, die PLO militärisch und politisch zu liquidieren, das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes endgültig im Blut zu ersticken. Im Zentrallibanon soll ein proisraelisches Marionettenregime errichtet werden. Die Wahlfarce, mit der der Falangistenführer Gemayel Präsident des Libanon wurde, war ein wichtiger Schritt dazu. Den Südlibanon will Israel unter eigener Kontrolle halten. Mit der beabsichtigten Vernichtung der PLO sollten gleichzeitig die Voraussetzungen für die vollständige Annexion des Westjordanlandes und des Gazastreifens geschaffen und Israels Rolle als Stellvertretermacht der USA in der gesamten Region gefestigt werden.

Erklärtes Ziel war es, die PLO militärisch und politisch zu liquidieren, das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes endgültig im Blut zu ersticken. Im Zentrallibanon soll ein proisraelisches Marionettenregime errichtet werden. Die Wahlfarce, mit der der Falangistenführer Gemayel Präsident des Libanon wurde, war ein wichtiger Schritt dazu. Den Südlibanon will Israel unter eigener Kontrolle halten. Mit der beabsichtigten Vernichtung der PLO sollten gleichzeitig die Voraussetzungen für die vollständige Annexion des Westjordanlandes und des Gazastreifens geschaffen und Israels Rolle als Stellvertretermacht der USA in der gesamten Region gefestigt werden.

Doch die Hoffnungen der israelischen Regierung und der Reagan-Administration auf einen schnellen Sieg im Blitzkrieg zerbrachen an der Widerstandskraft der PLO und der verbündeten libanesischen Kräfte, die – länger als je ein arabischer Staat zuvor – der zahlenmäßig und waffentechnisch haushoch überlegenen Militärmaschinerie Israels standhielt und schließlich ein Abkommen über ihren Abzug aus Beirut erreichen konnte.

Mit diesem geordneten Rückzug wurde eine Fortsetzung des Blutbades unter der Zivilbevölkerung und die völlige Zerstörung der Stadt durch die Israelis abgewendet. Dies ist nicht nur ein Sieg der Menschlichkeit, ein moralischer Sieg der palästinensischen Befreiungsorganisation, sondern durchkreuzt auch die israelischen Kriegsziele. Es ist der PLO gelungen, den Fortbestand wichtiger militärischer Strukturen zu sichern. Ihre politischen Positionen sind heute weltweit so stark wie nie zuvor.

Eine Bilanz des israelischen Angriffskrieges darf jedoch nicht übersehen, daß die libanesische Tragödie noch keineswegs beendet ist. Noch immer besetzen die Truppen des Aggressors unter Mißachtung jeglichen Völkerrechts libenesisches Gebiet. Hunderttausende leiden unter dem israelischen Besatzungsregime. Tausende von libanesischen und palästinensischen Zivilisten werden in Lagern ohne den geringsten rechtlichen Schutz interniert. Kämpfer der PLO werden von Israel nicht gemäß der Genfer Konvention über die Behandlung von Kriegsgefangenen behandelt. Schon droht Begin auch den Nordlibanon zu besetzen, noch besteht die Gefahr einer Konfrontation mit syrischen und palästinensischen Einheiten im Norden Libanons, und noch wie vor besteht die Absicht, der gesamten Region die Ordnung und Friedhofsruhe einer „Pax Americana" aufzuzwingen.

Der israelische Angriffskrieg hat zu weltweiten Protesten geführt. Auch in Israel Der israelische Angriffskrieg hat zu weltweiten Protesten geführt. Auch in Israel selbst gingen Hunderttausende – Juden und Araber – gemeinsam auf die Straße, um ihre Ablehnung der israelischen Aggression zu demonstrieren. Ihr Engagement widerlegt die demagogischen Verleumdungen all jener, die den Protest gegen diese Politik als Antisemitismus verleumden. Gerade weil wir uns dem antifaschistischen Vermächtnis der Opfer der Nazibarbarei verpflichtet fühlen, können wir nicht schweigen, wenn diese Opfer heute dazu mißbraucht werden, die Verbrechen am libanesischen und palästinensischen Volk zu legitimieren.

Wir rufen deshalb zu einer bundesweiten Demonstration in Bonn auf:
am 25. September 1982, 11.00 Uhr, Hofgarten

Als erste Schritte zu einem dauerhaften und gerechten Frieden fordern wir:
- sofortiger und bedingungsloser Abzug Israels aus dem Libanon
- Rückzug Israels aus *allen* besetzten Gebieten
- Freilassung aller von Israel gefangengehaltenen Palästinenser und Libanesen.
- für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes einschließlich seines Rechts auf einen eigenen Staat in Palästina
- Anerkennung der PLO als einzig legitime Vertretung des palästinensischen Volkes durch die Bundesregierung
- Für einen ungeteilten, arabischen Libanon

Es rufen auf: Palästinensischer Arbeiterverein, Palästinensischer Studentenverein, Libanesische Progressive Bewegung, Informationsstelle Palästina, Antiimperialistische Solidaritätskomitees, Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Deutsche Jungdemokraten, esg TU Westberlin, Jusos, Palästina-Libanon-Plenum Frankfurt, SDAJ, SJD-Die Falken, VDS

Rechte Regierung in den Niederlanden hat nicht einfach freie Hand

PvdA stärkste Fraktion – NATO-Nachrüstung gegen Bevölkerungsmehrheit?

rof.Kleve. Die Niederländer haben am 8. September ein neues Parlament, die 2. Kammer, gewählt. Erforderlich war die Neuwahl durch den Bruch der Regierungskoalition des 1981 gebildeten Kabinetts van Agt II, den Auszug der sozialistischen PvdA-Minister, geworden.

Die Wahlbeteiligung lag bei 80,6% (zum Vergleich in Klammern die Zahlen von 1981: 86,6%), das entspricht ca. 8227000 Stimmen. Die wesentlichen Ergebnisse: die sozialistische Partei der Arbeit (PvdA) konnte den Abwärtstrend seit 1977 beenden und wurde mit 47 Sitzen stärkste Parlamentsfraktion (44). Zweitstärkste Partei wurde die Christdemokratische CDA die seit 1977 in wechselnden Koalitionen regierenden Premiers van Agt mit 45 Sitzen (48). Gewinner der Wahl ist die konservative rechtsliberale Volkspartei für Freiheit und Demokratie (VVD) mit einem Sprung auf 36 (26) Sitze. Verlierer dieser Wahl ist die linksliberale D'66. Sie fiel auf 6 (17) Sitze. Die kleinen Linksparteien, die Pazifistisch-sozialistische Partei (PFP), die politische radikale Partei (BPR) und die kommunistische Partei der Niederlande (CPN) sind insgesamt mit 8 (9) Parlamentssitzen in der 2. Kammer vertreten. Erstmals errang die ultrarechte rassistische Zentrumspartei (CP) mit über 68000 (12242) Stimmen einen Sitz im Parlament.

Die Rechtsverschiebung innerhalb des Parlamentes eröffnet den Weg für ein Kabinett van Agt IV, für eine Regierungskoalition von CDA und VVD, die mit 81 von 150 Sitzen die erforderliche Mehrheit in der 2. Kammer besitzen. Somit ergibt sich eine Wiederholung der Regierungssituation von 1977, als das damalige Kabinett van Agt I, durch CDA und VVD gebildet, gegen die stärkste Parlamentsfraktion (1977: 53 Sitze) regierte.

Van Agt schwelgt bereits von einem „Kabinett der starken Hand", und die interessierte Presse propagiert das „Ende des Wohlfahrtsstaates". Die VVD hat aus der Opposition heraus den Wahlkampf auf der Linie geführt, dem unternehmerischen Geist wieder mehr Raum zu verschaffen, das freie Spiel des Marktes, insbesondere des Arbeitsmarktes, von den hemmenden Schranken des gesetzlichen Lohnausgleiches, der geringen Lohnunterschiede, dem hohen Standard der Sozialversicherungsleistungen zu befreien. Ideologisch hat die VVD die steigende Massenarbeitslosigkeit (nahezu 12,4%) als beweiskräftige Untermauerung des Versagen der Wohlfahrtsgesellschaft zitiert, den Ausweg aus der Krise durch verstärkte individuelle Initiative, verbunden mit Kürzungen staatlicher Leistungen als radikale Alternative zu den bekannten und durch die gesellschaftliche Entwicklung praktisch kritisierten Programme der drei großen ehemaligen Regierungspartner CDA, PvdA und D'66 formuliert.

Hierin, verbunden mit dem Fehlen einer starken parlamentarischen Kraft, die durch radikale Kritik der kapitalistischen Gesellschaftsverfassung eine wirkliche Alternative darstellt, liegt m.E. die Ursache der starken Anziehungskraft der VVD, gerade auch bei den jüngeren Wählern.

Der zweite Gewinner dieser Wahl, die Partei der Arbeit, hat die Raketenstationierung in den Vordergrund gestellt. Bekanntlich hatte den Uyl bereits als Arbeits- und Sozialminister im Kabinett van Agt Probleme, das Beschäftigungsprogramm konkret zu formulieren und insbesondere zu finanzieren. Nicht zuletzt der an der Gewerkschaftsbewegung gescheiterte Versuch, die staatlichen Finanzen durch Kürzungen des Krankengeldes und Einführung von unbezahlten Karenztagen im Krankheitsfall zu sanieren, dürfte der PvdA unvergessen sein. Die eingetretene Konsolidierung der PvdA ist wesentlich begründet in dem vollzogenen Bruch mit der Regierungskoalition sowie dem eindeutigen Nein gegenüber dem NATO-Doppelbeschluß.

Die Stärken der PvdA sowie das in dem Wahlergebnis enthaltene starke Moment der Kritik an den beiden verbliebenen Regierungsparteien CDA und D'66, beide Verlierer dieser Wahl, lassen eine bruchlose Übertragung der Rechtsverschiebung innerhalb des Parlaments auf die gesamte Wählerschaft nicht zu. Sicher ist die parlamentarische Position zur Durchsetzung der Stationierung atomarer NATO-Mittelstreckenraketen in den Niederlanden gestärkt, jedoch selbst der strahlende Sieger Nijpels (VVD) mußte in einer Fernsehdiskussion zugeben, daß die Mehrheit der niederländischen Bevölkerung gegen diese Stationierung ist.

Der Sprecher des Gewerkschaftsverbandes FNV hat gefordert, daß die sozialökonomischen Forderungen der Gewerkschaft in das Programm des neuzubildenden Kabinetts einfließen müssen, angesichts der Wählerabsage an den Kürzungs- und Sparhaushalt der Regierung van Agt. Für den Fall einer Kabinettsbildung ohne PvdA befürchtete er ein „Minenfeld von sozialen Konflikten".

Zum Verlauf der Auseinandersetzungen über die 7. Gipfelkonferenz der Bewegung Blockfreier Staaten
Kurzchronik, Zeitungsmeldungen, Berichte

Die Chronologie der Entwicklung in der Blockfreienbewegung seit der 6. Gipfelkonferenz in Havanna 1979 soll denjenigen, die die Entwicklung der Blockfreien nicht kontinuierlich verfolgen, in die Lage versetzen, die Verschiebung der 7. Gipfelkonferenz in Bagdad in den Rahmen der allgemeinen Entwicklung der Blockfreien einzuordnen. Die Dokumentation umfaßt die Zeit seit April 1982.

Zu beziehen über: Dokumentationsstelle Bewegung Blockfreier Staaten e.V. Weißenburgerstr. 23, 4600 Dortmund. Lieferung gegen Vorauskasse von 3,00 DM plus 1,40 DM Versandkosten.



Zivilpolizist schießt Tränengasgranaten in eine Demonstration in Gdansk.

Unterstützt die polnischen Gefangenen und Internierten

Nach den Demonstrationen um den 31. August hat die polnische Militärregierung über 4000 ihrer Gegner festgenommen und mehr als 100 zu Haftstrafen zwischen einem Monat und anderthalb Jahren sowie viele andere zu Geldstrafen bis zu 40000 Zloty verurteilt. Gleichzeitig wurde die Verlegung von vier ehemaligen KOR-Mitgliedern aus dem Internierungslager ins Gefängnis bekannt; Prozesse scheinen bevorzustehen – die hiesige Presse spricht von „ersten Prozessen" gegen die am 13. Dezember Internierten.

Im folgenden eine Übersicht über einige Fälle, die zeigen, daß in Polen nicht nur einige hundert führende Mitglieder der „Solidarność" und der politischen Opposition auf unbegrenzte Zeit eingesperrt sind, sondern daß eine täglich wachsende Zahl von Gewerkschaftern und Oppositionellen zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt und in Zuchthäuser gesperrt worden ist. Ihre Namen stehen stellvertretend für andere. Nach Angaben von amnesty international waren bis zum Mai bereits 130 Gewerkschafter rechtskräftig verurteilt

•

Ewa Kubasiewicz

Ein Marinegericht in Gdańsk (Danzig) hat Ewa Kubasiewicz Anfang Februar im Schnellverfahren zu zehn Jahren Haft und fünfjährigem Entzug der Bürgerrechte verurteilt — das höchste bisher bekanntgewordene Urteil gegen ein Mitglied der „Solidarität". Sie wurde für schuldig befunden, nach Ausrufung des Kriegsrechts in der Hochschule für Seefahrt in Gdynia einen Streik organisiert zu haben, sowie später noch Flugblätter verfaßt und verbreitet zu haben, deren Inhalt dem Gericht zufolge „geeignet war, öffentliche Unruhen und Störungen zu provozieren". Weder ihr noch ihren sieben Mitangeklagten, die Strafen zwischen drei und neun Jahren erhalten haben, war es möglich, gegen dieses Urteil des Militärgerichts Berufung einzulegen.

Miroalaw Krupinski und andere Streikführer der Landeskommission

M. Krupinski, einer der Stellvertreter Walesas, versuchte nach Verhängung des Kriegsrechts im Schutz der Streikenden auf der Lenin-Werft eine provisorische nationale Streikleitung zu bilden. Motorisierte Miliz mit Panzern stürmte die Werft. Krupinski wurde im Schnellverfahren zu 3 ½ Jahren Haft verurteilt. Die Urteile gegen seine Mitangeklagten Dr. Jan Waszkiewicz, Krysztof Dowgialo, Aloiz Szablewski, Regina Jung und Andrzej Malinowski sind uns nicht bekannt.

Andrzej Slowik und die Streikführer von Lodż

A. Slowik, der Vorsitzende des Regionalkomitees der „Solidarität" in Lodż, entkam in der Nacht des 13. Dezember zunächst. Er kehrte nach Lódź zurück und versuchte mit seinen Stellvertreter, Jerzy Kropownicki, zusammen den Generalstreik zu propagieren. Er wurde beim Sturm der ZOMO auf das Gewerkschaftshaus verhaftet. Das erste Urteil von 4 ½ Jahren wurde auf Einspruch der Staatsanwaltschaft aufgehoben und auf sechs Jahre verschärft. Kropownicki erhielt 4 ½ Jahre.

Weitere Streikführer von Regionalverbänden

Tadeusz Kolodziejski, stellv. Vorsitzender des Regionalkomitees Gorzów Wielkopolski — 5 Jahre

Andrzej Pawlik, Mitglied des Regionalkomitees von Dolny Slask (Niederschlesien) — 5 Jahre

Zygmunt Golinski, Mitglied des Präsidiums des Regionalkomitees von Slupsk — 4 ½ Jahre

Mieczyslaw Ustasiak, stellv. Regionalvorsitzender von Szczecin (Stettin) — 4 Jahre

Aleksander Przygodzinski, Mitglied der Landeskommission und Vors. im Stahlwerk Czenstochowa — 3 Jahre

Streikführer auf der Huta Katowice

Die Huta Katowice ist der größte Industriebetrieb Polens und eines der größten Stahlwerke Europas. Die Urteile in Kattowice (Kattowitz) waren besonders brutal.

Wojciech Marusinski: 7 Jahre, 20000 Zl.
Zbigniew Sobolewski: 6 Jahre, 15000 Zl.
Herbert Renert: 5 ½ Jahre, 15000 Zl.
Ryszard Bilinski: 4 ½ Jahre, 15000 Zl.
Jan Legut: 3 ½ Jahre, 15000 Zl.

Streikführer von Ursus bei Warschau

Das Traktorenwerk „Ursus" war bereits 1976 eines der Zentren des Widerstandes der Arbeiter und eine der Hochburgen der „Solidarität".

Jerzy Koniewski — 3 ½ Jahre
Arkadiusz Czerwinski — 3 Jahre
Witold Kaszuba — 3 Jahre

Quelle: Extrablatt – 1. September 1982, hrsg. vom Ausschuß der Komitees und Initiativen „Solidarität mit Solidarność"

Die arabische und die amerikanische Nahost-Initiative

Die Fernsehrede Reagans vom 1. September

Die strategische Bedeutung der Region für die Vereinigten Staaten ist bekannt.

Aber unsere Politik wird durch mehr motiviert als nur strategische Interessen. Wir haben eine unumstößliche Verpflichtung für das Überleben und die territoriale Integrität befreundeter Staaten. Und wir können auch ebenso wenig die Tatsache außer acht lassen, daß das Wohlergehen eines großen Teiles der Weltwirtschaft mit der Stabilität des von Streit heimgesuchten Nahen Ostens verknüpft ist; und schließlich verlangen unsere traditionellen humanitären Anliegen eine anhaltende Anstrengung zur friedlichen Lösung von Konflikten.

Als unsere Administration im Januar 1981 ihr Amt antrat, beschloß ich, daß der allgemeine Rahmen für unsere Mittelost- und Nahostpolitik im großen und ganzen den von meinen Vorgängern festgelegten Richtlinien folgen sollte.

Zwei grundlegende Probleme waren es, denen wir uns zuwenden mußten. Erstens gab es die strategische Bedrohung der Region durch die Sowjetunion und ihre Stellvertreter – wie sie am deutlichsten durch den brutalen Krieg in Afghanistan zum Ausdruck kommt – und zweitens den Friedensprozeß zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn. Was die Bedrohung durch die Sowjets angeht, so haben wir unsere Anstrengungen verstärkt, um zusammen mit unseren Freunden und Verbündeten eine gemeinsame Politik zu entwickeln, um die Sowjets und ihre Stellvertreter von einer weiteren Expansion in der Region abzuhalten und, wenn notwendig, uns dagegen zu verteidigen. Was den arabisch-israelischen Konflikt betrifft, so haben wir den Rahmen von Camp David als den einzigen Verfahrensweg benutzt. Wir haben jedoch erkannt, daß die Lösung des arabisch-israelischen Konflikts allein nicht den Frieden in einer ganzen Region sichern kann, die so groß ist wie der Nahe und Mittlere Osten. (...)

Während dieses ganzen Zeitraums schwieriger und langwieriger Verhandlungen haben wir niemals den nächsten Schritt von Camp David aus dem Auge verloren – Autonomiegespräche, um den Weg zu ebnen, dem palästinensischen Volk die Ausübung seiner legitimen Rechte zu erlauben. (...)

Der Krieg im Libanon hat uns – so tragisch er war – eine neue Chance für den Frieden im Nahen Osten gebracht. Wir müssen diese Chance jetzt ergreifen und diesem geplagten Gebiet, das so entscheidend wichtig ist für die Stabilität in der Welt, Frieden zu bringen, solange noch Zeit ist. (...)

Der Abzug der PLO aus Beirut ist jetzt abgeschlossen. Und wir können jetzt den Libanesen helfen, ihr vom Krieg heimgesuchtes Land wieder aufzubauen. Wir sind es uns und unserer Nachwelt schuldig, rasch an diesen Wiederaufbau zu gehen. Ein stabiler und neubelebter Libanon ist von entscheidender Bedeutung für all unsere Hoffnungen auf Frieden in der Region. Die Bevölkerung des Libanon verdient die größten Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft, um die Alpträume der letzten Jahre in eine neue Morgenröte der Hoffnung zu verwandeln.

Aber die Möglichkeiten für einen Frieden im Nahen Osten erschöpfen sich nicht im Libanon. Neben unserer Hilfe für den Wiederaufbau des Libanon müssen wir auch darangehen, die tieferliegenden Ursachen des Konflikts zwischen den Arabern und den Israelis in den Griff zu bekommen.

Der Krieg im Libanon hat vieles aufgezeigt, aber für den Friedensprozeß sind zwei Folgerungen von grundlegender Bedeutung:

Erstens: Die militärischen Verluste der PLO haben das Verlangen des palästinensischen Volkes nach einer gerechten Befriedigung seiner Ansprüche nicht vermindert. Zweitens: Während die militärischen Erfolge Israels im Libanon demonstriert haben, daß seine Streitkräfte in dieser Region wirklich niemandem nachstehen, können sie allein doch keinen gerechten und dauerhaften Frieden für Israel und seine Nachbarn herbeiführen.

Die Frage ist nunmehr, wie die legitimen Sicherheitsanliegen Israels mit den legitimen Rechten der Palästinenser versöhnt werden können. Und diese Antwort kann nur am Verhandlungstisch gefunden werden. Jede Partei muß einsehen, daß das Ergebnis für alle annehmbar sein muß, und daß ein wirklicher Frieden Kompromisse von allen erforderlich macht.

Daher rufe ich heute abend zu einem Neubeginn auf. Dies ist der Augenblick für all jene, die unmittelbar betroffen sind, sich an einer funktionierenden Grundlage für den Frieden zu beteiligen – oder ihr Unterstützung zu gewähren. Das Camp-David-Abkommen bleibt die Grundlage unserer Politik. Sein Text bietet allen Parteien die Bewegungsfreiheit, die sie für erfolgreiche Verhandlungen brauchen.

Ich rufe Israel auf, klarzustellen, daß die Sicherheit, die es fordert, nur durch einen echten Frieden erreicht werden kann, durch einen Frieden, der Großmut, Weitblick und Mut erfordert.

Ich rufe das palästinensische Volk dazu auf, einzusehen, daß seine eigenen politischen Hoffnungen unlösbar mit der Anerkennung von Israels Recht auf sichere Zukunft verbunden sind.

Ich rufe die arabischen Staaten dazu auf, die Realität Israels zu akzeptieren – so wie die Tatsache, daß Frieden und Gerechtigkeit nur durch harte, faire und direkte Verhandlungen erreicht werden können.

Wenn ich andere zu all dem aufrufe, so tue ich das in der Erkenntnis, daß die Vereinigten Staaten eine besondere Verantwortung tragen. Kein anderes Land ist in der Position, sich mit den entscheidenden Parteien des Konflikts auf der Grundlage von Vertrauen und Verläßlichkeit auseinanderzusetzen.

Die Zeit für einen neuen Realismus seitens aller Völker im Nahen Osten ist gekommen. Der Staat Israel ist eine vollendete Tatsache; er verdient innerhalb der Staatengemeinschaft eine unangefochtene Legitimität. Aber Israels Legitimität ist bisher von noch zu wenigen Staaten anerkannt worden und wurde Israel von allen arabischen Staaten mit der Ausnahme von Ägypten verwehrt. Israel existiert; es hat ein Recht, in Frieden hinter sicheren und zu verteidigenden Grenzen zu existieren, und es hat ein Recht, von seinen Nachbarn zu verlangen, daß sie diese Tatsachen anerkennen.

Der Krieg im Libanon hat eine weitere Realität der Region aufgezeigt. Der Abzug der Palästinenser aus Beirut hat auf dramatischere Weise denn je die Heimatlosigkeit des palästinensischen Volkes deutlich gemacht. Die Palästinenser fühlen zutiefst, daß ihre Sache mehr ist als eine Flüchtlingsfrage. Ich stimme dem zu. Das Camp-David-Abkommen war sich dieser Tatsache bewußt, als es von den legitimen Rechten des palästinensischen Volkes und seine rechtmäßigen Forderungen sprach. Damit es zu einem dauerhaften Frieden kommt, müssen all jene einbezogen werden, die von dem Konflikt am unmittelbarsten betroffen sind. Nur durch eine breitere Beteiligung am Friedensprozeß – zu allererst durch die Beteiligung Jordaniens und der Palästinenser – wird Israel in der Lage sein, Zuversicht aus dem Wissen zu gewinnen, daß seine Sicherheit und Integrität von seinen Nachbarn respektiert werden. Nur durch den Verhandlungsprozeß können alle die Nationen des Nahen Ostens einen sicheren Frieden verwirklichen.

Dies also sind unsere allgemeinen Ziele. Welche sind die speziellen, neuen amerikanischen Positionen und warum beziehen wir sie? (...')

... es ist für mich offenkundig geworden, daß eine etwas klarere Darstellung der Haltung Amerikas zu den entscheidenden Fragen notwendig ist, um zu größerer Unterstützung des Friedensprozesses zu ermutigen.

Erstens: Wie in den Camp-David-Vereinbarungen dargelegt, muß es einen Zeitraum geben, innerhalb dessen die palästinensischen Einwohner des Westjordanlandes und des Gazastreifens volle Autonomie über ihre eigenen Angelegenheiten haben. Dabei müssen das Prinzip der Selbstverwaltung durch die Einwohner dieser Gebiete und die legitimen Sicherheitsanliegen der betroffenen Parteien in angemessener Weise berücksichtigt werden.

Zweck der fünfjährigen Übergangsperiode, die nach freien Wahlen zu einer autonomen palästinensischen Regierung einsetzen würde, ist es, den Palästinensern zu beweisen, daß sie sich um ihre Anglegenheiten selbst kümmern können und daß eine solche palästinensische Autonomie keine Bedrohung der Sicherheit Israels darstellt.

Während der Übergangsperiode werden die Vereinigten Staaten die Verwendung weiterer Landstriche zum Zweck der Besiedlung nicht unterstützen. Ja, die unverzügliche Einstellung der Besiedlung Israels könnte – mehr als jede andere Maßnahme – das Vertrauen schaffen, das für eine breiter angelegte Beteiligung an diesen Gesprächen notwendig ist. Eine weitere Siedlungstätigkeit ist für die Sicherheit Israels in keinster Weise notwendig und verringert nur das Vertrauen der Araber darauf, daß ein endgültiges Ergebnis frei und fair ausgehandelt werden kann.

Ich möchte, daß die amerikanische Position klar verstanden wird: der Zweck dieser Übergangsperiode ist die friedliche und geordnete Übertragung der einheimischen Verwaltung von Israel auf die palästinensischen Einwohner des Westjordanlandes und des Gazastreifens. Gleichzeitig darf eine solche Übertragung nicht die Sicherheitserfordernisse Israels beeinträchtigen.

Beim Blick über die Übergangsperiode hinaus in die Zukunft des Westjordanlandes und des Gazastreifens scheint mir klar, daß es einen Frieden nicht durch die Bildung eines unabhängigen palästinensischen Staates auf diesen Territorien geben kann. Es kann aber auch kein Frieden auf der Grundlage israelischer Souveränität oder permanenter Kontrolle über das Westjordanland und den Gazastreifen erreicht werden.

Daher werden die Vereinigten Staaten nicht die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates im Westjordanland und im Gazastreifen unterstützen – und wir werden nicht die Annexion oder die permanente Kontrolle durch Israel unterstützen.

Es gibt jedoch einen anderen Weg zum Frieden. Der letztendliche Status dieser Gebiete muß natürlich durch das Geben und Nehmen bei Verhandlungen erreicht werden. Es ist jedoch die feste Überzeugung der Vereinigten Staaten, daß Selbstverwaltung der Palästinenser im Westjordanland und im Gazastreifen in Assoziation mit Jordanien die beste Möglichkeit für einen dauerhaften, gerechten und beständigen Frieden bildet.

Wir gründen unsere Haltung voll und ganz auf dem Prinzip, daß der arabisch-israelische Konflikt durch Verhandlungen gelöst werden sollte, die den Austausch von Territorium gegen Frieden beinhalten. Dieser Austausch ist in der Resolution 242 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen enthalten, die wiederum in allen ihren Bestandteilen Eingang in die Camp-David-Vereinbarungen gefunden haben. Die UN-Resolution 242 behält als Grundstein der amerikanischen Friedensbemühungen im Nahen Osten ihre volle Gültigkeit.

Es ist die Position der Vereinigten Staaten, daß – im Austausch für einen Frieden – die Rückzugsbestimmungen der Resolution 242 für alle Fronten gelten – einschließlich des Westjordanlandes und des Gazastreifens.

Wenn es zu Verhandlungen über die Grenze zwischen Jordanien und Israel kommt, so wird unserer Ansicht nach das Ausmaß, in welchem Israel aufgefordert werden sollte, Territorium aufzugeben, in starkem Umfang von dem Maß an echtem Frieden, Normalisierung und Sicherheitsvereinbarungen abhängen, die im Gegenzug angeboten werden.

Schließlich sind wir weiterhin davon überzeugt, daß Jerusalem ungeteilt bleiben muß, aber sein endgültiger Status sollte durch Verhandlungen entschieden werden. (...)

... damit keine Mißverständnisse entstehen, die Vereinigten Staaten werden jeden Vorschlag ablehnen – von welcher Seite und zu welchem Punkt im Laufe des Verhandlungsprozesses er auch kommen mag –, der die Sicherheit Israels bedroht. Amerikas Verpflichtung für die Sicherheit Israels ist unverbrüchlich. Und ich möchte hinzufügen, auch die meine. (...)

Wir werden hart daran arbeiten, die Beteiligung am Verhandlungstisch zu erweitern, wie dies in den Abkommen von Camp David vorgesehen ist. Und ich hoffe zutiefst, daß die Palästinenser und Jordanien, mit Unterstützung ihrer arabischen Kollegen, diese Chance aufgreifen werden. (...)

(Quelle: Amerika-Dienst, Bonn)

Charta der arabischen Gipfelkonferenz von Fes

Angesichts der ersten und bedenklichen Verhältnisse, die die arabische Nation zur Zeit durchmacht, und angesichts des Gefühls einer historischen nationalen Verantwortung haben ihre Majestäten und Exzellenzen, die Könige, Präsidenten und Emire der arabischen Staaten, die dem Gipfel unterbreiteten wichtigen Fragen geprüft und folgende Beschlüsse gefaßt:

I. Zum israelisch-arabischen Konflikt:

Der Gipfel würdigte den Widerstand der Kräfte der palästinensischen Revolution, des libanesischen und des palästinensischen Volkes und der syrischen Streitkräfte und bekräftigte seine Unterstützung des palästinensischen Volkes im Kampf um die Rückgewinnung seiner unveräußerlichen nationalen Rechte.

Überzeugt von der Macht der arabischen Nation, ihre legitimen Ziele zu erreichen und der Aggression ein Ende zu bereiten, ausgehend von den grundlegenden Prinzipien, wie sie von den arabischen Gipfelkonferenzen niedergelegt wurden, und angesichts des Verlangens der arabischen Länder, mit jedem Mittel auf die Erzielung eines gerechten Friedens im Nahen Osten hinzuwirken, unter Berücksichtigung des Planes Seiner Exzellenz des Präsidenten Habib Burgiba, in dem das Völkerrecht als Grundlage für die Lösung der Palästinenserfrage vorgesehen ist, und des Planes Seiner Majestät des Königs Fahd Ibn Abdelasis hinsichtlich eines Friedens im Nahen Osten, sowie im Lichte der Gespräche und Darlegungen ihrer Majestäten, Exellenzen und Hoheiten, der Präsidenten und Emire, hat der Gipfel folgende Grundsätze gebilligt:

1. Rückzug Israels aus allen im Jahr 1967 besetzten arabischen Gebieten einschließlich El Kuds (Jerusalems).
2. Entfernung der von Israel nach 1967 errichteten Siedlungen.
3. Garantie der Freiheit des Gottesdienstes und der Ausübung religiöser Riten für alle Religionen an den heiligen Stätten.
4. Bekräftigung des Rechtes des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und Ausübung seiner unverletzlichen und unveräußerlichen Rechte unter der Führung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), seiner einzigen und rechtmäßigen Vertretung, und auf eine Entschädigung all jener, die nicht zurückkehren möchten.
5. Unterstellung des Jordan-Westufers und des Gaza-Streifens unter die Aufsicht der Vereinten Nationen für eine Übergangszeit, die einige Monate nicht überschreitet.
6. Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates mit El Kuds (Jerusalem) als Hauptstadt.
7. Der Sicherheitsrat garantiert den Frieden zwischen allen Staaten in dem Gebiet einschließlich des unabhängigen palästinensischen Staates.
8. Der Sicherheitsrat garantiert die Beachtung dieser Grundsätze.

II. Zur israelischen Aggression gegen Libanon:

1. Der Gipfel verurteilt entschieden die israelische Aggression gegen Libanon und gegen das palästinensische und libanesische Volk ...
2. Der Gipfel beschließt, Libanon in allem zu unterstützen, was die Verwirklichung der Resolutionen des Sicherheitsrates ... hinsichtlich des Rückzuges Israels von libanesischem Gebiet hinter international anerkannte Grenzen ermöglicht.
3. Der Gipfel bekräftigt die Solidarität der arabischen Länder mit Libanon ... und seine Bereitschaft, jede Hilfe zu gewähren, die es zur Lösung seiner Schwierigkeiten erbitten könnte.

Der Gipfel wurde von der Entscheidung der libanesischen Regierung unterrichtet, die Mission der arabischen Abschreckungs-Streitmacht in Libanon zu beenden. Zu diesem Zweck werden die Regierungen Libanons und Syriens Verhandlungen über Maßnahmen aufnehmen, die angesichts eines israelischen Rückzugs aus Libanon ergriffen werden sollen.

III. Zur arabischen Haltung im Golf-Krieg:

Der Gipfel hat die Lage im Krieg am (Persischen) Golf geprüft und mit großem Kummer und Bedauern die Fortdauer des irakisch-iranischen Krieges ungeachtet wiederholter Bemühungen um einen Waffenstillstand und trotz der Vermittlungsangebote seitens internationaler Organisationen festgestellt. Gleichzeitig würdigte er die positive Initiative Iraks, seine Truppen hinter internationale Grenzen zurückzuziehen.

... Der Gipfel hat beschlossen, seine Verpflichtung zur Verteidigung aller arabischen Gebiete zu bekräftigen, jede Aggression gegen ein arabisches Land als Angriff gegen alle arabischen Länder anzusehen und die beiden beteiligten Parteien aufzufordern, sich vollständig an die Resolution des Sicherheitsrtates 479 und 514 zu halten und sie zu verwirklichen ...

IV Zum Horn von Afrika:

Der Gipfel hat Kenntnis davon genommen, was von der Demokratischen Republik Somalias hinsichtlich des Eindringens Äthiopiens auf somalisches Gebiet bekanntgegeben worden ist, und folgendes beschlossen:

1. Unterstützung der Demokratischen Republik Somalia, damit sie den Erfordernissen der Gewährleistung ihrer Souveränität über ihre Gebiete gerecht werden und die äthiopischen Streitkräfte von somalischem Gebiet vertreiben kann.
2. Gegenseitige Achtung der Souveränität und Unabhängigkeit eines jeden Staates durch die Länder Äthiopien und Somalia nach dem Rückzug Äthiopiens von somalischem Gebiet.
3. Unterstützung des Gipfels für die friedliche Lösung der bilateralen Probleme auf dieser Grundlage.

Der Gipfel hat beschlossen, einen Ausschuß zu bilden, der Kontakte zu den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen aufnehmen und sich nach den Beschlüssen des Gipfels zum arabisch-israelischen Konflikt über die Haltung dieser Staaten sowie über die Haltung unterrichten soll, die die Vereinigten Staaten von Amerika in den letzten Tagen hinsichtlich des arabisch-israelischen Konflikts veröffentlicht haben. Der Ausschuß wird den Königen und Staatschefs regelmäßig über die Ergebisse seiner Kontakte und Bemühungen berichten.

(Quelle: Frankfurter Rundschau)

Die asiatischen Schwellenländer vor dem Überschreiten der „Schwelle“?

Die asiatischen Schwellenländer haben mit einer Umstrukturierung ihrer Exportindustrien begonnen. Damit versuchen sie eine Antwort auf die Weltwirtschaftskrise und auf wachsende Konkurrenz aus der Dritten Welt. Werden sie damit an die Seite der Industrieländer treten? Am Weg der Schwellenländer hat sich schon immer eine entwicklungstheoretische Diskussion entfacht.

von Theo Mehlen

Die asiatischen Schwellenländer, worunter Südkorea, Taiwan, Singapur und Hongkong gefaßt werden, haben sich für die 80er Jahre eine weitgehende Umstrukturierung ihrer Wirtschaft vorgenommen. Meist zu Beginn der 60er Jahre initiiert, haben sie mit einer arbeitsintensiven Produktion von Textilien, Elektroartikeln usw., die für den Weltmarkt bestimmt sind, eine auch für Industrieländer beispiellos schnelle Industrialisierung ihrer Ökonomien durchgeführt. In Taiwan z.B. trägt die Industrie inzwischen 53% zum Bruttosozialprodukt bei, der Dienstleistungssektor 40% und die Landwirtschaft 7% gegenüber noch 32% 1960. Allerdings konzentriert sich diese Industrie in den besagten Exportbranchen. Sowohl das Ausmaß des Wachstums wie auch eine sich abzeichnende Störung dieses Prozesses zeigen die Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts in Südkorea:

Jahr	%	Jahr	%
1963	8,8	1973	16,5
1964	8,6	1974	8,6
1965	6,1	1975	8,3
1966	12,4	1976	15,2
1967	7,8	1977	10,3
1968	12,6	1978	11,6
1969	15,0	1979	6,4
1970	7,9	1980	−5,7
1971	9,2	1981	7,1
1972	7,0	1982 (geschätzt)	5,5

Die heutigen Schwierigkeiten dieser Schwellenländer, von denen wir im folgenden im wesentlichen Süd-Korea betrachten wollen, erklären sich aber nicht nur daraus, daß mit der Krise in den Industrieländern die Nachfrage nach exportierten Waren dieser Länder nachläßt. Ein zweiter wesentlicher Grund ist der wachsende Aufbau von Handelsschranken gegenüber Importen aus der Dritten Welt. Für die Schwellenländer Asiens gilt als drittes im besonderen Maße, daß sich ihnen Konkurrenten aus der Region bemerkbar machen, gegen die sie sich nur behaupten können, wenn sie ihre Exportproduktion umstellen.

Die Tabelle 2 zeigt dies an einem Beispiel. Die VR China tritt als Konkurrent auf dem Textilmarkt auf und wird dies wahrscheinlich bei Forcierung des jetzigen Wirtschaftskurses verstärken. Aber ähnliche Bestrebungen haben auch die ASEAN-Länder, darunter die Philippinen, Malaysia, die zu einer Politik des Abbaus von Schutzzöllen und Staatsubventionen für ihre Textilindustrien übergehen, um diese für den Weltmarkt konkurrenzfähig zu machen.

Dieses Problem stellt sich für alle vier Länder, auch wenn sie sich untereinander etwas unterscheiden. So sind die Stadtstaaten Singapur und Hongkong viel mehr auf den sogenannten Dienstleistungssektor ausgerichtet, wodurch diese Problematik nicht so voll durchschlägt wie bei Taiwan und Südkorea. Taiwan seinerseits ist viel eindeutiger als Südkorea auf die arbeitsintensive leichtindustrielle Produktion festgelegt, was einer der Gründe dafür ist, daß Taiwan eine ausgeglichene Handelsbilanz hat, denn die Notwendigkeit für Importe von Großtechnologie und Rohstoffen ist hierdurch geringer. Südkorea traf 1973 die Entscheidung für eine Forcierung der Chemie und Schwerindustrie. So stieg der Anteil dieser Industrie an den Exporten von 21,3% 1972 auf 41,6% 1980. In diesem Jahr betrug der Anteil der Leichtindustrie an den Exporten noch 48,4%. Dieser Kurs wurde im 5-Jahresplan für 1982–1986 kritisiert.

Es ist Südkorea nicht gelungen, die Chemie- und Schwerindustrie dauerhaft für die Bedürfnisse des Weltmarktes konkurrenzfähig zu machen. Glanzstück der südkoreanischen Wirtschaft ist allerdings der Schiffbau, der heute 10.4% der gesamten Weltproduktion umfaßt und damit an 2. Stelle hinter Japan liegt. In Südkorea stellen sich die Umstrukturierungsaufgaben also noch einmal etwas anders als in Taiwan. Allesamt scheinen sich diese Länder aber umstellen zu wollen auf Produkte, die mit hochentwickelter Technologie zu produzieren sind, also weg von den bisherigen arbeitsintensiven Produkten der Leicht- und Schwerindustrie.

Die Schwerpunkte Südkoreas sollen dies verdeutlichen. Durch staatliche Hilfen soll der Anteil von möglichst weit verarbeiteten Chemikalien gegenüber anderen Chemikalien von 21,6 auf 35% bis 1986 erhöht werden. Man hofft, bis 1986 für über 1 Mrd. Dollar fein-verarbeitete Chemikalien exportieren zu können. Die Produktion von Halbleitern und Klein- oder mittleren Computern soll entwickelt werden. Das erfordert eine ganze Reihe von Umstrukturierungen. Um eine derartige Produktion bewältigen zu können, muß ein Stamm von Wissenschaftlern vorhanden sein, weshalb einiges in die Ausbildung investiert werden muß. Die Industrie selber muß mit entsprechender Maschinerie ausgerüstet sein, usw. Hochtechnisierte Produktion erfordert großen Energieaufwand. Geplant sind 13 Atomreaktoren, die bis 1991 in Betrieb und 60% des Energiebedarfs decken sollen. Bis 1987 will die Regierung eine Fabrikation für nuklearen Brennstoff aufgebaut haben.



Eine entwicklungstheoretische Diskussion

Befinden sich damit diese Länder auf dem Sprung vom Schwellenland zum vollgültigen Industrieland? Aufgrund der unbestreitbaren Tatsache, daß diese Schwellenländer keineswegs in ihrem seit den 60er Jahren eingeschlagenen Entwicklungsweg stagnieren, sondern eine Fortentwicklung auch zu hochstehender Technologie anstreben und dabei das ganze Land auf industrielle Produktion einstellen, scheint die entwicklungstheoretische Diskussion neue Anstöße bekommen zu haben. Die Entwicklung schildert D. Senghaas so: „An der Entwicklung Südkoreas (und auch Taiwans) scheiden sich in der gegenwärtigen entwicklungstheoretischen und entwicklungspolitischen Diskussion die Geister. Für die einen stellt Südkorea das Paradebeispiel einer erfolgreichen *weltmarktintegrativen* ... Entwicklung dar; für die anderen ist der südkoreanische Entwicklungsweg eher abschreckend und keineswegs für andere Entwicklungsländer zukunftsweisend – und für Südkorea selbst eine Sackgasse.

Neuerdings wird diese derart polarisierte Diskussion um eine weitere Variante bereichert: Sich marxistisch verstehende Wissenschaftler sprechen mit wachsender Häufigkeit von Südkorea (neben Taiwan, Hongkong und Singapur) als einem Fallbeispiel für eine sich abzeichnende vollgültige *nachholende Entwicklung* unter kapitalistischen Vorzeichen. Was ist damit gemeint?

Während die modernisierungstheoretisch orientierte Entwicklungsdiskussion der 50er und 60er Jahre die Überwindung von Rückständigkeit und Unterentwicklung in Analogie zu den Entwicklungsprozessen europäischer und außereuropäischer „Frühentwickler“ gesehen hat, betonte die neuere entwicklungstheoretische Diskusson der späten 60er und 70er Jahre den strukturellen Unterschied zwischen Entwicklungsprozessen im *metropolitanen Kapitalismus* und im sogenannten *peripheren Kapitalismus* ... Viele Gründe wurden gesehen, warum unter heutigen Bedingungen ein Übergang von peripherem zu metropolitanem Kapitalismus als relativ unwahrscheinlich, wenn nicht gar als überhaupt unmöglich zu gelten hatte. Indem in neueren marxistischen Entwicklungstheorien die These von der Unwahrscheinlichkeit bzw. Unmöglichkeit einer vollgültigen nachholenden kapitalistischen Entwicklung unter heutigen Bedingungen bezweifelt wird ... wird eine Revision der in den 70er Jahren vorherrschenden Entwicklungstheorie einzuleiten versucht.

In dieser neuesten Variante entwicklungstheoretischer Diskussion werden die in der Dritten Welt heute allenthalben diagnostizierten Symptome als Erscheinungen begriffen, die kapitalistische Entwicklung immer schon ausgezeichnet hätten.“ (D. Senghaas, Von Europa lernen, Frankfurt 1982)

Nach diesen beschriebenen neueren entwicklungstheoretischen Thesen müßte für die asiatischen Schwellenländer wohl die Perspektive einer vollgültigen Industrialisierung in den nächsten 10–30 Jahren vorausgesagt werden. Die eingangs beschriebenen Pläne in Südkorea scheinen dies auch zu bestätigen.

Bevor hierauf eingegangen wird, müssen aber zwei Fragestellungen auseinandergehalten werden. Die eine lautet, ob das Entwicklungsmodell der 4 Schwellenländer als Beispiel für eine Entwicklung aller Länder der Dritten Welt zu gelten hat oder gelten kann. Die andere lautet, ob ihr Entwicklungsweg zu einer vollgültigen Industrialisierung führt.

Zum ersten Punkt genügt eigentlich folgende Bemerkung. Ein Entwicklungsweg über die weitgehende Einbeziehung der Bevölkerung in eine exportorientierte Produktion (der Umfang des gesamten Außenhandels Südkoreas beträgt 70% im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt, in Japan 26%) ist nur für einige Länder der Dritten Welt gangbar, nämlich soweit es der Weltmarkt hergibt und soweit diese Länder die Unterstützung der Industrieländer über Kredite und vor allem auch Kapitalexporte finden. Schon der verstärkte Auftritt der VR China auf dem Weltmarkt für Textilien bringt die Schwellenländer Asiens in Bedrängnis. Es handelt sich also um exklusive Modelle (vgl. A.G. Frank, Asia's exclusive Models, in: Far Eastern Economic Review, 25.6.1982). Allein von daher kann der Weg der Schwellenländer keine globale Perspektive für die heutigen Entwicklungsländer sein.

Tabelle 3

Südkoreas Außenhandel und Handelsbilanz
(in Mio $)

Jahr	Exporte	Importe	Handelsbilanzdefizit
1960–1970	2953	9383	6430
1971	1067	2394	−1326
1972	1624	2522	−897
1973	3225	4240	−1015
1974	4460	6851	−2391
1975	5081	7274	−2193
1976	7715	8773	−1058
1977	10046	10523	−476
1978	12710	14970	−2260
1979	15060	20340	−5280
1980	17505	22297	−4792
1981	21268	26131	−4863

(Quelle: International Financial Statistics, Sept. 82; H.U. Luther, Südkorea ..., München 1981)

Tabelle 2

Internationaler Preisvergleich für Textilprodukte
(Einheit: $)

Land	Samtstoff (Baumwolle) qm	Blusen (Baumwolle) Dutzend	Krawatten (Seide) Dutzend	Socken (Baumwolle) Dutzend	Hosen (Baumwolle) Dutzend
Südkorea	3,17	32,83	40,95	6,08	34,71
Taiwan	7,82	40,05	–	5,30	32,78
VR China	–	35,10	40,16	2,71	27,78
Hongkong	–	40,14	53,37	6,87	87,77
BRD	8,50	443,59	125,00	21,52	100,25

(Quelle: H.U. Luther, Südkorea ..., München 1981)

Demnächst über die Schwelle?

Zur zweiten Fragestellung. Von den asiatischen Schwellenländern wird des öfteren hervorgehoben, man werde den Weg Japans nachvollziehen. Dieser Vergleich und Anspruch ist nicht zu vertreten. Zunächst unterschied sich Japans Entwicklung in zwei wesentlichen Punkten von der des Taiwans und Südkoreas. Zum einen ist in Japan als einzigem Land Asiens vor dem Übergang zum Kapitalismus eine dem westeuropäischen Feudalismus verblüffend ähnliche Produktionsweise zu beobachten. Damit gab es wohl in Japan Voraussetzungen für eine ausgewogene Entwicklung unter kapitalistischen Vorzeichen, die in den Ländern mit „asiatischer Produktionsweise“ fehlten. Hinzu kommt zweitens, daß Japan nie kolonisiert wurde wie die meisten Länder Asiens, womit es einer Zerstörung der gewachsenen Ökonomie entging. Korea und auch Taiwan entgingen dieser Kolonisierung nicht. Ja, Korea wurde selber von Japan kolonisiert und lieferte dem japanischen Kapital einiges zur Akkumulation. Der Norden Koreas wurde auf die Lieferung von Bergbauprodukten ausgerichtet, der Süden auf Lieferung von Reis.

Nach dem Ende der Kolonialzeit erfolgte in Südkorea zunächst der Versuch, über die Importsubstituierung eine Entwicklung in Gang zu bringen. Dies wurde zu Beginn der 60er Jahre aufgegeben zugunsten einer exportorientierten arbeitsintensiver Produktion. Das sprunghafte Wachstum der Exporte zeigt Tabelle 3. Diese Entwicklung war nur möglich durch Schaffung einer auf dem Weltmarkt konkurrenzfähigen Produktion. Die war nur möglich durch den Import entsprechender Produktionsmittel aus den Industrieländern unter Ausnutzung der niedrigen Löhne (die Löhne in Südkorea betragen etwa 1/7 der in Japan, 1/12 der in den USA). Mit dem Import der Maschinerie wurde hingegen die Notwendigkeit für Exporte verstärkt, wofür aber wiederum größere Importe von Produktionsmitteln, aber auch von Rohstoffen notwendig wurden. Um diese Produktion voranzutreiben, wurden Kredite aufgenommen, die auch wiederum nur durch größere Exporte finanziert werden konnten. Südkorea gelang es nie, aus den Handelsbilanzdefiziten herauszukommen. Zum Ausgleich der Zahlungsbilanz, aber auch, weil eigene Mittel fehlten, mußte ausländisches Kapital ins Land geholt werden, sodaß der Anteil ausländischen Kapitals an den Gesamtinvestitionen von 13% 1969 auf 27,8% in 1974 anstieg.

Durch den Kurs auf Ausbau einer Schwerindustrie wird die Klemme zwischen notwendigen Exporten und Importen nur noch fester, da der Rohstoffimport viel größere Ausmaße annimmt wie auch das investierte Kapital viel langsamer zurückfließt. Die Verschuldung wächst. 790 Millionen Dollar 1968, 3 Mrd. Dollar 1973, 20 Mrd. Dollar 1979. Um hier einen Ausweg zu finden, plante die südkoreanische Regierung für 1981 200 Mio. Dollar Kapitalimporte ein, es werden aber nur 146 Mio. Für 1982 sind 300 Mio. Dollar eingeplant, bis 1986 sollen es jährlich 700 Mio. Dollar sein. Sehr realistisch scheinen diese Prognosen nicht. Um die Exporte qualitativ auszuweiten, wird jetzt versucht, eine Umstrukturierung der gesamten Produktion einzuleiten. Die Kosten hierfür sind aber riesig und kaum ohne neue Verschuldung aufzubringen. Die Weltbank hat auch schon Kredite von jährlich 700 Mio. Dollar für 5 Jahre zugesagt. Wie Südkorea aus diesem Schuldendebakel herauskommen will, ist aber nicht abzusehen, eher schon ein weltweiter Zusammenbruch des ganzen Finanzsystems, Mexiko war ja nur ein Vorgeschmack.

Wesentlich bei diesem Entwicklungsweg bleibt aber, daß die Produktion in Südkorea in einem abhängigen Grundmuster verblieben ist, weil die jeweils für die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt entscheidenden Produktionsmittel importiert und nicht selber produziert werden können. Hierdurch bildet die produktive Konsumtoin in den Exportindustrien nicht die Grundlage für den Absatz einer einheimischen Produktionsmittelindustrie, weshalb sich der innere Markt nicht entwickeln kann. An diesem Grundmuster ändert sich aber nichts, wenn jetzt die Schwellenländer dazu übergehen wollen, die Produktion auf hochentwickelte Technologie umzustellen. Es bleibt bei einer abhängigen Ökonomie (Abhängigkeit hier in einem völlig anderen Sinn als etwa die Abhängigkeit der BRD vom Weltmarkt). Die „Schwelle“ zum durchindustrialisierten Land wie in Westeuropa wird nicht überschritten, sondern die Exportindustrie paßt sich an das inzwischen erreichte Niveau und den gewachsenen Bedürfnissen der Industrieländer an. Dies ist auch eine Fortentwicklung, deren positive Aspekte nicht unterschätzt werden sollten (als „abschreckend“ ist dieser Prozeß sowieso schlecht charakterisiert und als solcher wirkt er auch nicht in der Dritten Welt, siehe die Versuche der VR China, einiges hiervon zu übernehmen). Die Exportindustrie mit einem immer besser ausgebildeten Proletariat schafft auch Voraussetzungen für eine revolutionären Umwälzungsprozeß.

Zukunft der Arbeit

Wege aus Massenarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung

Zu einem Kongreß unter obengenanntem Thema am 8.–10.10.1982 in der Universität Bielefeld ruft ein Trägerkreis aus Al Berlin, AKL, Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz, die GRÜNEN, GAL Hamburg, DS, Jungdemokraten und Jungsozialisten auf. Der Kongreß soll den herrschenden Vorschlägen, durch noch mehr Einsparungen und Rationalisierungen die Wirtschaft auf Kosten der arbeitenden und lernenden Bevölkerung, auf Kosten der Völker der Dritten Welt und um den Preis weiterer Naturzerstörung „anzukurbeln", ein alternatives, an den Lebensbedürfnissen der Menschen orientiertes, wirtschaftspolitisches Konzept entgegensetzen.

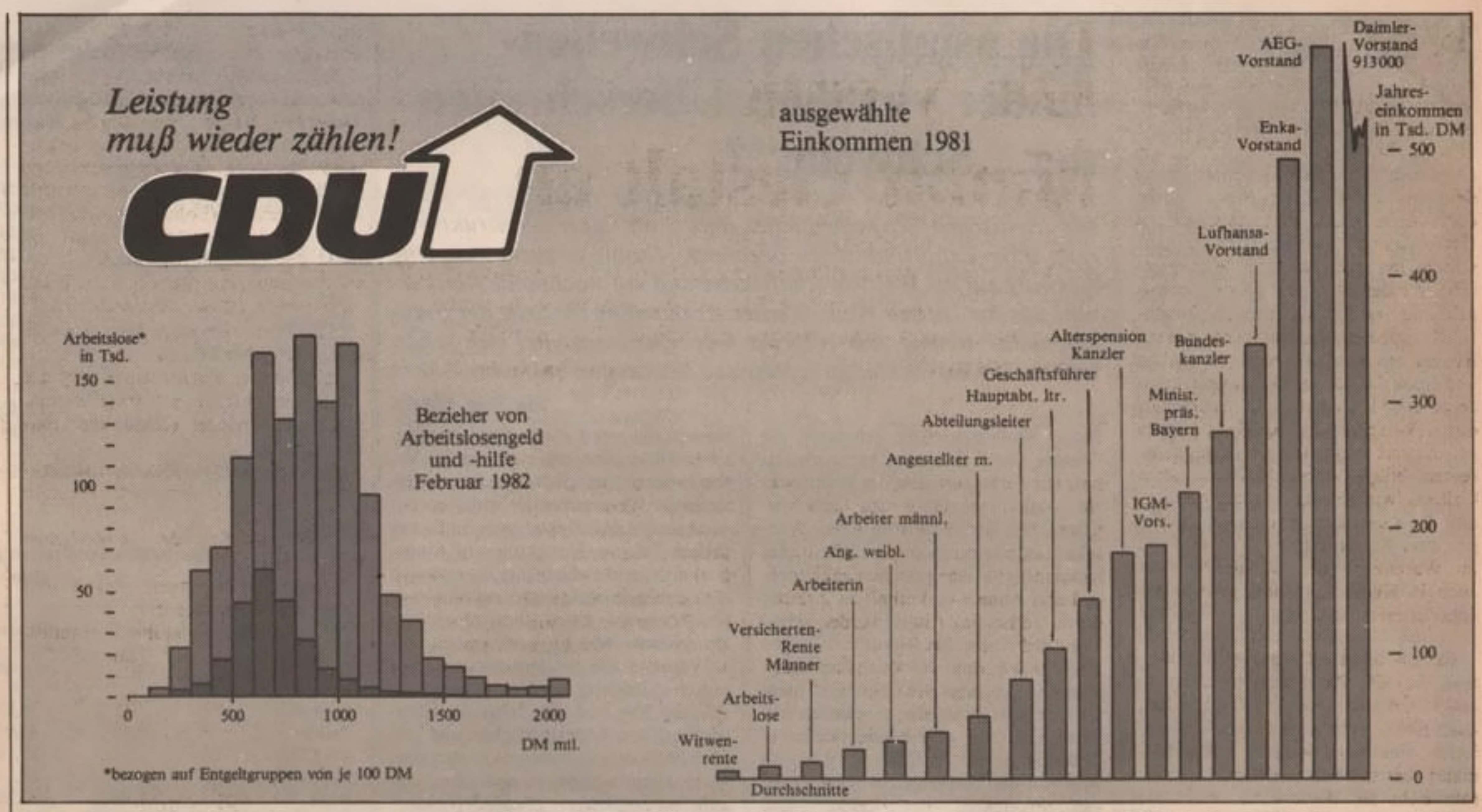
Nach den Vorstellungen der Initiatoren soll sich der Kongreß ausgehend von der Unfähigkeit des Industriekapitalismus zu einer Wirtschaftsweise, die den Bedürfnissen der arbeitenden Menschen und der nichtmenschlichen Natur entspricht, mit der heutigen Wirtschafts- und Arbeitswelt auseinandersetzen. Aufgezeigt werden sollen kurz, wie auch längerfristige Alternativen, wie unsere Arbeitswelt gestaltet werden kann und ausreichend menschenwürdige Arbeitsplätze geschaffen werden können, ohne die Zerstörung unserer Erde durch Rüstungsproduktion, Großtechnologien und grenzenloses Industriewachstum. Diskutiert werden sollen auch die Differenzen z.B. zwischen diejenigen, die vorrangig an der Kritik am Wirtschaftswachstum orientiert sind, und denjenigen, die sich vorrangig für die Verteidigung der Arbeitsplätze und der sozialen Sicherheit einsetzen.

Beginn am 8.10. um 20 Uhr mit einer Podiumsdiskussion. Am Samstag Plenum und Arbeitsgruppen zum Thema Beschäftigungspolitik, Arbeitszeitverkürzung, Umwelt, sinnvolle Arbeit. Sonntag Podiumsdiskussion und Plenum über Alternativen und Strategien.

Kontakt über: Kongreßbüro, Webereistr. 28, 4800 Bielefeld 1 Tel.: 0521 / 6 36 41

11. IGM-Frauenkonferenz: Loderer und Mayr unter Druck

kvz. Zu einem relativ offenen Schlagabtausch kam es auf der 11. IGM-Frauenkonferenz in Frankfurt zwischen den Frauen und Loderer und Mayr vom Vorstand. Die Frauen griffen die schlaffe Gegenwehr der IGM gegen die Haushaltsbeschlüsse der Bundesregierung an und betonten, daß es mit einer Schonung der SPD nun nicht mehr ginge. Auch in Sachen Lohnbewegung wurd e scharfe Kritik am Zurückweichen der Vorstände geäußert. Loderer konnte hier mal wieder nur das Argument ins Feld führen, daß die Zeiten ja noch härter würden und man sich die Regierung ja nicht aussuchen könne. In Sachen Arbeitszeitverkürzung wurde die vorrangige Einführung der 35-Stunden-Woche gefordert und das Hintanstellen der Tarifrente und der Verkürzung der Lebensarbeitszeit. Nur so rum sei auch die besondere Unterdrückung der Frau zu bekämpfen. In diesem Zusammenhang wurde Loderer dann auch auf seinen Vorstandsposten bei VW festgenagelt. Warum er da denn keine Initiative ergreife? Betreffend Lohndiskriminierung sahen die Frauen die großen Erfolge in der letzten Zeit nicht. Viel zu wenig Unterstützung würde man in dieser Frage in den Gewerkschaften noch finden. Die allgemeine Diskriminierung sei in den Gewerkschaften keineswegs weitgehend abgebaut, was man ja schon an der Anzahl der Vertreterinnen in Gremien sehen könne, die vollkommen unterrepräsentiert seien. Zu scharfen Auseinandersetzungen kam es in der Frage „Frieden und Abrüstung". Der Kongreß beschloß die Unterstützung des ‚Krefelder und des Bielefelder Appells' und begrüßte die Wiederbelebung der Ostermarschbewegung. Loderer und Mayr versuchten vehement, die Beschlußfassung in dieser Richtung zu verhindern, grenzten sich von der DKP ab und warnten vor Einseitigkeiten. Damit hatten sie keinen Erfolg. Unter anderem wurden noch folgende Beschlüsse gefaßt: – Abschaffung des Steuersplittings, – Untere Lohngruppen anheben oder ganz streichen, – Gegen Ausweitung der Teilzeitarbeit, Ablehnung von Job-Sharing und Kapovaz.



Viel holen läßt sich durch die diskutierte Ergänzungsabgabe nicht, und die anstehenden Probleme lassen sich dadurch auch nicht lösen. Aber der hartnäckige Widerstand gegen jede besondere Belastung höherer Einkommen und die gleichzeitigen Heiligen Schwüre zur Beseitigung von „Mißbräuchen" am sozialen Netz zeigen doch, welche Interessen in dieser Gesellschaft die herrschenden sind. Alle reaktionären Programme zur Lösung der Krise laufen darauf hinaus, die Reichen noch reicher zu machen. Die Renten, die Arbeitslosenunterstützung, die Löhne – sie sind zu hoch für die Bedürfnisse des Kapitals. Investieren muß sich wieder lohnen, damit wenigstens für die Unternehmen die Kohle stimmt, und die herrschende Klasse weiter schmarotzen kann.

Die Woche im Rückblick

Die Baukosten für den Schnellen Brüter in Kalkar werden vom Forschungsministerium nunmehr mit 6,5 Mrd. DM angegeben. Im Frühjahr war noch von 5 Mrd. DM die Rede gewesen, bei Baubeginn waren mal 1,7 Mrd. DM veranschlagt. Nach anfänglicher Planung sollte das Bauwerk auch schon 1978/79 fertig sein. Für den Hochtemperaturreaktor in Hamm werden mittlerweile Baukosten von 4 Mrd. DM angegeben. Beide Bauwerke werden aus öffentlichen Mitteln subventioniert. Aber auch anderen KKW-Bauern laufen die Kosten davon. Das Kraftwerk Emsland soll 3,7 Mrd. DM kosten, Isar 2 etwa 5,4 Mrd. DM. In den USA soll eine noch unveröffentlichte amtliche Studie jetzt auch auf den Trichter gekommen sein, daß der Atomstrom doch nicht der billigste ist. Und Staatssekretär Bartholomäi von der hessischen Staatskanzlei verkündete letzte Woche, er glaube vor allem aus wirtschaftlichen Gründen, daß es in der BRD eine Wiederaufbereitungsanlage wohl nicht geben wird. Scheitert der Bau des Schnellen Brüters an der Finanzierung, so wäre eine WAA nochmal unwirtschaftlicher, denn der Brüter sollte Hauptabnehmer des gewonnenen Plutoniums sein. Auch in den USA sei der Bau einer geplanten WAA storniert. Währenddessen focht Holger Börner in Frankenberg – Hessens WAA-Standort – den Kampf des letzten Aufrechten.

Für die Besteuerung der Renten spricht sich eine Studie des Instituts für Finanzwirtschaft der Universität Kiel aus. Es ist nicht die erste Studie, die der Autor Hans-Georg Petersen zu diesem Zweck auf den Markt geworfen hat. Als Legitimation für eine solche Maßnahme wird immer wieder ein Urteil des Verfassungsgerichts angeführt, das die Ungleichbehandlung von Renten und Beamtenpensionen moniert.

Ins Wasser gefallen ist die europäische Gemeinschaftsrakete Ariane bei ihrem ersten kommerziellen Flug. Damit sind auch die Hoffnungen, dem amerikanischen Space Shuttle Marktanteile streitig zu machen, naß geworden. Krach gab's in Italien, weil der untergetauchte Satellit nicht versichert war.

Eine weitere Unternehmenskonzentration im Einzelhandel hat die Gewerkschaft NGG festgestellt. 200 Einkäufer bestellten 80% des Einzelhandelsumsatzes und bekommen damit auch die Ernährungsindustrie in ihre Finger. Allein die Gruppen Aldi, Spar, Rewe, Edeka und Coop halten 60% des Marktes im Griff. Sie können gegenüber den kleineren und mittleren Herstellern Sonderpreise durchdrücken, die sich die Hersteller ihrerseits wieder über die Listenpreise von kleinen Lebensmittelhändlern zurückholen. Womit letztere ihre eigene Konkurrenz finanzieren.

Auf dem Weg zur Ruhrstahl AG

Krupp und Thyssen planen Edelstahlfusion / Stahlkrise verschärft sich nochmal

bsc.Dortmund. An hektischen Aktivitäten und starken Worten mangelt es nicht: am Freitag, den 3. September, ließen sich Bundespräsident Karl Carstens und Ministerpräsident Johannes Rau am Rande der Dortmunder 1100-Jahrfeier von Betriebsräten über die „Sorgen der Hoesch-Belegschaft" unterrichten; am Montag, den 6. September, flog Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff per Hubschrauber zu einer dreistündigen Werksbesichtigung ein, um sich mit eigenen Augen vom hohen technischen Standard der Hüttenwerke zu überzeugen; am Samstag, den 11. September, fand eine außerordentliche gemeinsame Aufsichtsratssitzung von Hoesch Hüttenwerke AG und Hoesch Werke AG (der Konzernmutter) statt; am Montag, den 13. September, fand eine Aufsichtsratssitzung des ESTEL-Konzerns statt; am Dienstag, den 14. September, fand ein Spitzengespräch zwischen NRW-Wirtschaftsminister Jochimsen sowie den Betriebsräten und Vorständen von Hoesch und Krupp statt; und im Laufe der nächsten Tage soll ein noch „höheres Spitzengespräch", nämlich beim Bundeskanzler, stattfinden.

Die Lokal-Presse kommentiert: „Krupp ist während der Verlobungszeit fremdgegangen! – Wie soll das später aussehen?" Betriebsräte munkeln vom „Hochverrat des Dr. Rohwedder" und Vertrauensleute rufen dazu auf, „die Fenster der Hauptverwaltung zu zählen, damit bei Bedarf ausreichend Pflastersteine vorhanden sind".



Der Bundespräsident und NRW-Ministerpräsident Rau auf Visite bei der Hoesch-Belegschaft. Betriebsrat Werner Nass begrüßt sie.

Der Neubau eines Stahlwerkes aber ist damit noch nicht einen Tag näher gerückt. Dabei drängt die Zeit, denn bis zum 30. September müssen entsprechend dem EG-Subventionskodex sämtliche Investitionsprogramme, die gefördert werden wollen, in Brüssel vorliegen.

Ausgangspunkt der erneuten Hektik war die Ablehnung des gemeinsamen Investitionskonzeptes von Hoesch und Krupp durch das Bundeswirtschaftsministerium. Grund: der Finanzierungsplan des 4,8 Mrd. DM-Programms ging nicht nur von staatlichen Zuschüssen zwischen 20 und 50 Prozent für verschiedene Anlagen aus, sondern „auf Wunsch der Banken" wurde auch noch eine 2 Mrd. Bundesbürgeschaft beantragt.

Hoesch-Vorstandsvorsitzender Detlef Rohwedder brachte daraufhin in Umlauf, daß Hoesch dann eben alleine weitermachen würde; allerdings müßte man dann den Stahlwerks-Neubau auf nach 1985 verschieben, bis genug Cash-Flow in der Kasse sei.

Andererseits reagierte Dieter Spethmann, Vorstandsvorsitzender der Thyssen AG, auf diese Entwicklung und ließ am Rande eines Urlaubsbesuches beim Kanzler durchsickern, daß Krupp und Thyssen vor einer Edelstahl-Fusion stünden.

Damit wäre dann die letzte Perle aus der noch zu gründenden Ruhrstahl AG gepflügt. Das riecht stark nach „Verstaatlichung der Verluste und Privatisierung der Gewinne", wie es bei Gründung der Ruhrkohle AG vorexerziert wurde.

Mein Eindruck ist, daß sich die schwelende Stahlkrise im Sommer noch einmal verschärft hat, als klar wurde, daß die Nachfrage nach Stahl im Gegensatz zu früheren Prognosen im zweiten Halbjahr 1982 rückläufig sein wird und im Jahr 1983 noch weiter zurückgehen wird. Das hat zwei Elemente der Krise wieder ins Rampenlicht gerückt:

– erstens verschärfen sich damit die akuten finanziellen Schwierigkeiten der Krupp-Stahl AG, die seit Monaten am Rande der Zahlungsunfähigkeit langschleicht;

– zweitens drängt sich den Stahlbaronen wieder der Gedanke einer „echten" Kapazitätsminderung stärker auf und dann fällt ihr Blick seit zwei Jahren auf Dortmund.

Die Position von Belegschaft und Gewerkschaft ist nicht besser geworden. Die Dortmunder Betriebsratsführung hat sich auf das Argument versteift: wir wollen kein Stahlwerk als Sozialeinrichtung, sondern dieses Stahlwerk rechnet sich, ist betriebswirtschaftlich vernünftig.

Nach der pflaumenweichen Reaktion von Rudi Judith auf die Edelstahl-Pläne von Thyssen und Krupp hat man den Eindruck, daß bei der IG Metall-Führung in Frankfurt ähnliche Gedanken Platz greifen wie bei den Stahlbaronen selbst: eine „große Lösung" in Dortmund, die dann auch sozial abgefedert werden könnte. die fehlende einheitliche Führung seitens der IG Metall gegenüber den Stahlkonzernen und Banken hat auch zur Folge, daß der Konkurrenz der Betriebsräte von Hoesch, Krupp und Thyssen untereinander zunehmend ruppiger wird.

Abschließend; in schlechten Zeiten gedeihen Witze gut: Stahlboß Rohwedder steht vor der Himmelspforte und bittet um Einlaß. Petrus lehnt ab: Arbeitsplatzvernichter kommen in die Hölle! Eine Woche später ruft der Teufel aufgeregt bei Petrus an: Mensch, hol' mir den Rohwedder hier weg, der hat mir schon drei von vier Öfen stillgelegt.

Die Wende nimmt Gestalt an

Mit Genschers Parlamentsrede und Lambsdorffs „Konzept“ hat der angestrebte Regierungswechsel ein Programm bekommen. Schön wäre, wenn diese „Vorwärtsstrategie“ für die FDP rückwärts endet.

Von Friedemann Bleicher

Wenn der Wille des Präsidiums der Freien Demokratischen Partei geschähe, so wäre nun „sachlich und verantwortungsbewußt“ zu diskutieren, ob Entlassungen künftig mit über 55% Lohnverlust (nicht 50%, wie Lambsdorff unterstellt) bedacht werden, ob erwerbstätige Mütter nicht doch besser ganz am Geldbeutel des Gatten hängen sollen, ob nach Umschulungen kein Arbeitslosengeld gezahlt werden soll, um wieviel Wohngeld und bezuschussungsfähige Wohnfläche reduziert werden sollen, wie die Renten am geschicktesten zu senken und Ende der 80er Jahr die Altersgrenze zu erhöhen ist, wie der Wirtschaft durch Verschärfung der Bedingungen für Erwerbs-und Berufsunfähigkeitsrenten billige Arbeitskräfte erhalten bleiben, wie Kranke am geeignetsten auf die sozialschädlichen Auswirkungen ihrer Krankheit zu stoßen sind, ob im Warenkorb der Sozialhilfe nicht auch ½ Hemd statt eines ganzen pro Jahr ausreicht ...

Es soll nicht alles aufgeführt werden, was die Rentnerorganisation einen „Gruselkatalog“ genannt hat, auch nicht, was damit an Investitionshilfen finanziert werden solle. Niemand aber soll sich täuschen: So ungefähr sieht die Wende aus. Wird das Konzept von Lambsdorff Wirklichkeit, so sieht die Republik in der Tat anders aus. Das herbeizuführen, ist auch die Absicht.

Man kann es Lambsdorff gerne abnehmen, daß er sein Papier nicht in Hinblick auf den Abschied der FDP von der SPD geschrieben habe. Dieses Konzept sucht nach einer Veränderung der politischen Lage, die über einen bloßen Koalitionswechsel hinausgeht. Die CDU/CSU hätte vor ihrem erhofften Machtantritt lieber nicht so deutlich in den Mund genommen, was hier nun schwarz auf weiß zu lesen steht. Hat doch Helmut Kohl bislang auf Fragen nach seinem Programm stets nur mit dem Hinweis auf die demoskopische Mehrheit der Union zu antworten gewußt. Und scheinheilig beklagte er gegenüber dem DGB die soziale Einseitigkeit der Regierungsbeschlüsse.

Lambsdorff will testen, ob das Parteiensystem der BRD fähig ist, einem derart reaktionären, urkapitalistischen Durchschmarsch die nötigen parlamentarischen Mehrheiten zu verschaffen. Bewußt werden alle Schranken niedergerissen, die bisher mit Rücksicht auf das Stillhalten der Gewerkschaften und die Integration ihrer führenden Funktionäre als tabu galten.

Alles was bisher galt, gilt jetzt nicht mehr.

Es mag einzelne Modifikationen an dem geben, was Lambsdorff jetzt niedergeschrieben hat. So hat sich in der jüngsten Ausgabe des „Vorwärts“ Alois Oberhauser, Mitglied in der CDU und im wissenschaftlichen Beirat des Finanzministeriums, im Rahmen eines „Stabilitätspakts“ für ein kreditfinanziertes staatliches Ausgabenprogramm ausgesprochen, wovon sich Lambsdorff erneut ausdrücklich abgrenzt. Des Markt-Grafen Vorstoß ist aber ausgreifend genug, daß solche Widersprüche nebensächlich geworden sind und ohne viel Aufhebens ihre reaktionäre Lösung finden werden. Entscheidend bleibt das Signal.

Sicher ist, daß die Kapitalistenverbände sich nunmehr ebenfalls zum Versuch des Durchbruchs entschieden haben. Nur wenig verblümt forderten sie letzte Woche im Chor den Regierungswechsel. Gemeinsam haben die Spitzenverbände der Wirtschaft in einer Eingabe die jüngsten Steueränderungsgesetze rundweg abgelehnt. Die „Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer“ ließ durch ihren Vorsitzenden erklären: „Ich hoffe sehr, daß die politische Agonie, das politische Gezerre, das wir zur Zeit in Bonn erleben, möglichst bald zu Ende geht.“ Und der „Bundesverband der Deutschen Industrie“ ließ nach einer Präsidiumssitzung verlauten: „Ein rascher einschneidender finanz- und wirtschaftspolitischer Kurswechsel ist geboten. Mit einer bloßen Kurskorrektur ist es nicht getan. Kompromißgeschwächte Regierungsbeschlüsse, die entgegen klaren ökonomischen Erfordernissen darauf gerichtet waren, Entlastungen der Wirtschaft zugleich neue Belastungen gegenüberzustellen, haben ihre negative Wirkung längst erwiesen.“

An Geldspritzen für kommende Propagadaschlachten dürfte es nach diesen Erklärungen nicht fehlen – die Ermittlungen in Sachen Spendenaffäre dürften darüber dann auch gleich eingestellt werden. Dennoch hängt der Erfolg des Exempels weniger von den Akteuren selbst ab, denn von der Antwort, die sie in den nächsten Wochen und Monaten erhalten.

Davon, ob die Sozialdemokraten erkennen, daß sie eine reaktionäre Mehrheit nur verhindern können, wenn sie selbst einen grundlegenden Wandel ihrer Politik vollziehen und damit ihrerseits eine neue Mehrheit möglich machen. Andererseits muß links von der SPD erkannt werden, daß sich dieser Prozeß positiv beschleunigen würde, wenn die Stimmabgabe ausdrücklich zur Herstellung einer solchen neuen Mehrheit benutzt würde. Ein ganzes Bündel von Schutzbehauptungen wäre der SPD-Spitze mit einem Mal aus der Hand geschlagen („wir haben ja leider nicht die Mehrheit ...“), politisch wäre eine auf die Grünen angewiesene SPD weit mehr in der Defensive als eine SPD in der Opposition, was sich schon bei den Hamburger Verhandlungen zeigt.

Was Genscher letzte Woche im Bundestag und was Lambsdorff in seinem „Konzept ...“ von sich gegeben haben, war kein Polittheater mehr. Das war die Vorbereitung zu einem Einschnitt in die politische Entwicklung Westdeutschlands. So jedenfalls stellt sich uns die Sache dar. Einerseits ist das Lambsdorff-Konzept die Fortsetzung der Politik, die die SPD/FDP-Politik schon die ganze Zeit vorbereitet hat. Man kann sicher sagen, Lambsdorff ist das endlich entschlüpfte Kücken sozialdemkratischer Politik unter Bedingungen der langandauernden Krise. Oder in Anlehnung an Strauß: Wenn der SPD das Geld ausgeht, bleibt Lambsdorff. Aber das alles sagt bloß, daß jede bürgerliche Politik umso unerbittlicher dem nackten Kapitalinteresse unterworfen wird, je unüberwindlicher die Krisenschranken werden, die sich das Kapital selbst setzt. Politisch geht es um einen Bruch, um eine Änderung der Kräfteverhältnisse, um die Umkehrung des Trends, der einst die sozialliberale Koalition an die Regierungsmacht gespült hat.

Faustrecht für Geldsäcke

Des Wirtschaftsministers Konzept ist eine Bankrotterklärung, nicht der westdeutschen Variante von Wirtschaftspolitik, sondern kapitalistischer Wirtschaftspolitik überhaupt. Sonst hätten nicht alle anderen Industrieländer ebenfalls unter einer derartig langandauernden Krise zu leiden.

Japan und die Schweiz sollen angeblich das Gegenteil beweisen, doch sie sind die Ausnahmen, die die Regel bestätigen. Japan kommt seine kürzere kapitalistische Entwicklung zugute, dort ist der Kapitalismus noch nicht derart an seine eigene Schranke gestoßen. Und die Schweiz hat es als Fluchtburg scheuen Kapitals bei jedem Brand außerhalb zunächst gut.

Wiewohl Lambsdorff die inneren Widersprüche als bestimmend für die Krise anerkennt, muß er ihre wirklichen Ursachen weglügen. Schon die Einleitungssätze seines Papiers sind voller Widersprüche. Da wird zunächst wiederholt, was in den letzten Monatsberichten des Ministeriums wie Siegesmeldungen verkündet worden war. Die wichtigen Rahmenbedingungen hätten sich verbessert (Lohn- und Zinsentwicklung, Leistungsbilanz), doch seit Ende des Frühjahres hätten sich die Voraussetzungen für einen baldigen Aufschwung erneut verschlechtert.

Was dann allerdings folgt, ist eine Aufzählung bloßer Phänomene:

– Unerwartet starker Rückgang der Auslandsnachfrage bei stagnierender und zuletzt wieder rückläufiger Binnennachfrage

– Verschlechterung des Geschäftsklimas und der Zukunftserwartungen in der Wirtschaft

– Einschränkung der gewerblichen Produktion

– Anstieg der Arbeitslosigkeit und Zunahme der Insolvenzen.

Wie es trotz der von ihm konstatierten Verbesserung der Rahmenbedingungen zu einem neuerlichen Rückschlag kam, bleibt das Geheimnis des Wirtschaftsministers. Das freilich hindert ihn nicht, sodann eine langfristig entstandene „Vertrauenskrise“ zum Hauptproblem zu erklären. So ranken sich denn alle Probleme darum, „der Wirtschaft wieder den Glauben an die eigene (!) Leistung und die eigene Zukunft“ zu geben.

Damit wäre wenigsten geklärt, was die Prinzipien der „sozialen Marktwirtschaft“ sind, die die CDU in dem Konzept verteidigt sieht. „Vertrauen der Wirtschaft“, das ist das Wohlbefinden derer, die am Geldhahn sitzen. Dem hat sich das Befinden derer unterzuordnen, die arbeiten. Weshalb im amtlichen Sprachgebrauch erstere ja auch „Selbständige Existenzen„, letzter „wirtschaftlich Abhängige“ sind.

Wenn Lambsdorff vorgibt, ihm gehe es um das Grundproblem Arbeitslosigkeit, für dessen Lösung Nebenprobleme wie die Rentenkürzung usw. zurückzustehen hätten, so trifft hierauf das Dichterwort zu: „Der Worte hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.“ Denn die verlangte Unterordnung aller Interessen unter das Interesse an der Beseitigung der Arbeitslosigkeit ist nichts anderes als ein Deckname für die Unterordnung aller Interessen unter das Wohlergehen des Kapitals.

Das ganze ist nichts weiter als ein Zirkelschluß. Arbeitskraft ist im Überfluß vorhanden und auch Produktionsmittel sind im Überfluß vorhanden, während die Zahl der Sozialhilfeempfänger die der Arbeitslosen übersteigt. Weil aber die Produktionsmittel im Besitz der Kapialisten sind, kommen die Arbeiter nicht an sie ran, wenn sich der Kapitalist keinen Profit davon verspricht. Also muß der Arbeiter, der seine Arbeitskraft gegen Lohnzahlung verkaufen will, darauf achten, daß der Kapitalist auch einen Profit macht. Fällt allerdings die Voraussetzung des Privateigentums weg, dann fällt auch der Umweg fort, erst den Kapitalisten stopfen zu müssen, ehe ein Arbeitsloser Arbeit findet.

Lambsdorff hat seine Überlegungen sehr grundsätzlich und ohne Schnörkel dargelegt, ohne die „politischen Schwierigkeiten ihrer Durchsetzung“ als Maßstab zu nehmen. Das hat seine Vorteile. Jedes Alternativprogramm kann jetzt auch sehr grundsätzlich und einfach sein. Es muß einerseits rasche Verbesserungen für die Arbeitenden ermöglichen, andererseits die reaktionären Hindernisse seiner Verwirklichung hervorkehren und so die politischen Widersprüche zum Tanzen bringen.

Ins Zentrum eines solchen Programms gehört z.B. die sofortige Verkürzung der Arbeitszeit. Lambsdorff lehnt sowas rundweg ab. Zwar schreibt er bei den allgemeinen Erwägungen, Maßnahmen der Arbeitszeitverkürzung könnten bei „richtiger Ausgestaltung (z.B. dauerhaften Verzicht auf Lohnausgleich)“ bei der Bewältigung der Beschäftigungsprobleme eine flankierende Rolle spielen, verlangt aber in seinem Maßnahmenkatalog „Erleichterung der Flexibilisierung der Arbeitszeit, jedoch keine staatliche verordnete oder geförderte Arbeitszeitverkürzung“. Und auf daß auch klar ist, wohin die Fahrt gehen soll, steht vor dem Punkt „Praxisbezogene Auflockerung des Jugendarbeitsschutzes“: „Keine Änderung des Arbeitsrechts, welche die betriebliche Flexibilität einschränken (z.B. keine gesetzliche Wochenhöchstarbeitszeit von 48 Stunden)“.

Und ein drittes Mal taucht die Arbeitszeit auf, unter der Forderung nämlich, gemeinschaftliche Regelungen im Rahmen der „Europäischen Sozialpolitik“ zu verhindern, speziell bezüglich der Mitbestimmung, der Einschränkung der Leiharbeit und der Arbeitszeitverkürzung. Dagegen sollen die Wettbewerbsbedingungen in der EG ausgeglichen werden durch Harmonisierung des Arbeitsrechts, mit der Maßgabe, innerstaatliches Recht nicht zu verschärfen. Kurzerhand wird hiermit das zu Zeiten der negativen Leistungsbilanz so arg strapazierte Argument der „Wettbewerbsfähigkeit“ durch das direkte der Profitfähigkeit ersetzt. Harmonisierung nur auf das niedrigste Niveau hin.

Schon an diesem Punkt wird plastisch, daß die „Entstaatlichung“ in Wirklichkeit auf die Unterwerfung der Nichtbesitzenden unter die Willkür des Kapitals hinausläuft. „Stärkung von Eigeninitiative und Selbstvorsorge“ ist mehr als bloß Beseitigung gegenseitiger Versicherung. Der „Eigeninitiative„ wird nachgeholfen, indem sie unter die Aufsicht des Unternehmens gestellt wird. Auch dazu bloß ein Beispiel. Unter dem Punkt zur Lohnfortzahlung wird angekündigt: „Verstärkte Bekämpfung medizinisch unbegründeter Krankschreibungen (z.B. Vertrauensarzt).“

Und wer denkt, häßlicher könne die Arroganz des Mächtigen nicht mehr auftreten, lese noch, was Lambsdorff unter dem Punkt „Ausländerpolitik“ postuliert: „Verdeutlichung der Rechte und Pflichten für diejenigen, die Integration anstreben.“ Integration als Akt der Unterwerfung also, so wie sich der Arbeiter zu unterwerfen hat, wenn er Arbeit haben will.



Das demagogische Konzentrat von Lambsdorffs Offensivkonzept

Der Schlußabschnitt aus Lambsdorffs „Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ hat folgenden Wortlaut:

Diese Überlegungen gehen über den konventionellen Rahmen der bisher als durchsetzbar angesehenen Politik hinaus. Die politischen Schwierigkeiten ihrer Durchsetzung werden nicht übersehen. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit gebietet es aber, daß die Politik für die Wirtschaft einen neuen Anfang setzt und eine Zukunftsperspektive gibt, die frei ist von entbehrlichen staatlichen Bealstungen, so daß Investitionen in neue Arbeitsplätze und zur Sicherung vorhandener Arbeitsplätze wieder vertretbar und lohnend erscheinen.

Worauf es jetzt ankommt, steht im Leitsatz der Regierungserklärung vom 24. November 1980: „... entschlossenes gemeinschaftliches Handeln in Konzentration auf die wichtigen Aufgaben.“

Es kann im wirtschaftlichen und sozialen Bereich derzeit keine wichtigere Aufgabe geben, als die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, durch neues Wirtschaftswachstum wieder mehr Beschäftigung und auch eine allmähliche Lösung der öffentlichen Finanzierungsprobleme zu ermöglichen und damit schließlich alle Bürger am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt teilnehmen zu lassen.

Wir stehen vor einer wichtigen Wegkreuzung. Wer eine solche Politik als „soziale Demontage“ oder gar als „unsozial“ diffamiert, verkennt, daß sie in Wirklichkeit der Gesundung und Erneuerung des wirtschaftlichen Fundaments für unser Sozialsystem dient. „Sozial unausgewogen“ wäre dagegen eine Politik, die eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit und eine Finanzierungskrise der sozialen Sicherungssysteme zuläßt, nur weil sie nicht den Mut aufbringt, die öffentlichen Finanzen nachhaltig zu ordnen und der Wirtschaft eine neue Perspektive für unternehmerischen Erfolg und damit für mehr Arbeitsplätze zu geben.

Die Konsequenz eines Festklammerns an heute nicht mehr finanzierbare Leistungen des Staates bedeutet nur die weitere Verschärfung der Wachstums- und Beschäftigungsprobleme sowie eine Eskalation in den Umverteilungsstaat, der Leistung und Eigenvorsorge zunehmend bestraft und das Anspruchsdenken weiter fordert – und an dessen Ende die *Krise des politischen Systems* steht.

Gewerkschaftsseminar des KBW:

Gewerkschaftliche Strategie und der Kampf um die 35-Stunden-Woche

Daß die Arbeiterbewegung in Westdeutschland mit der Entwicklung der kapitalistischen Krise vor größere Probleme gestellt wird, das wurde in den letzten Jahren schon deutlich sichtbar. Daß die westdeutschen Gewerkschaften mit dem Niederschlag der Reformpolitik selbst in eine gehörige Krise gekommen sind, ist auch zu erkennen. Aber die Kritik der allgemeinen Strategie der Gewerkschaften zeichnet sich keineswegs durch einheitliche Richtung und Klarheit aus. Ganz verschiedene Richtungen und Strömungen spiegeln sich in ihr wider. Da gibt es die allgemeine Kritik an Reformismus und sozialdemokratischer Herrschaft in den Gewerkschaften. Oder die These von der „korporativistischen Blockbildung", die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaft und bürgerlichem Staat. Andere Kritiken setzen ihren Schwerpunkt auf die Marginalisierung (Ausgrenzung) innerhalb der Beschäftigten: Die Gewerkschaften würden zunehmend nur noch die Interessen des Facharbeiterkerns vertreten, viele Lohnabhängige würden gerade im Verlaufe der Krise mehr und mehr an den Rand gedrängt; und damit würde die gewerkschaftliche Kampfkraft immer mehr schwinden und die Spaltungstendenzen innerhalb der Arbeiterbewegung zunehmen.

Die Debatte um die strategischen Positionen der Arbeiterbewegung und ihrer Gewerkschaften bewegt sich nicht im luftleeren Raum, oder kann es jedenfalls nicht. Überdeutlich wird dies in der Auseinandersetzung um die 35-Std-Woche. Hier ist nicht nur die Frage aufgeworfen wie der Tabu-Katalog der Kapitalisten in Punkto Arbeitszeitverkürzung gebrochen werden kann, sondern wie unter sich verschlechternden wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen für die Arbeiterbewegung, ein erfolgreicher Weg des Kampfes gefunden werden kann. Welchen Stellenwert hat der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit in der Strategie der Arbeiterbewegung? Ganz unterschiedlich – bei verbaler Betonung der 35-Std-Woche – sehen nämlich mittlerweile die Konzepte verschiedenster Einzelgewerkschaften aus, bis hin in die Beschlußlage. Fragen sind aufgeworfen: Kampf um die gesetzliche Regelung oder nur Gang über den Tarifvertrag in den Branchen? Priorität für die Lebensarbeitszeitverkürzung oder die Kürzung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit?

Auf die Erarbeitung des genannten Themenzusammenhangs soll sich das Seminar erstrecken. Einfließen werden in die Debatte auch die Ergebnisse verschiedener anderer Kongresse mit ähnlich gelagertem Thema und die Ergebnisse der IGM-Klausurtagung Ende September.

Zur Vorbereitung des Seminars und als Grundlage der Debatte dient ein Reader mit folgenden Schwerpunkten:

- *Strategiediskussion:* Interessendifferenzierung und Gewerkschaftseinheit – Staatsfixierung oder „Stärkung der eigenen Kraft?" – „Amerikanisierung" der deutschen Gewerkschaftsbewegung? – Die These von der „korporatistischen Blockbildung" – Wandel gewerkschaftlicher Strategie nach dem II. Weltkrieg – Einheit und Spaltung der Arbeiterklasse.
- *Modelle der Arbeitszeitverkürzung:* Tarifrente: „Beschäftigungspolitische Initiative" der IG Chemie – NGG zur „Umverteilung der Arbeit" – Die Schwerpunktsetzung der IGM und Diskussionspapiere aus den Bezirken – Auswirkungen der Arbeitszeitverkürzung auf dem Arbeitsmarkt.

Seminartermin:
6. / 7. November, Frankfurt, Schulungszentrum des KBW
Anmeldungen bis spätestens zum 21. Oktober, zwecks Sicherung von Übernachtung und Versorgung.

Readerbestellung:
Der Reader kann zum Preis von ca. 10,00 DM bezogen werden. Er muß bis *spätestens 1. Oktober* beim KBW (0611 /730231) bestellt werden. Auslieferung erfolgt dann kurz nach dem 1.10.

dingungen für die Arbeiterbewegung, ein erfolgreicher Weg des Kampfes gefunden werden kann. Welchen Stellenwert hat der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit in der Strategie der Arbeiterbewegung? Ganz unterschiedlich – bei verbaler Betonung der

Übernachtung und Versorgung.

Readerbestellung:
Der Reader kann zum Preis von ca. 10,00 DM bezogen werden. Er muß bis spätestens 1. Oktober beim KBW (0611 /730231) bestellt werden. Auslieferung erfolgt dann kurz nach dem 1.10.

Verweigerungsaktion abgebrochen

Die Front soll auf die gesamte Auseinandersetzung zwischen Lehrern und Bremer Dienstherrn erweitert werden

gf. Bremen. Wie in KVZ 35 dargestellt, wehren sich ca. 800 Bremer Lehrer gegen die gesetzlich angeordnete Anhebung ihrer Unterrichtsverpflichtung von 23 auf 25 Wochenstunden. Bis zu 200 dieser Betroffenen hatten in den letzten Wochen die Mehrarbeit schlichtweg abgelehnt und sich geweigert, die zwei zusätzlichen Stunden zu erteilen. Wie sieht es mit dieser Verweigerungsaktion nun, nach etwa 4 Wochen, aus?

Es hat sich gezeigt, daß diese mutige und durch den spontanen Entschluß einer kleinen Gruppe zustandegekommene Aktion zwar einige Wirkung sowohl in die Reihen der Lehrer hinein als auch in Richtung Öffentlichkeit hatte und noch hat, daß sie aber auch erhebliche Schwächen aufweist, die nach einiger Zeit zutagetraten.

Die Verweigerungsaktion insgesamt war das Werk vieler – aber der einzelne Entschluß, diese oder jene Stunden nicht zu erteilen, mußte doch von jedem selbst gefaßt werden. Man muß sich einmal in das Innenleben solch einer Schule hineinversetzen. Jede Klasse oder Lerngruppe, und genauso auch jeder Lehrer, hat einen eigenen Stundenplan, der von dem einer anderen Klasse, eines anderen Lehrers ganz verschieden ist. All das macht den zeitlichen Ablauf der Tätigkeiten in einer Schule kompliziert und unübersichtlich, und all das macht auch eine geschlossene gleichzeitige Verweigerungsaktion von Lehrern äußerst schwierig, die nur eine begrenzte Gruppe im Kollegium und auch nur eine begrenzte Zahl von Unterrichtsstunden umfassen soll. Nur ein von allen Lehrern durchgeführter, den ganzen Unterricht treffender Streik wird sofort als Stillstand der ganzen Schule sichtbar.

Das hat im Verlauf dieser Wochen dazu geführt, daß die Beteiligten mehr und mehr das Gefühl hatten, vereinzelt dazustehen, besonders in dem Moment, als die Disziplinarstrafen angekündigt wurden.

All die aufgeführten Schwächen dieser Streik*form* hätte man aber wohl noch länger durchstehen können, wenn die *inhaltliche* Unterstützung von außerhalb stärker gewesen wäre, wenn die „öffentliche Meinung" günstiger ausgesehen hätte. Symptomatisch ist hier die Stellungnahme des Zentralelternbeirats (ZEB), der zu den „Streikmaßnahmen" feststellt: „Der ZEB sieht mit Sorge, daß erneut ein Arbeitskampf der Lehrer auf Kosten des Unterrichts unserer Schüler ausgetragen wird ... Gegen solches Vorgehen wendet sich der ZEB mit aller Entschiedenheit." Der ZEB äußert sich zwar nicht zu der Frage, ob die Forderungen der Lehrer berechtigt seien, faktisch jedoch bezieht er gegen deren Kampf Stellung.

Noch schwereres Geschütz wurde teilweise in (bestellten?) Leserbriefen aufgefahren: „Ich jedenfalls kenne und sehe nur Lehrer, die ihre unterrichtsfreie Zeit mit ganz anderen Dingen als mit Unterrichtsvorbereitung ausfüllen ... Ich hoffe, daß der Bildungssenator hart bleibt und die nach dem Beamten- und Disziplinarrecht notwendigen Disziplinarverfahren gegen die Arbeitsverweigerer unverzüglich einleitet und konsequent und rasch durchzieht", schreibt einer und ein anderer meint: „Vielleicht sollten die Pädagogen, die sich bei 23 bzw. 25 Mal 45 Minuten Unterricht pro Woche überfordert fühlen ... einen geregelten Job mit 40 Wochenstunden in der freien Wirtschaft suchen, denn nicht immer erwischt man auf Anhieb den richtigen Beruf."

Wenn auch diese beiden Auszüge sicher nicht repräsentativ für die Meinungen etwa in der Elternschaft sind, so zeigen sie doch, wie den Lehrern öffentlich begegnet wurde. Positive Stellungnahmen blieben demgegenüber deutlich zurück.

In dieser Situation wurde auf der letzten Betroffenenversammlung beraten, wie man weiter verfahren könne. Es stellte sich heraus, daß die Verweigerungsaktion im bisherigen Sinne nicht aufrechtzuerhalten sei, ja daß an vielen Schulen diese Aktion schon beendet worden war. Es wurde festgestellt, daß der Kampf gegen die Arbeitszeitverlängerung wieder eingebettet werden müsse in die gesamte Auseinandersetzung zwischen Lehrern und Dienstherrn um die ständige Mehrarbeit, die in oftmals versteckter Form von den Lehrern verlangt wird (Änderungen bei Berechnungsgrundlagen, Schüler/Lehrer-Relationen, Stundentafeln etc., Verwaltungsarbeit usw.) Dazu wurde vorgeschlagen, einen Aktionstag vorzubereiten, an dem möglichst viele Schulen öffentlichkeitswirksam ihre Situation darstellen, die Mehrbelastungen offenlegen und dabei auch die Eltern ihrer Schüler zu gewinnen versuchen.

Als „Dauermaßnahme" ist im Gespräch die Verlagerung von Vorbereitungs- und Nachbereitungsarbeiten in die Unterrichtsstunden selbst (Arbeiten korrigieren, Versuche auf- und abbauen, bürokratische Tätigkeiten ...); dies wird den Eltern über die Schüler mitgeteilt und begründet. Eine Durchschrift dieser Mitteilung geht – etwa monatlich für eine ganze Schule zusammengefaßt – an den Senator: hatte dieser doch schon vor längerem den über zuviel Arbeit klagenden Lehrern warmherzig empfohlen, genauso wie andere „Berufstätige in leitender Stellung" in Eigenverantwortung Prioritäten zu setzen und so die 40-Stunden-Woche zu verwirklichen.

Am Montag, dem 20. September, wird in einer weiteren Versammlung das bisherige Vorgehen zusammengefaßt und beraten, welche konkreten Schritte in den nächsten Wochen folgen sollen.

Zwei Beamtendemonstrationen gegen die Haushaltspolitik der Bundesregierung

get. Über 70000 Beamte haben letzte | Bundesregierung und dem Parlament | Hat das nicht die üble Hetze auf die

Zwei Beamtendemonstrationen gegen die Haushaltspolitik der Bundesregierung

get. Über 70000 Beamte haben letzte Woche in Bonn in zwei getrennten Demonstrationen gegen die dreimonatige Verschiebung ihrer mit 3,6% ohnehin mehr als bescheidenen Gehaltserhöhung protestiert. Mit der Erinnerung an die Brüningsche Politik ab 1930, wo die Kürzung der Beamtengehälter schon einmal der Beginn allgemeiner Lohnkürzungen war, hörte jedoch die Gemeinsamkeit von DGB und Deutschem Beamtenbund schon auf. Der DBB, der am Samstag etwas mehr Mitglieder auf die Straße bringen konnte, klagte in unseliger Beamtentradition die Fürsorgepflicht des Dienstherrn ein, predigte erneut die ständische Abkopplung von den Tarifverhandlungen und propagierte kaum verhohlen den Regierungswechsel zur CDU: eine ziemlich düstere Sackgasse für die Beamten, in die höchstens für einige leitende Beamte etwas Licht scheint.

Wenn auch der DGB ganz andere Töne anschlug: eine Glanztat seitens der Veranstalter war auch diese Demonstration nicht, und die Beamten müssen schon eine ganz schöne Wut im Bauch haben, wenn trotzdem so viele gekommen sind. Am wenigsten problematisch, wenngleich ärgerlich, war die Terminsetzung: Eine nationale Demo an einem Werktagnachmittag zu machen, hat an der Basis schon einigen Ärger hervorgerufen. Dabei hält sich hartnäckig das Gerücht, der DGB hätte nur überhastet aufgerufen, nachdem der Beamtenbund für den Samstag mobilisiert habe.

Problematischer sind zwei inhaltliche Tendenzen in den Aufrufen des DGB: 1. Wenn angesichts der exemplarischen Angriffe auf die Beamten verstärkt die allgemeine Tarifautonomie- und Verhandlungsrechte für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gefordert werden (was soll das Getue im DGB-offiziellen Sprachgebrauch, sich um das Wörtchen „Streikrecht" zu drücken?), ist das gut; wenn aber diese Rechte so ohne weiteres von der Bundesregierung und dem Parlament gefordert werden, ist das nur eine Sonntagsrede am Dienstag. Der Staat wird solche Rechte nur zugestehen, wenn die Gewerkschaften alles tun, daß bei den nächsten Streiks im öffentlichen Dienst die Beamten dabei sind. Dies als feste Absicht zu bekunden und danach zu handeln, ist dringend geboten; stattdessen gefallen sich die meisten führenden Gewerkschafter noch in staatstreuen Beteuerungen, daß die Gewerkschaften dem Staat und vor allem dem Parlament keinesfalls das Monopol auf die Politik streitig machen wollten.

2. Wenn der DGB zu Recht feststellt, die (relative) Kürzung der Beamtengehälter sei ein integraler Bestandteil der gesamten Haushaltspolitik, die sich insgesamt gegen die Lohnabhängigen und die Armen richte: Warum dann eine extra Beamten-Demo, aus der doch momentan sowieso keine Arbeitskampfmaßnahmen folgen sollen und wohl auch nicht folgen können?

Hat das nicht die üble Hetze auf die Beamten, die jetzt wieder losgeht – allen voran der „Stern", dem auch das niedrigste Niveau der „Satire" nicht zu schade ist – *vorübergehend erleichtert?* Um nicht falsch verstanden zu werden: Diese Hetze wäre auf jeden Fall gekommen, aber vielleicht wäre zu vermeiden gewesen, daß die Beamten so vergleichsweise isoliert dastehen, die Industriegewerkschaften sich kaum dazu äußern. Für den Oktober haben die DGB-Landesbezirke große regionale Demonstrationen gegen die Haushaltspolitik angekündigt. Dort ist zweifellos gute Gelegenheit, die vorhandenen Spaltungslinien zwischen den Betroffenen dieser Regierungspolitik zu überwinden. Z.B. dadurch, daß auf den Kundgebungen auch Vertreter der gewerkschaftlich organisierten Beamten über ihre Lage sprechen und z.B. Vertreter der zahlreichen Arbeitsloseninitiativen, zu denen der DGB bislang wahrlich kein befriedigendes Verhältnis hat.

Worte statt Taten

CDU und FDP in Berlin lehnen Auffanggesellschaft für AEG ab

nia. Westberlin. Am vergangenen Mittwoch fand die erste Sitzung des Berliner Abgeordnetenhauses nach der Sommerpause statt. Sie war bestimmt durch die AEG-Krise und die für die Stadt mittlerweile höchste Arbeitslosenquote seit 1950. In seiner einstündigen Regierungserklärung zu Beginn der Sitzung zog der Regierende Bürgermeister als wesentliche Maßnahme wieder einmal den Vorschlag des „Dialogs" mit allen Beteiligten aus der Tasche. (Man erinnert sich noch gut an den „Dialog mit der Jugend" im vergangenen Herbst.) Weizsäcker erklärte, es seien gemeinsame Anstrengungen aller – der politischen Parteien und der Sozialpartner – nötig, denn: „Alle haben zuviel versprochen. Alle haben mit ihrem Bekenntnis zu Wohltaten, das ihr Ansehen bei ihren Mitgliedern und Wählern stärken sollte, die Lage nicht erleichtert, sondern sie erschwert." Der Senat sei bemüht, den Verlust an Arbeitsplätzen im Zuge des AEG-Vergleichs auf das geringstmögliche Maß zu reduzieren und nach Ausgleichen zu suchen. Die Gründung einer Auffanggesellschaft mit staatlicher Beteiligung für die Berliner Teile der AEG lehnte er jedoch ab. (Über diesen auch von der Gewerkschaft getragenen Vorschlag s. auch KVZ 36/82). In dem Vergleichskonzept für die AEG sei kein Raum für regionale Sonderlösungen. Die Gründung einer eigenständigen Berlin-AEG sei nicht möglich ohne Zustimmung von Vergleichsverwalter, Konzernspitze und Bundesregierung. Der Senat habe keine Zwangsmittel in der Hand, denn der Versuch, eine Beteiligungsgesellschaft durch Verweigerung des Berliner Anteils an der Bundesbürgschaft zu erzwingen, würde den gesamten Sanierungsvergleich in Gefahr bringen. Die unrentablen Teile könnten dadurch nicht gerettet, die gesunden aber in Mitleidenschaft gezogen werden.

In der Debatte um die Regierungserklärung begründete Vogel (SPD) die Forderung nach der Auffanggesellschaft damit, daß das Land Berlin ja auch 100 Millionen DM für die Ansiedlung von Ford mit 700 Arbeitsplätzen bereitgestellt habe und 56,8 Millionen für die Rettung der Berlin Consult mit weniger als 100 Arbeitsplätzen. Das Land sei mit insgesamt 1,5 Milliarden an rund 90 Unternehmen direkt oder indirekt beteiligt, warum also nicht auch eine staatliche Beteiligung bei der AEG? Die 2600 von der Schließung der Brunnenstraße Betroffenen hätten ein „moralisches Recht darauf, daß wir in ihrem Fall mit dem gleichen Maß messen. Unter entsprechender Mitbestimmung sei eine Beteiligung der Arbeiter durch den Kauf von Anteilscheinen begrüßenswert.

Den Entschließungsantrag zur Solidarität mit den AEG-Mitarbeitern, in dem SPD und AL die Gründung der Auffanggesellschaft forderten, lehnten CDU und FDP ab. Angenommen wurde dagegen als Ergebnis der ganzen Debatte ein Appell des Abgeordnetenhauses an die Berliner Unternehmer, die bei der AEG freiwerdenden Arbeitskräfte soweit wie irgend möglich einzustellen.

NGG-Gewerkschaftstag gab sich kämpferisch

kvz. Ganz im Zeichen der Sparbeschlüsse der Koalition standen die ersten Reden und Debatten des 9.o. Gewerkschaftstages der NGG. Die Aktionen des DGB im Oktober sollen unterstützt werden. Gleichzeitig warb Bundesarbeitsminister Westphal für die Haushaltsbeschlüsse, und Willy Brandt betonte nochmal das historische Bündnis zwischen SPD und Gewerkschaften. Döding entblödete sich nicht, einen Rundschlag gegen die GRÜNEN vom Stapel zu lassen, nach dem Motto, ob denn die noch „verfassungskonform" seien usw. Das war die eine kämpferische Seite. Die andere bestand im Bericht des 2. Vorsitzenden Herrmann, der für die Zukunft ein Zurück zu „reallohnsichernden Tarifabschlüssen" verkündete. Die klassische Lohnformel „inländischer Inflationsausgleich + Produktivitätsverbesserung" müsse wieder in Anschlag gebracht werden. Der Kampf um die 35-Stunden-Woche wird im Rahmen einer Gesamtkonzeption unterstützt, das Hauptaugenmerk legt die NGG aber auf ihr Konzept der Arbeitszeitverkürzung „Jung gegen Alt". Einen Erfolg kann die NGG insofern verzeichnen, als es ihr seit 1978 mit der Arbeitszeitverkürzung in der Zigarettenindustrie gelungen ist, weitere 100 Verträge ähnlicher Struktur in verschiedenen Bereichen abzuschließen. Bei einem Bestand von 1000 geltenden Tarifverträgen für die verschiedensten Bereiche ist das keine Kleinigkeit. In Zukunft sollen ab 58 die Alten in Rente unter Fortzahlung von 75% ihres letzten Arbeitslohns. Zwei Drittel dieser Summe soll die Bundesanstalt für Arbeit (also die Arbeitslosenversicherung) beibringen, ein Drittel die Kapitalisten. Für die Verrenteten sollen dann neue Arbeitskräfte eingestellt werden.

Britischer Gewerkschaftskongreß:

Wie fertigwerden mit Thatcher?

Der Kongreß der britischen Gewerkschaften versuchte auf die Politik der Thatcher-Regierung eine Antwort zu finden. Auch ein Lohnstillhalteabkommen mit einer Labour-Regierung wird abgelehnt. Jetzt wird ein „kleiner Generalstreik" vorbereitet. Kann man damit aus der Defensive herauskommen?

Von Margit Meyer

Am Freitag, den 10.9.1982, ging der Jahreskongreß des britischen Gewerkschaft TUC zuende. Versammelt waren 1100 Delegierte der 11 Mio. Gewerkschaftsmitglieder, die in 108 Einzelgewerkschaften organisiert sind.

Das Motto des diesjährigen Kongresses war „Kampf für Arbeitsplätze und Gerechtigkeit" und die Schwerpunkte der Debatte waren die Kritik an der Thatcher'schen Wirtschaftspolitik und die Versuche, über das Tebbit-Gesetz, die Rechte der Gewerkschaften noch weiter zu beschneiden. Der Verlauf des Kongresses, insbesondere die Kritik an der Wirtschaftspolitik der Thatcher-Regierung, bestärkte den Beschluß des TUC, den Kampf der Beschäftigten im Gesundheitswesen durch einen Generalstreik am 22.9. zu unterstützen.

Viele Gewerkschaftsdelegierte verglichen die wirtschaftliche Lage, in der der Kongreß stattfand, mit der Zeit der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren. Die Arbeitslosigkeit in Großbritannien hat mittlerweile eine Rate von 14% erreicht, das sind 3,3 Mio. Menschen. Berücksichtigt man die Arbeitslosen, die sich nicht offiziell arbeitslos melden, (das sind meistens Frauen) und die Jugendlichen, die nach ihrer Schulausbildung arbeitslos sind, aber noch kein Recht auf Arbeitslosengeld haben, sind es nach Gewerkschaftszahlen etwa 4 bis 4,5 Mio. Arbeitslose, davon sind über 1 Mio. schon länger als 1 Jahr arbeitslos. Angesichts dieser Lage warf der TUC-Generalsekretär, Len Murray, der Regierung soziale Gleichgültigkeit und Arroganz vor.

Der Kongreß verabschiedete einen wirtschaftspolitischen 10-Punkte-Plan, der im wesentlichen die folgenden Forderungen enthält: Senkung der Arbeitszeit um 10% (35-Stundenwoche), Senkung der Mehrwertsteuer von 15 auf 12%, Senkung der Kapitalzinsen auf 12%, Senkung der Kapitalzinsen um den Außenwert des Pfundes herabzusetzen und die britische Wirtschaft konkurrenzfähiger zu machen, sofortige Staatsausgaben in Höhe von 2 Mrd. Pfund (eta 9 Mrd. DM) für Investionen zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, keine Kürzung der Staatsausgaben, Devisen- und Importkontrollen. Von einigen Rednern wurde gefordert, neben dem Kampf für die 35-Stundenwoche schon jetzt gewerkschaftliche Aktionen gegen die Überstundenarbeit durchzuführen. Wegen der niedrigen Tariflöhne müssen, nach einer gewerkschaftlichen Untersuchung, die britischen Arbeiter im Wochendurchschnitt 8 Überstunden, verglichen mit 2 Stunden des westdeutschen Arbeiter leisten, um ihren Lebensunterhalt sichern zu können.

Ein weiterer wichtiger Punkt der Debatte war die Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten und ihrer gewerkschaftlichen Vertretungen in den Betrieben. Gefordert wird praktisch die paritätische Mitbestimmung, wobei die Redner jeweils hervorhoben, daß die Rechte des einzelnen Arbeiters und Angestellten in bezug auf Investitionsentscheidungen gestärkt werden müssen.

Dem Kongreß vorausgegangen war im Juli die Veröffentlichung eines gemeinsamen Berichts des „TUC-Labour Party Liaison Committee" an den TUC-Kongreß und an den Kongreß der Labour Party in diesem Jahr, der noch bevorsteht. Dieser Bericht der gemeinsamen Kommission, die aus Vorständen des TUC und der Labour Party besteht, trägt den Namen „Wirtschaftliche Planung und industrielle Demokratie – das Gerüst für Vollbeschäftigung". Der wirtschaftspolitische 10-Punkte-Plan des TUC-Kongresses beruht auf diesem Dokument, das auch inoffiziell das Wahlprogramm der Labour Party genannt wird. Das Grundkonzept dieses Programms ist, durch eine Verstärkung der Information aller an der wirtschaftlichen Tätigkeit beteiligten, die Durchschaubarkeit und damit auch die Planbarkeit zu erhöhem und entsprechend auch alle stärker in die Verantwortung zu nehmen. Auch die Gewerkschaften. An diesem Punkt gab es den entscheidenden Krach auf dem Gewerkschaftskongreß, denn was in dem Dokument „Verantwortung für alle" genannt wird, bedeutet im Klartext Lohnabkommen mit einer zukünftigen Labour-Regierung. Damit haben die britischen Gewerkschaften schlechte Erfahrungen und die Abstimmung an diesem Punkt endete mit einer 6:4 Niederlage für die sogenannten gemäßigten Gewerkschafter, die die Notwendigkeit einer Labour-Regierung beschworen, deren Zustandekommen fast ausschließlich von der Unterstützung durch die Gewerkschaften abhängt. Die Presse jubelt bereits, daß dieser Beschluß der sicherste Weg sei, die Thatcher-Regierung im Amt zu behalten. Was die sogenannten Gemäßigten gerade noch verhindern konnten, war ein Auszug der Gewerkschaftsvertreter aus der konzertierten Aktion, die in Großbritannien „National Economics Development Council" heißt. Trotz der Mißachtung der Forderungen der Gewerkschaftsvertreter in diesem Gremium durch die Regierung, meinte eine knappe Mehrheit des Kongresses, daß man sich diese Möglichkeit des Gesprächs nicht nehmen dürfte.

Das Verhältnis von Labour und Gewerkschaften

Um die Rolle der Labour Party im TUC und umgedreht zu verstehen, kurz einiges über die Geschichte und Struktur der Labour Party. Die Partei wurde 1900 gegründet, im Anschluß an einen Gewerkschaftsbeschluß des Jahres 1899, der sich für „eine bessere Vertretung der Arbeiterinteressen im Unterhaus" ausgesprochen hat. Die Liberale Partei war für die Forderungen der Arbeiter zu reformistisch geworden.

Die Labour Party repräsentierte in Großbritannien einen neuen Parteientypus, da sie von einer (neuen) Klasse gegründet wurde, die bis dahin nicht im Parlament vertreten war. Die älteren Parteien waren von Männern gegründet worden, die bereits einen Parlamentssitz innehatten und angesichts der Ausdehnung des Wahlrechts die Notwendigkeit sahen, durch eine straffe Organisation der Partei im Wahlkreis Unterstützung zu finden. Den Streit in der Labour Party über die Führungsrolle der Parlamentsfraktion, der immer wieder hervorbricht, kann man nur verstehen, wenn man weiß, daß es zur Zeit der Gründung keine Einzelmitgliedschaften gab, sondern daß die Gewerkschaften und gewerkschaftsähnliche Organisationen die Gründung dieser Partei beschlossen hatten. Die Triebkraft für die Gründung der Labour Party war kein politisches Programm, sondern die Gewerkschaften wollten, daß Arbeiter in das Parlament gewählt wurden. Einige Gruppen, wie z.B. die Bergarbeiter waren schon vorher im Parlament vertreten, die Abgeordneten der Bergarbeiter gehörten aber bis 1910 zur Fraktion der Liberalen. Erst 1918 nahm die Labour Party eine „sozialistische" Satzung an, ermöglichte die Einzelmitgliedschaft und begann, sich auf der Basis der Wahlkreise zu organisieren. Als 1913 den Gewerkschaften erlaubt wurde, einen Fonds für politische Aufgaben einzurichten, wurde dieser praktisch zur Beitragskasse für die Labour Party. Das heißt zwar keine Zwangsmitgliedschaft für Gewerkschaftsmitglieder in der Labour Party, da man sich auf Antrag von der Bezahlung für diesen Fonds befreien lassen kann, aber es ist doch die finanzielle Abhängigkeit von Labour festgeschrieben.

Empören tut sich darüber momentan gerade die sozialdemokratische Partei (SDP), die sich nach ihrer Abspaltung von Labour nicht auf derartige Einnahmequellen stützen kann. Im Namen der Demokratie sollen die Beziehungen zwischen Labour und Gewerkschaften gekappt werden, wo offensichtlich eine demokratische Entscheidung darüber nur diese beiden Organisationen selber etwas angeht.

Der Einfluß der Gewerkschaften auf die politischen Entscheidungsprozesse innerhalb der Labour-Party (und damit auch, ob sie an die Regierung kommt oder nicht) ist auch deshalb so groß, weil die Gewerkschaftsmitglieder über achtmal soviel Stimmen auf den Parteikongressen verfügen als die Wahlkreis-Delegierten. Deshalb wird es auch nochmal von besonderem Interesse sein, wie der Bericht der gemeinsamen Kommission von Labour und TUC auf dem Parteikongreß behandelt wird.

Zu erwähnen ist noch, daß nicht der TUC als Dachverband Labour-Bindungen hat, sondern dies den Einzelgewerkschaften überlassen ist. So ist z.B. die viertgrößte Gewerkschaft der Regierungsangestellten (National and Local Government Officers Association, NALGO) ohne Labour-Bindung. Aber



Eine Demonstration zur Unterstützung des Streiks der Beschäftigten im Gesundheitswesen. Das Transparent trägt die Aufschrift „Würdet ihr jemanden für die Unterstützung der Krankenschwestern ins Gefängnis bringen?" Gemeint ist das Tebbit-Gesetz, mit dem das Gesetz von 1980, das Solidaritätsstreiks verbietet, noch verschärft werden soll. Mit drastischen Geldstrafen können dann die Streikkassen der Gewerkschaft ruiniert werden.

die Diskussionen dort gehen auch eher in Richtung Labour infolge der Politik der Thatcher-Regierung, die durch die Haushaltsstreichungen und -kürzungen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst besonders hart getroffen hat.

Der Streit um das Lohnabkommen

Daß das Lohnabkommen vom Gewerkschaftskongreß als Zukunftsinvestition in einer Labour-Regierung abgelehnt wurde, ist sicherlich ein Fortschritt. Ob damit die Thatcher-Regierung im nächsten Jahr wiedergewählt wird, ist noch lange nicht raus. Der Beschluß ist eindeutig: Lohn- und Einkommensabsprachen werden mit keiner Regierung getroffen, auch nicht mit einer zukünftigen Labour-Regierung. Eigentlich ist es lächerlich, daß die sogenannten Gemäßigten, allen voran der Vorsitzende Len Murray, ausgerechnet einen solchen Beschluß von den Gewerkschaftsmitgliedern fordert. 1978/79 war die Labour-Party mit dem Premierminister Callaghan an dem „Sozialkontrakt" gescheitert. Callghan forderte damals eine Beschränkung der Lohnerhöhungen auf 5% und handelte sich damit den „Streikwinter 78/79" ein, weil sich kein Arbeiter eine Lohnsenkung leisten konnte.

Mehr oder weniger offen wird von der Gewerkschaftsführung der Sieg der Thatcher-Regierung 1979 also den eigenen Mitgliedern vorgeworfen. So schrie Sig Weighell, der Vorsitzende der Eisenbahner-Gewerkschaft, den Delegierten zu: „Wenn ihr diese Resolution annehmt, werdet ihr auf einen Schlag unsere Wiederwahl vernichten. Zweimal in vier Jahren werdet ihr verantwortlich sein – einmal seid ihr es, weil ihr die letzte Labour-Regierung zerstört habt und jetzt haben wir eine Tory-Regierung und ihr beschwert euch über vier Millionen Arbeitslose! Ihr seid selbst dran schuld. Stellt ihr nur sicher, daß wir nicht auch verantwortlich sind, daß Michael Foot nicht an die Regierung kommt." Der Kongreß hat derartigen Auffassungen eine klare Abstimmungsniederlage beigebracht, die Gewerkschaften werden aber aufgrund der wirtschaftspolitischen Lage und eines wirtschaftlichen Programms, das über die Verstärkung der Mitbestimmung kaum hinausgeht, Schwierigkeiten haben, diese radikalen Töne in den bevorstehenden Kämpfen erfolgreich umzusetzen. Insofern zeigt aber gerade der Beschluß, keine Lohnabkommen mit irgendeiner Regierung einzugehen, ein gewachsenes Bewußtsein über die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Lage, indem eben gerade nicht auf den politischen Flügel, die Labour-Party, Hoffnungen gesetzt werden, sondern die eigene Kraft stärker entwickelt wird.

Rechtsrutsch?

Ein weiterer wesentlicher Beschluß des Gewerkschaftskongresses war die Umverteilung der Sitze im TUC-Generalrat (vergleichbar mit dem Hauptvorstand des DGB). Der Kongreß entschied, daß künftig jede Gewerkschaft mit mehr als 100000 Mitgliedern einen oder mehrere Sitze in dem von 45 auf 55 erweiterten Generalrat bekommt, daß aber außerdem 11 Sitze an 85 kleinere Gewerkschaften gehen, die sich ihre Vertreter selbst wählen, und weitere 6 Mandate an Frauen, die von dem ganzen TUC-Kongreß zu wählen sind. Bisher konnten Delegierte kleinerer Gewerkschaften nicht von ihren eigenen Mitgliedern gewählt werden, sondern nur von den großen Gewerkschaften, die über die meisten Stimmen verfügen.

Allgemein wird dieser Beschluß von der Financal Times bis zur taz als Rechtsrutsch bezeichnet, da dadurch einige Gewerkschaftsführer, wie z.B. der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Großbritanniens und der Vorsitzende der Bergarbeitergewerkschaft NUM, Michael McGahey, nicht mehr in den Vorstand gewählt wurden. Andererseits ist es aber ein verständliches Anliegen von Gewerkschaften mit mehr als 100000 Mitgliedern, daß sie ihre Leute, die sie im Generalrat haben wollen, auch selber wählen. Im Grunde ist es das Problem, 108 Einzelgewerkschaften zusammenzuschließen, wobei die Tendenz zum Zusammenschluß kleinerer Gewerkschaften mit den großen durch die wirtschaftliche Entwicklung verstärkt wird. (1973 waren es noch 126 Einzelgewerkschaften). Diese Tendenz beruht aber im wesentlichen auf der enorm gestiegenen Arbeitslosigkeit, die die Mitgliedschaft fast aller Gewerkschaften, bis auf den öffentlichen Dienst, reduziert hat.

Zur aktuellen Lage nach dem Kongreß

Am Freitag, dem letzten Tag des Gewerkschaftskongresses, hat die Thatcher-Regierung nach einer Parlamentssitzung über weitere Sparmaßnahmen nochmal ausdrücklich betonen lassen, daß sie kein neues Lohnangebot für die Krankenschwestern über die bisher gebotenen 7,5% hinaus machen werde. Die Financal Times weiß zu berichten, das Thatcher sehr ärgerlich über die Gerüchte sei, daß die Regierung nach einem Kompromiß suche, bei dem sie ihr Gesicht wahren könne. Ein Antrag von Michael Foot, eine Sondersitzung des Parlaments zu dieser Frage durchzuführen, um den Generalstreik am 22. September abzuwenden und den Beschäftigten im Gesundheitswesen ein besseres Angebot zu machen, wurde bisher ebenfalls zurückgewiesen.

Der TUC-Kongreß, wie auch alle Einzelgewerkschaften haben sich entschlossen, an diesem Tag Kampfaktionen zur Unterstützung der Streikenden durchzuführen, die allesamt nach dem Beschäftigungsgesetz von 1980 illegal sind. Daß es dabei nicht nur um den Streik der Krankenschwestern geht, sondern auch um die Verhinderung des Tebbit-Gesetzes, das im Oktober das Parlament passieren soll, ist klar. Im Verlaufe des Kongresses haben sich dann auch Gewerkschaften, die vorher Zweifel daran äußerten, ob es sinnvoll sei, einen landesweiten Aktionstag am 22. September durchzuführen, dafür entschieden und einzelne Aktionen sind schon beschlossen oder werden auf örtlicher Mitgliederebene festgelegt. So haben alle großen Druckgewerkschaften beschlossen, daß 24 werkschaften beschlossen, daß 24 Stunden keine Zeitungen erscheinen werden, in den Bergwerken wird nicht gearbeitet und die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wollen Demonstrationen zu den picket-lines der Beschäftigten im Gesundheitswesen durchführen. Nachdem die Krankenschwestern befürchtet haben, daß durch eine Bestreikung der Eisenbahn und der anderen Transportunternehmen die Beschäftigten anderer Betriebe nicht zu den Demonstrationen und Kundgebungen kommen könnten, haben die Eisenbahnergewerkschaften beschlossen, nur Sonderzüge für die Demonstranten zu fahren. Durch den Beschluß von British Rail, den Eisenbahnern Lohnerhöhungen von nur 6% anzubieten und diese noch an eine Produktivitätssteigerung zu koppeln, bekommt dieser Streiktag auch für die Eisenbahnergewerkschaft wieder größere Bedeutung. Ebenso fand auf dem Kongreß auch das erste Mal ein Treffen aller 11 Stahlarbeitergewerkschaften statt, um den Kampf gegen die Werkschließungen zu koordinieren.

Insgesamt befindet sich die britische Arbeiterbewegung in einer schwierigen Lage. Der Gewerkschaftskongreß hat zwar die Grenzen des Bündnisses zwischen TUC und Labour-Party gezeigt, aber es gibt doch kein politisches Konzept, mit dem der Thatcher-Regierung entgegengetreten werden könnte oder mit dem die Labour-Party einen Kurs einschlagen könnte, mit der der Arbeiter-und -demokratischen Bewegung genutzt wäre. Die politische Zersplittertheit von der Labour-Party bis hin zu den verschiedenen hauptsächlich trotzkistischen linken Gruppierungen hat eher noch zugenommen. Die Berichterstattung über den Gewerkschaftskongreß in bezug auf die Vorbereitung des Aktionstages am 22.9. vermittelt den Eindruck, daß die Mobilisierung durch den Kongreß verstärkt worden ist, aber was kommt danach? Möglicherweise kann es gelingen, daß die Regierung durch diesen Kampftag gezwungen wird, den Beschäftigten im Gesundheitswesen eine höhere Lohnerhöhung anzubieten. Vielleicht auch unter dem Kalkül in diesem Bereich die Wogen zu glätten, um dann Anfang Oktober, wenn das Tebbit-Gesetz im Parlament abschließend behandelt werden soll, dies in Ruhe durchzuziehen. Das kann man natürlich von hier aus nicht so gut beurteilen, man hofft eher, daß der Aktionstag die Gewerkschaftsbewegung, nach den vielen Niederlagen in diesem Jahr, stärkt, so daß sie auch gegenüber der Regierung wieder handlungsfähiger wird.

Frauen in die Bundeswehr?

Wehrpflicht = Wehrrecht Nur für Männer? oder können Frauen + Männer darauf pfeifen?

1978 hat die öffentliche Diskussion darüber begonnen, ob Frauen Zugang zur Bundeswehr in breiterem Umfang als bisher erhalten sollten. Ausgangspunkt dieser Diskussion ist die Tatsache, daß es aufgrund der Geburtenentwicklung absehbar ist, daß die Bundeswehr im Jahr 1985 die von der NATO festgesetzten Personaldaten über die Stärke der Bundeswehr nicht wird einhalten können. Neuen Auftrieb erhält die Diskussion durch die Vorlage des Berichts der Kommission für Langzeitplanung der Bundeswehr im Juni 1982, in dem erneut die Einbeziehung von Frauen als mobilisierbare Personalreserve vorgeschlagen wird. Der Verteidigungsminister ist dafür, eine Prüfung der gesetzlichen Grundlagen und der finanziellen Notwendigkeiten vorzunehmen, um die Einbeziehung von Frauen als *freiwillige Zeitsoldaten* zu ermöglichen. Sein eigener und der grundgesetzliche Vorbehalt: Frauen dürfen nicht für kämpfende Verbände ausgebildet werden.
Im folgenden soll hier dargestellt werden, in welchem Umfang und auf welcher gesetzlichen Grundlage Frauen heute bereits für und in der Bundeswehr tätig sind. Desweiteren kommt es uns darauf an, die kontroverse Diskussion über die Einbeziehung der Frau ins Militär innerhalb der Frauenfriedensbewegung sowie in der feministischen Bewegung darzustellen.

Von Margarete Kochanski und Anette Mönich

Die Gründe, die bei der Remilitarisierung der Bundesrepublik im Rahmen der NATO dazu geführt haben, daß Frauen nicht eingezogen wurden, sind zweifelsohne wenig demokratischer oder frauenfreundlicher Natur: das herrschende Rollenverständnis über die Frau in der Gesellschaft sieht für die Frau einen Zugang zum Machtbereich Militär nicht vor. Das Hauptargument, das gegen die Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr vorgetragen wurde und wird, ist, daß es der *Natur* der Frau nicht entspricht, die Frau als Gebärende und Erziehende sei von Natur aus von dieser Aufgabe auszuschließen. Solange die Diskussion sich im wesentlichen zwischen den staatstragenden Parteien abspielt, ist die Gegenüberstellung von der Frau als Mutter und Erzieherin versus den Aufgaben in der Armee das bestimmende Moment – der Charakter der Armee in der BRD und ihr besonderer Auftrag im Rahmen der NATO wird ausgespart. Wie die Fronten in einer solchen Diskussion dann aussehen, zeigt vielleicht am besten das Streitgespräch zwischen Annemarie Renger, Bundestagsvizepräsidentin, SPD, und NATO-General a.D. Schmückle in der Illustrierten Quick Nr. 9, Februar 1981.

„*Schmückle:* ... Lassen Sie doch den Menschen die Freiheit. Frauen sollten sich als Soldaten ebenso beweisen dürfen wie Männer, wenn sie das von sich aus wollen. Die sind doch auch als Pilotinnen von Transportflugzeugen nicht schlechter.

Renger: Vergessen sie doch bitte nicht die Unterschiedlichkeit der Geschlechter, die nach dem Bild des Grundgesetzes gleichberechtigt aber nicht gleich sind.

Schmückle: Was wiegt daran so schwer?

Renger: Vor allem, daß Frauen Kinder kriegen können und sollen, ihre besondere biologische Situation mit allen Konsequenzen für ihren Lebensweg und ihre Lebenseinstellung.

Schmückle: Kinder kriegen können Soldatinnen auch. Sogar dann, wenn sie vom 18. bis zum 30. Lebensjahr Soldat werden. Während, in und nach diesen Jahren können sie Kinder kriegen ...

Renger: Soldatinnen lehne ich ab, ob freiwillig oder gezwungen. Ich sehe auch keine Benachteiligung darin, daß Frauen dies nicht dürfen. Die Frau, deren berufliche Situation durch die Aufgaben der Hausfrau und der Mutter ohnehin schwieriger ist, würde zusätzlich belastet. Und das ist nicht vertretbar.

Schmückle: Frauen haben auch den Vorteil höherer Lebenserwartung als Männer. Soviel nur zur Belastung. Aber ich sehe schon, Sie teilen den Dienst an der Allgemeinheit so auf: Männer leisten Wehrpflicht, Frauen leisten Schwangerschaft.

Renger: Das ist eine ganz hübsche Formulierung. Das klingt gut. Dabei könnte man es belassen, vorausgesetzt, daß Sie nicht eine Dienstpflicht zur Schwangerschaft einführen wollen.

Schmückle: Nein, Freiwillige vor."

(zit. nach „Was geht uns Frauen der Krieg an", rororo aktuell 5021, S. 25)

Während sich der General a.D. hier als liberaler Freigeist und gleichzeitig chauvinistischer Herrenreiter profiliert, tritt Annemarie Renger hier für die Beibehaltung der jetzigen Rolle der Frau in der Gesellschaft ein. Weder kritisiert sie die Rolle der Bundeswehr noch die Wahrnehmung frauenspezifischer Arbeiten im Rahmen der Armee. Und mit welchen Argumenten Frauen, die keine Kinder haben und wollen, nicht zum Bund gehen sollen, ist dann völlig schleierhaft. Die Berufung auf die Natur der Frau war weder in der Geschichte Deutschlands noch der Bundesrepublik ein Hinderungsgrund, Frauen für Verteidigungs- bzw. Angriffszwecke innerhalb der Armee zu rekrutieren. Die Faschisten, die ebenfalls das Leitbild der Frau, die die Schlachten im Wochenbett schlägt, propagierten, zogen Frauen in großem Umfange zum Dienst ein (Schützengräben ausheben, Sanitätsdienste auch an der Front) und richteten 1945, als Not am Mann im wahrsten Sinne des Wortes war, ein Frauenbataillon ein. Über die Einbeziehung von Frauen in den Zivilbereich der Bundeswehr gab es noch nie größere Debatten. In Wirklichkeit gilt das Tabu der Beschäftigung von Frauen in der Armee *nur* für die direkte Ausbildung an der Waffe. In der Bundesrepublik wurden daher folgerichtig seit Wiedereinführung der Bundeswehr die Schranken beseitigt, die einer sonstigen Einbeziehung von Frauen entgegenstehen.

Offensichtlich vertragen sich mit der „Natur" der Frau zahlreiche Aufgaben, die im Rahmen dieser Armee zu leisten sind: putzen, kochen, pflegen, Schreibmaschine schreiben, Fernmeldedienst leisten und vieles andere mehr. Stützt sich der Kampf gegen die Einbeziehung der Frauen in die Armee auf das Argument „Natur" der Frau, ist er für die meisten Bereiche gleich verloren und sprechen sich die Frauen, was noch schwerwiegender ist, damit selbst das Recht ab, mit der Waffe in der Hand an gerechten Kämpfen teilzunehmen.

Geht es Apel um Chancengleichheit oder um die Beseitigung des Personallochs in der Bundeswehr?

Insbesondere Verteidigungsminister Apel tritt in der Öffentlichkeit für die Einbeziehung der Frau in die Bundeswehr als ,,Frauenrechtler" auf. Konkret geht es um die Öffnung verschiedener Berufslaufbahnen für Frauen als Zeitsoldaten. Sein Hauptargument ist, es sei ungerecht, daß Männer auf Kosten der Bundeswehr ausgebildet werden könnten und Frauen nicht. Ihnen würde damit eine wichtige Berufsmöglichkeit abgeschnitten. Außerdem sei auch er dagegen, daß Frauen an der Waffe ausgebildet werden. Apel spekuliert auf die hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere auch bei Frauen und insbesondere darauf, daß vergessen wird, daß Sinn und Zweck dieser Maßnahme offensichtlich nicht die Emanzipation der Frau sein soll, sondern die Erfüllung der NATO-Doktrin, mit der die Bundesrepublik in Konflikt gerät, wenn sie bis 1985 nicht weiterhin 495000 Soldaten stellt. Apel ist also nicht der Erfüllungsgehilfe der Frauenbewegung, sondern der Erfüllungsgehilfe der US-Administration.

Widerstand gegen die Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr und gegen Notstandsmaßnahmen

Am bekanntesten sind Verweigerungsaktionen von Frauen geworden. Diese Aktionen beziehen sich auf den Artikel 12a Abs. 4 des Grundgesetzes, der die Dienstverpflichtung von Frauen und Männern im Verteidigungsfall vorsieht. Ebenfalls Aktionen gibt es gegen das Arbeitssicherstellungsgesetz und ausdrückliche Verweigerung von Schwesternhelferinnen gegen den Einsatz im Spannungs- oder Katastrophenfall. In der Regel werden diese Verweigerungserklärungen an die zuständigen Behörden, nämlich das Verteidigungsministerium (Notstandsgesetzgebung) und ans Arbeitsamt (Arbeitssicherstellungsgesetz) geschickt und darin vorsorglich mitgeteilt, daß die entsprechende Dienstverpflichtung abgelehnt wird. Selbstverständlich erkennen die jeweiligen Behörden diese Verweigerung nicht an, so daß es sich hier um symbolische Aktionen zur Herstellung eines öffentlichen Bewußtseins handelt.

Viele Frauen, die die Verweigerungsaktionen tragen oder zu besonderen Frauenfriedensmärschen aufrufen, begreifen sich als Frauenfriedensbewegung mit einem besonderen Auftrag innerhalb einer Bewegung für den Frieden. Das besondere Engagement von ihnen als Frauen wird oft folgendermaßen begründet:
1. Die Tatsache, daß Frauen Kinder *gebären* und erziehen, stehe diametral im Gegensatz zum Kriege führen und *töten*, also die ,,angeborene Friedfertigkeit der Frau";
2. die Erziehung der Frau zu weniger Aggressivität und mehr sozialem Engagement, im Gegensatz zur männlichen Erziehung zu Aggressivität und Konkurrenzdenken, befähige sie in besonderer Art und Weise zum Frieden – also der ,,anerzogenen Friedfertigkeit";
3. die Tatsache, daß Frauen in den großen Kriegen niemals eine führende und verantwortliche Rolle eingenommen hätten, verschaffe ihnen eine neutralere Position zum Frieden – also die ,,historische Friedfertigkeit".

Diese drei Punkte werden entweder einzeln oder auch im Zusammenhang angeführt. Sicherlich spielen diese Punkte in der spontanen Ablehnung vieler Frauen gegen den Krieg eine Rolle. Daß die spontane Ablehnung von Kriegshandlungen bei Frauen oft stärker ist als bei Männern, zeigen z.B. die Umfrageergebnisse anläßlich der Remilitarisierung der BRD, in denen sich Frauen in größerem Umfang als Männer gegen diese aussprachen. Diese moralischen Barrieren sind auch für die herrschende Klasse in der BRD schwer zu überwinden. Auch Apels Eiertänze – Einbeziehung der Frauen in die Armee, aber niemals Ausbildung an den Waffen – sind nicht nur auf *seinen* Sexismus, sondern sicherlich *auch* auf diese Tatsachen zurückzuführen.

Es macht einen Unterschied zwischen der spontanen Ablehnung von Kriegen und der politischen Führung und Begründung von Aktionen. Wenn aus der besonders engen Verbindung von Müttern und ihren Kindern hier Friedfertigkeit abgeleitet wird, so ist anderswo genauso gut die besondere Leidenschaftlichkeit im bewaffneten Kampf daraus zu erklären. Die biologische und/oder soziale Mutterschaft entbindet also nicht von der Notwendigkeit, jeweils den konkreten Krieg oder die konkrete Maßnahme zu untersuchen und *daraus* seine politische Stellung zu begründen. Nicht zu Unrecht wird Teilen der Führung der Frauenfriedensbewegung vorgeworfen, auf der Stufe der spontanen Ablehnung stehen zu bleiben, bzw. aus Gefühlen wie Mütterlichkeit eine politische Linie zu machen. Dies wirkt um so scheinheiliger, wenn es womöglich noch aus DKP-Kreisen kommt. Eine Glorifizierung der Mütterlichkeit, auch im ,,Dienst der guten Sache", bedeutet allerdings einen Rückfall im Emanzipationskampf der Frauen.

Alice Schwarzer auch im Sperrfeuer der ,,Friedensfrauen"

Vielfach wird die Position von Alice Schwarzer innerhalb der sogenannten Frauenfriedensbewegung und auch von anderen Feministinnen – so z.B. der Redaktion der Courage – so wiedergegeben, als sei Alice Schwarzer für die Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr und Verfechterin der Apelschen Pläne. Das trifft nicht zu. Alice Schwarzer hat sich im wesentlichen gegen die ,,natürliche Friedfertigkeit" der Frauen ausgesprochen und sich der Diskussion gestellt, warum Frauen vom ,,Machtbereich Militär" ausgeschlossen sind, und sich dagegen gewandt, dies als naturgegeben hinzunehmen.

,,Mit derselben Radikalität, mit der wir Frauen uns gegen die Festlegung auf den heimischen Herd wehren und Zugang zu allen wesentlichen Bereichen fordern, müssen wir uns darum die Frage nach unserem Verhältnis zum Militär stellen, denn der von uns so selbstverständlich hingenommene Ausschluß hat frauenfeindliche und gefährliche Gründe:
1. geht es um Macht: und da, wo es um Macht geht, glänzen Frauen in Männergesellschaften generell durch Abwesenheit;
2. geht es um die ideologische und reale Verfestigung des Männlichkeitswahns. (,Der muß zum Bund, damit ein richtiger Mann aus ihm wird.') Frauen bleibt durch ihren Ausschluß nicht nur absurder Drill erspart, sie lernen im Gegensatz zu den Männern auch weder

Bisherige Maßnahmen zur Eingliederung der Frauen in die Bundeswehr:

1956 **Einführung der allgemeinen Wehrpflicht.** Der Artikel 12 GG erhält mehrere Zusätze, u.a. Artikel 12 Abs. 3: „Frauen dürfen nicht zu einer Dienstleistung im Verband der Streitkräfte durch Gesetz verpflichtet werden. Zu einem Dienst mit der Waffe dürfen sie in keinem Fall verwendet werden."

Schon seit Gründung der Bundeswehr wird ein Teil der Verwaltungs- und Versorgungsarbeiten von Zivilangestellten ausgeführt. Ihr Anteil am Gesamtpersonalaufkommen der Bundeswehr liegt bei 26%. „83000 zivile Kräfte arbeiten unmittelbar in der Truppe. In der territorialen Bundeswehrverwaltung sind 71500 beschäftigt, 19 700 im Rüstungsbereich, 680 in der Militärseelsorge, 145 in der Rechtspflege, 1400 in den Hochschulen der Bundeswehr und 3700 im Bundesministerium der Verteidigung." (Weißbuch der Bundesregierung 1979, zit. nach „Frauen am Gewehr", Pahl Rugenstein Verlag, S. 41)

Von diesen Zivilangestellten sind rund ein Viertel Frauen. Sie arbeiten in Schreibstuben, als Krankenschwestern; alleine 10790 der angestellten Frauen sind in einem frauenspezifischen Bereich als Küchenhilfspersonal beschäftigt.

1968 **Notstandsgesetzgebung.** „Fassung Artikel 12 nach dem 24.6.1968 (heute gültige Fassung): *Artikel 12a* (4) Kann im Verteidigungsfall der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts-und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten 18. bis zum vollendeten 55. Lebensjahr durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall Dienst mit der Waffe leisten ...
(6) Kann im Verteidigungsfall der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche* auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufes oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes eingeschränkt werden ..."
Arbeitssicherstellungsgesetz. §2 Maßnahmen der Sicherstellung von Arbeitsleistungen. Für die Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung kann nach den Vorschriften dieses Gesetzes 1. das Recht zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses von Männern vom vollendeten 18. bis vollendeten 65. und von Frauen vom vollendeten 18. bis zum vollendeten 55. Lebensjahr beschränkt werden, 2. ein Wehrpflichtiger in ein Arbeitsverhältnis verpflichtet werden, 3. eine Frau vom vollendeten 18. bis zum vollendeten 55. Lebensjahr im zivilen Sanitäts- oder Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation in ein Arbeitsverhältnis verpflichtet werden.

1975 **Schaffung der militärischen Laufbahn für weibliche Sanitätsoffiziere.** Sie haben wie andere Offiziere auch, Befehlsgewalt über untergeordnete Soldaten und sind für Notmaßnahmen an Handfeuerwaffen ausgebildet. Bis 1982 wurden 65 weibliche Sanitätsoffiziere eingestellt.

1978 **Verteidigungsminister Apel hält einen Einsatz von Frauen** im Verband der Streitkräfte für überlegenswert.

1982 **Bericht der Kommission für die Langzeitplanung der Bundeswehr** (Juni 1982). „*Heranziehung bisher nicht benutzter personeller Potentiale. 518. Freiwilligenstatus für Frauen* Das Kriegsvölkerrecht läßt den Dienst von Frauen als Soldaten in jeder Verwendung zu. Auch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland steht einem freiwilligen Dienst von Frauen als Soldaten nicht entgegen. Artikel 12a (4) Satz 2 des Grundgesetzes bestimmt: Sie dürfen auf keinen Fall Dienst mit der Waffe leisten. Außerdem darf ihre Verwendung keine unmittelbare Gefährdung durch feindliche Waffenwirkung mit sich bringen. In Übereinstimmung mit der Verfassung dienen bereits seit 1975 Frauen aufgrund freiwilliger Verpflichtung als Sanitätsoffiziere in den Streitkräften. Es gibt derzeit 65 weibliche Sanitätsoffiziere. Aus Gründen der Gleichberechtigung von Mann und Frau wird die Bundeswehr in Zukunft mehr Verwendungsmöglichkeiten für freiwillige weibliche Soldaten schaffen müssen. Sie würde damit eine Entwickung nachvollziehen, die sich in allen anderen NATO-Staaten bereits vollzogen hat. Auch die Resolution der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau weist in diese Richtung. Die rechtlichen Gegebenheiten setzen der möglichen Zahl weiblicher Soldaten Grenzen. Sie wird auch dadurch bestimmt, daß für weibliche Soldaten im Rahmen der Personalstruktur aller Berufs- und Zeitsoldaten vergleichbare Laufbahnchancen geschaffen werden müßten. Freiwillige weibliche Soldaten könnten im Sanitäts- und Fernmeldedienst, im Stabsdienst bei Ämtern- und Kommandobehörden sowie in der Logistik, auch im Transportwesen und bei der Instandsetzung, eingesetzt werden. Die Kommission schlägt eine weitere eingehende Untersuchung vor."

* Welche Art von Arbeit kann erzwungen werden? Das Gesetz führt folgende Bereiche auf: 1. bei der Bundeswehr und bei den verbündeten Streitkräften, 2. bei Dienststellen des Bundes einschließlich der Deutschen Bundesbahn und der Bundespost, der Länder und der Gemeinden, 3. in Betrieben der Wasser- und Energieversorgung, 4. beim Zivilschutz, 5. Kranken- und Pflegeanstalten, 6. in Betrieben der Mineralölversorgung, 7. im Schiffahrts- und Verkehrsbereich.

Selbstverteidigung noch den Umgang mit Waffen – und bleiben rührend hilflos wie eh und je;
3. ist das Männermilitär extremster Ausdruck der Aufgabenverteilung zwischen Männern und Frauen: hier steht ein Jahr Militärdienst gegen 20 Jahre Mutterdienst.

Dennoch kann es uns nicht um Integration von Frauen in diese Männerbünde, nicht um unseren jetzigen Eintritt in diese Bundeswehr, die den Frieden eher schwerer als leichter macht, gehen … Aber es muß uns um die *grundsätzliche* Forderung des Zugangs für Frauen zu *allen* Machtbereichen gehen, auch zum Militär!" (aus Emma 6/78)

In Auseinandersetzung mit auf diesen Artikel folgenden Leserbriefen schreibt Alice Schwarzer in Emma 8/78: „Noch einmal sehr zu denken gegeben haben mir die Argumente, daß das Militär zur Anpassung erziehe. Auch trifft es zu, daß, wie K.H. schreibt, der einzelne Soldat, egal ob männlich oder weiblich, machtlos ist. Allerdings hat die Gruppe, der der Einzelne angehört, durch den Zugang zu Waffen und Wissen auch Macht (in diesem Falle ist diese Macht ausschließlich der Gruppe der Männer vorbehalten)."

Weiter schreibt Alice Schwarzer in einem Streitgespräch mit Sybille Plogstedt aus der Redaktion der Courage zur Frage der Gewalt und zur Funktion der Bundeswehr: „‚Die Macht liegt im Lauf des Gewehres' – das haben Unterdrücker wie Unterdrückte letztlich immer erkannt und oft genug entsprechend gehandelt. Die Frage der Gewalt und der Waffengewalt ist also nicht pauschal zu behandeln. Es gibt Unterdrückergewalt und es gibt Gegengewalt Unterdrückter. Darum ist Pazifismus um jeden Preis unpolitisch und auch so bequem für diejenigen, die im Traum


Kämpferinnen des Volkes von Eritrea im Befreiungskampf. Ohne Waffen wohl kaum vorstellbar.



nicht daran denken, ihn zu praktizieren. (Nun ist die Bundeswehr allerdings keine revolutionäre Volksarmee, sondern Teil der NATO und damit Teil des massiven Einschüchterungsapparates, mit dem sich die großen Machtblöcke gegenüberstehen …)" (Emma 12/80)

Demgegenüber begründet Sybille Plogstedt ihre Ablehnung von Frauen zum Militär nach einer längeren Schilderung über die schrecklichen Auswirkungen eines eventuellen Atomkrieges (die sicherlich von niemandem angezweifelt oder vielleicht sogar nicht für so schlimm befunden werden) u.a. damit: „Es reicht. Es muß endlich Schluß sein mit dem Soldat/in-sein, Schluß mit den Kriegen. Statt daß wir uns den Kopf darüber zerbrechen, was daran fortschrittlich ist, den Beruf einer Soldatin auszuüben, sollen wir alles tun, damit Frauen bei den Abrüstungsverhandlungen vertreten sind, denn dort brauchen wir Macht und Einfluß. Dort müssen wir den nächsten Krieg verhindern. Sonst werden wir nicht überleben." (Emma 12/80)

Anerkennenswert ist auf jeden Fall, daß sich Alice Schwarzer jeglicher Aufregung, daß Frauen womöglich zur Waffe greifen könnten oder sollten, enthält und eine politische Linie kritisiert, die aus der Natur der Frau Friedfertigkeit, Pazifismus und Gewalt- und Waffenlosigkeit als Tugenden ableitet. Die Kritik an der Wehrverfassung, die Alice Schwarzer leistet, daß Frauen generell vom Wehrdienst und damit aus einem wichtigen Machtbereich der Gesellschaft ausgeschlossen sind, ist sicher richtig. Dies trifft jedoch nicht das Wesen und Sinn und Zweck der Bundeswehr, die Teil der NATO ist. Die Bundeswehr ist nicht nur eine Armee innerhalb eines kapitalistischen Landes und daraus folgendem Auftrag und Struktur (Prinzip von Befehl und Gehorsam, keine demokratische Organisierung und Kontrolle), sondern zudem eine Armee, die dem Oberbefehl einer Supermacht unterstellt ist. Konkret bedeutet daher die Einbeziehung von Frauen und auch Männern subjektiv Unterdrückung und objektiv eine Stärkung der NATO und gerade im konkreten Vorschlag von Apel ganz offensichtlich die Einhaltung von NATO-Vorgaben. Dieses subjektive und objektive Ergebnis sieht Alice Schwarzer auch und löst für sich das Problem so, daß sie dann den Kriegsdienst verweigern würde. Das mag für einzelne zwar eine Lösung sein, gesellschaftlich ist damit das Problem der Funktion des Militärs jedoch nicht gelöst.

Wenn nicht die Frauen, warum dann die Männer?

Wehr*recht*, als demokratisches Recht zu fordern, für Frauen und Männer, als ein Mittel, um z.B. zu verhindern, daß die Armee leichter sowohl in ungerechten Kriegen nach außen wie für Unterdrückung nach innen eingesetzt wird, hat ja sowohl eine lange demokratische wie sozialistische Tradition. Begründet wurde es immer damit, daß stehende Heere wesentlich besser einsetzbar sind und daß die Wehrpflicht für die jeweils herrschende Klasse, weil sie große Teile der unterdrückten Klassen einzieht und dann notgedrungen auch die Teile, die ihr feindlich gesinnt sind, militärisch ausbilden muß, ein Risiko darstellt.

Die geschichtlichen Erfahrungen zeigen jedoch, daß dieses Risiko im „Ernstfall" nicht ausschlaggebend war, nur in Verbindung mit Niederlagen von imperialistischen Armeen die Zersetzung innerhalb der Armeen vorankam. Gefährlicher ist der US-Armee z.B. die Wehrunlust, Desertationen und der Widerstand gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht geworden, verbunden mit dem Problem, daß sich nicht genügend in ihrem Sinne „gute" Freiwillige finden.

Auch wenn im konkreten Falle, was die gegenwärtige Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr angeht, unserer Meinung nach es notwendig ist, dagegen zu kämpfen, weil weder subjektiv noch objektiv damit Emanzipatorisches erreicht wird, sondern nur die NATO-Strategie dadurch gestärkt würde, wird jedoch gleichzeitig durch die Debatte „Frauen in die Bundeswehr" die allgemeine Frage aufgeworfen – und zwar nicht ausgehend von einem „pazifistischen" Standpunkt –, welcher Sinn im Wehrrecht für Männer in der BRD und in der Bundeswehr steckt, bzw. ob es richtig ist, allgemein Wehrrecht für alle zu fordern und es jeweils im konkreten Falle dann abzulehnen.

Wir (die Verfasserinnen, der KBW, aber natürlich längst nicht nur der KBW, sondern große Teile der revolutionären Linken) haben die Sache eigentlich immer so gesehen, daß Kriegsdienstverweigerung keine „politische Linie" ist, um den Kampf gegen die imperialistische Armee und den imperialistischen Krieg zu führen.

Konkret waren wir wie viele Linke der Meinung, daß man den Wehrdienst wahrnehmen sollte, um sich an den Waffen ausbilden zu lassen, um nicht gegenüber einer waffenstarrenden herrschenden Klasse wehrlos dazustehen. „Klar" war auch immer, daß gleichzeitig der Kampf für eine Änderung der Wehrverfassung geführt werden müsse in Richtung Volksbewaffnung – Volksmiliz. Zwischen dem Prinzip und dem, was konkret lief, war aber schon immer ein Riesenabgrund. Dieser Riesenabgrund führt ja auch dazu, daß in der Diskussion „Frauen in die Bundeswehr" auch „Nicht-Pazifisten" gegen die Einbeziehung sind.

Der Kampf für eine Volksbewaffnung/Volksmiliz ist solange abstrakt, solange er nicht verbunden ist mit einer Auseinandersetzung um die Verteidigungsstrategie und die Notwendigkeit einer Armee, ihrem Umfang, ihrem Aufbau. Konkret hier in der BRD: in Abgrenzung zur NATO und ihrer Strategie.

Wenn das so ist, so folgt daraus aber auch, daß wir nicht nur gegen die Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr wenden müssen, sondern auch das „Wehrrecht" für Männer nicht mehr als Recht anerkennen, sondern als unzumutbare Pflicht ablehnen. Also nicht: Frauen zum Bund – Nein Danke. Sondern Frauen und Männer zum Bund – Nein Danke – ohne daß wir damit meinen, daß bei der Austragung politischer Konflikte auf Gewalt verzichtet werden kann und wird. Wehrpflicht kann offensichtlich nur als positives Recht wahrgenommen werden, wenn sich der Auftrag der Armee mit den Interessen des Volkes decken.

Ein weiterer Punkt, der zwischen größeren Teilen der Frauenfriedensbewegung und Teilen der Radikal-Feministinnen umstritten ist, ist ebenfalls nichts Frauenspezifisches, wie ja bei praktisch allen sogenannten Frauenfragen, sondern von ausgesprochen allgemeinem Interesse: das Verhältnis des Kampfes um Gleichberechtigung und des Kampfes für den Frieden. Den „Friedensfrauen" wird vorgeworfen, sie würden vor lauter „Friedfertigkeit" und Raketenzählen den Frieden schon so verinnerlichen, daß sie auf die tägliche Gewalt, auf die sie im Beruf, in der Familie, in der Gesellschaft generell, auch nurmehr friedlich reagieren würden. Positiv wird demgegenüber gesagt, daß diejenige und derjenige, der nicht für seine täglichen Interessen kämpft, auch im Kampf für den Frieden lächelnd beiseitegeschoben wird. Soweit so gut.

Gleichzeitig spielt in diese Auseinandersetzung das Verhältnis zur Gewalt hinein, weil sich der Verdacht der „Friedfertigkeit" oft aufgrund von lauthals propagierter Gewaltlosigkeit einstellt. In der Regel wird dann gesagt, und das können wir sicher auch unterschreiben, daß Friedfertigkeit immer von Unterdrückten verlangt wurde und diese dann oft den Fehler machten, diese ihre Schwäche als Tugend zu verstehen. Also, daß der Sklave, der Arbeiter, die Frau, sich solange sie sich ihrer Friedfertigkeit rühmen, immer die Unterdrückten bleiben werden. Gebont. Es wird der Erscheinung eines „neuen Pazifismus" aber nicht gerecht, hinter dem nämlich oft nicht prinzipieller Pazifismus steckt. „Die Forderung nach Gewaltlosigkeit wird allzu häufig noch als die Forderung der Unterdrücker verstanden. Dabei hat sie in der Friedensbewegung und der Theorie der Gewaltlosigkeit einen ganz anderen Grund. Sie ist eine Strategie, mit der man eine rasche Eskalation der Repression vermeiden kann, um die Fähigkeit der Bewegung, Veränderungen zu erzwingen, schneller zu steigern, als die andere Seite ihre Fähigkeit zur Repression steigern kann.

Es ist also dringend notwendig, in theoretischer und praktischer Arbeit nach einer Lösung für die Rollenkonflikte der aktiven Frauen mit der Strategie der Gewaltlosigkeit zu suchen …" (H.M. Birckenbach in „Nicht friedlich und nicht still", Frauenbuchverlag, S. 146 f.)

Letzteres ist sicher kein Problem, das der Friedensbewegung vorbehalten ist, sondern stellt sich in allen Auseinandersetzungen, wo wir als Revolutionäre mit dieser neuen Form des Pazifismus konfrontiert werden. Wir meinen nicht, daß wir jetzt alle Osterglocken pflanzen sollten und daß das Wahre ist – sicher ist aber, daß es zu kurz gegriffen ist, wenn die Theorie der Gewaltlosigkeit mit Pazifismus gleichgesetzt wird, auch wenn sie das natürlich manchmal *auch* ist.



Die Karikaturen stammen aus der Zeitschrift „Emma"

Diese Erde der Menschheit

Ein neuer Romanzyklus aus Indonesien

mat. Man mag darüber verschiedener Meinung sein, ob das Bewußtsein über die notwendige Solidarität mit dem Kampf der Länder der Dritten Welt in Europa neu geschaffen werden muß, oder ob es „nur" darum geht, die Solidarität auf eine neue Grundlage zu stellen. Leugnen läßt es sich jedenfalls nicht, daß unser Verständnis der Widersprüche in der Dritten Welt, die alte Machtstrukturen aufbrechen und verschiedenste Klassen und Schichten der im Umbruch befindlichen Gesellschaften in den Kampf hineinziehen, bei uns noch wenig entwickelt ist. Das liegt nicht zuletzt an mangelnder praktischer Erfahrung mit dem Alltag dieser Länder, die aus der Ferne nur schwer zu vermitteln ist. Die Literatur der Dritten Welt, darauf wurde in der KVZ wiederholt hingewiesen, kann Zugang zu dieser Erfahrung vermitteln; denn wo sie dem Anspruch auf Verarbeitung zeitgenössischer Probleme gerecht wird, hat sie zwangsläufig die Verarbeitung gesellschaftlicher Probleme zum Inhalt.

Eines der wichtigsten Werke des südostasiatischen Raums ist der vierteilige Romanzyklus des indonesischen Autors Pramoedya Ananta Toer, dessen erste beiden Bände 1980 erschienen, bis Mai 1981 bereits fünf Auflagen erlebten und dann verboten wurden. Für europäische Leser ist bisher leider nur der erste Band, Bumi Manusia, in englischer Übersetzung unter dem Titel „This Earth of Mankind" (Diese Erde der Menschheit) zugänglich.

„Diese Erde der Menschheit" ist eine der Arbeiten, die Ananta Toer während eines langen Aufenthalts als politischer Gefangener auf der Insel Buru schrieb. Von seiner Verhaftung 1965 bis 1973 standen ihm weder Tinte noch Papier zur Verfügung, und er mußte, um arbeiten zu können, sich die einzelnen Kapitel täglich auswendig hersagen. 1975, vier Jahre vor seiner Entlassung in die Freiheit, konnte er endlich mit der Niederschrift beginnen. Das Ergebnis ist indonesische Geschichte, dargestellt in dem Lebensbericht des Javaners Minke.

Minkes Vorfahren gehörten der herrschenden Klasse des alten Java an. Ihrem Einfluß ist es zu verdanken, daß Minke 1898 als einziger Javaner die holländische Oberschule besucht. Trotzdem ist er nur ein „Eingeborener", nicht einmal ein „Indo" mit indischem Blut, einer, dem bei Ämtern und Gerichten verboten werden kann, Holländisch zu sprechen – die Sprache, in der er in der Schule in holländischer Geschichte und Kultur unterwiesen wird. Minke ist entschlossen, diese und andere Demütigungen hinzunehmen, um das Wissen einzusaugen, mit
men, um das Wissen einzusaugen, mit
dem er Java der modernen Welt öffnen will.

Zwei Überzeugungen ziehen sich durch seine Erzählung: daß die von der Kolonialmacht ins Land gebrachten Errungenschaften Voraussetzung für die Überwindung der alten Ordnung sein müssen, und daß nur die gebildeten Schichten Javas der Aufgabe gewachsen sind. Noch in der Schule beginnt Minke, erst Kurzgeschichten und dann Reportagen für Zeitungen zu schreiben, die weite Verbreitung finden. Er findet Zugang zu dem landwirtschaftlichen Großbetrieb des Holländers Mellema, wo er bei einem Rundgang, geführt von Annelies, der Tochter des Hauses, staunend die Organisation eines kaptialistischen Betriebes sieht:

„Durch die hintere Tür kamen wir in einen Raum, der mit Eisenringen versehene Fässer barg. Oben auf dem größten stand eine Buttermaschine. Der Geruch von Kuhmilch erfüllte den Raum. Leute arbeiteten geräuschlos, als wären sie stumm. Hin und wieder wischten sie sich mit einem Stück Tuch über den Körper. Jeder trug ein weißes Stirnband. Alle trugen weiße Hemden; die Ärmel waren 10 Zentimeter über ihren Ellbogen eingerollt. Nicht alle von ihnen waren Männer. Einige waren Frauen; man sah es an den Batik Kains unter ihren weißen Hemden. Frauen, die in einem Unternehmen arbeiteten. Die sogar Kalikohemden trugen! Dörflerinnen in Arbeitskitteln! Und nicht in ihrer eigenen Küche! Ob sie unter ihren Kalikohemden auch ein Brusttuch trugen?

Eine nach der anderen sah ich sie mir an. Nur für einen Augenblick schenkte jede mir ihre Aufmerksamkeit.

Annelies wandte sich jeder der Reihe nach zu, und sie grüßten sie, ohne zu reden, nur durch ein Zeichen. Hier erfuhr ich zum ersten Mal, daß dieses schöne kindhafte Mädchen auch eine Aufseherin war, die man zu beachten hatte, ob Mann oder Frau.

Der Anblick von Frauen, die ihre Küche zurückgelassen hatten, die Arbeitskleidung trugen, im Betrieb eines anderen ihren Lebensunterhalt suchten, Umgang mit Männern hatten, machte mich ganz benommen. War das auch ein Zeichen der modernen Zeit in den Ostindischen Inseln?

‚Du wunderst Dich, daß Frauen arbeiten?'

Ich nickte.

‚Sie tragen hier dieselben Uniformen, die die Arbeiter in Holland tragen müssen, nur können wir ihnen nur Kaliko geben.' "



1874, nach der Strafexpedition gegen die aufständischen Atjeh ziehen die holländischen Kolonialtruppen ein: „Die Bürger von Surabaya grüßen die Land- und Seestreitkräfte".

Über den Besitzer Mellema erfahren wir, daß er seine Zeit seit Jahren im Bordell verbringt, während der Betrieb von Annelies und ihrer Mutter, einer Nyai, also der gesetzlich nicht anerkannten javanischen Frau Mellemas geleitet wird. Minke verdrängt die parasitische Erscheinung Mellemas und ist einzig der Bewunderung voll für die Geschäftstüchtigkeit der Nyai, die so anders ist als andere „Eingeborene". Sein Abscheu vor dem alten Java nimmt traumatische Züge an, als er eines Tages vor dem Bupati, den von den Holländern benutzten Regenten der alten Ordnung, zitiert wird:

„Also vor den Bupati von B. werde ich gebracht! ‚Gott!' worum geht es hier nur? Und muß ich, Schüler der holländischen Oberschule, vor ihm kriechen und zum Abschluß eines jeden meiner Sätze jemandem huldigen, den ich überhaupt nicht kenne? Wie ich den Gang zum Pendepo entlang ging, schon unter dem Licht von vier Lampen, war mir zum Heulen zumute. Was hat man davon, daß man europäische Wissenschaft studiert und lernt, Umgang mit Europäern pflegt, wenn man am Ende doch kriechen muß, wie eine Schlange am Boden lang kriechen, und irgend einen kleinen König anbeten, der wahrscheinlich nicht einmal lesen kann? ‚Guter Gott!' Eine Audienz beim Bupati haben, bedeutet, zum Objekt einer Demütigung zu werden, ohne daß man sich verteidigen kann. Nie habe ich jemanden gezwungen, sich mir gegenüber so aufzuführen. Warum mußte ich das für andere tun? Verdammter Dreck!

Siehst Du, stimmt's nicht? Schon hielt der Polizist mich dazu an – welche Unverschämtheit –, Schuhe und Strümpfe auszuziehen. (...) Er wies mir den Platz an, wo ich zu sitzen hatte, die Augen auf den Boden gerichtet, vor einem Schaukelstuhl. Einer meiner Lehrer hatte eimal gesagt: Der Schaukelstuhl ist das Schönste, was die Ostindienkompagnie nach ihren Bankrott zurückgelassen hat. Aduhai! Schaukelstuhl, Du wirst Zeuge sein, wie ich mich demütigen muß, um einem Bupati Ruhm angedeihen zu lassen, den ich noch nicht einmal kenne. Was würden meine Freunde sagen, wenn sie mich so sehen würden, so auf den Knien vorwärtsrutschend, wie einer ohne Schenkel, auf ein Überbleibsel der Kompagnie aus der Zeit ihres Bankrotts zukriechend?

‚Ja, geh' auf den Knien, Ndoro Raden Mas?', trieb der Polizist seinen Büffel ins Schlammloch.
Schlammloch.

Und in drei Sprachen fluchend legte ich die beinahe zehn Meter zurück."

Es stellt sich heraus, daß der neu berufene Bupati sein eigener Vater ist, und so nimmt das Erlebnis eine günstige Wendung. Minke kann sogar vor Schulabschluß Annelies heiraten. Bei den Hochzeitsvorbereitungen, während seine Mutter ihm die javanische Hochzeitskleidung anlegt, verdichten sich Minkes Zweifel über seine Entfernung von nationaler Tradition zum ersten Mal:

„Mutter rieb mir das Gesicht, Hals, Brust und Arme mit einer Flüssigkeit ab, deren Namen ich nicht kannte.

‚In den alten Zeiten', begann Mutter, ganz so wie zu den Zeiten, als ich noch klein war, ‚hätten Länder ganze Kriege geführt, um solch ein Mädchen wie meine Schwiegertochter ihr eigen nennen zu können. Mbedah praja, mboyong putri, war ein Sprichwort unserer Vorfahren; Sieg über Königreiche, Besitz ihrer Prinzessinnen. Heute sind die Dinge weniger bewegt. Das ist nicht mehr so wie als ich klein war, und schon gar nicht so wie damals, als deine Großmutter klein war. Die Holländer sind zwar mächtig, aber sie haben nie die Frauen oder Töchter der Leute gestohlen wie die Könige, die über unsere Vorfahren herrschten. Ach Kind, wenn du damals gelebt hättest, wärest du ständig zum Schlachtfeld gerufen worden, wolltest du im Besitz deiner Frau bleiben, dieses Engels. Vielleicht ist sie sogar noch schöner. Ihre Wangen, ihre Lippen, ihre Stirn, ihre Nase, sogar ihre Ohren – alles ist wie aus Wachs modelliert, nach den Wünschen aller Männer geformt. Wie stolz ich bin, sie als Schwiegertochter zu haben. Du hast mich so glücklich gemacht, Gus.'

‚Sie hat nicht genug von Java in sich, Mutter, Deine Schwiegertochter.'

‚Du bist glücklich mit ihr, oder nicht? (...) Du hast ihr also verboten, sich die Zähne feilen zu lassen? Findest du ihre spitzen Zähne nicht abstoßend?' ‚Die Zähne meiner Frau sollen bleiben, wie sie sie bekommen hat, Mutter.' ‚Wie holländische Zähne, wie die unbefeilten Zähne eines Menschenfressers.' ‚Warum reibt Mutter mich so, als hätte ich nie ein Bad genommen?' ‚Psst, an deinem Hochzeitstag will ich dich wie ein Kind der Götter vor mir sehen. Dann werden wir uns beide in Zukunft keine Vorwürfe machen müssen.' (...)

‚Kommen die Vorfahren der Holländer auch zu den Hochzeiten ihrer Nachfahren?' ‚Psst, was kümmern dich die Holländer? Du bist immer noch nicht javanisch genug. Die Leute sagen, du seist jetzt ein Gebildeter, aber wo sind deine Gedichte, die ich mir nachts vorsingen kann, wenn ich dich vermisse?'

‚Ich kann nicht auf Javanisch schreiben, Mutter.'

‚Ach, wenn du noch javanisch wärest, könntest du immer Javanisch schreiben. Du schreibst für die Holländer. Warum verehrst du sie so sehr? Sie trinken und essen auf javanischem Boden. Du selbst trinkst und ißt nicht von holländischem Boden. Warum ehrst du sie so sehr mit deiner Aufmerksamkeit?'

‚Ja, Mutter?'

‚Was heißt da Ja? Deine Vorfahren, die Könige Javas, habem alle Javanisch geschrieben. Schämst du dich vielleicht, javanisch zu sein? Schämst du dich, daß du kein Holländer bist?' "

Minke wird wegen seiner Heirat der Schule verwiesen. Durch die Fürsprache seiner Lehrerin, von der die Kollegen sagen, sie gehöre der holländischen „radikalen Gruppe" an – wenig später wird sie nach Holland zurückbeordert –, kann er die Schule aber beenden.
Alles scheint zum besten zu gehen, da
Alles scheint zum besten zu gehen, da findet man Mellema tot im Bordell auf, und die Verfügung eines Gerichts aus Holland trifft ein: Der Besitz fällt dem in Holland lebenden Sohn Mellemas aus der rechtmäßigen Ehe mit einer in Holland lebenden Frau zu; die minderjährige Annelies wird „zur Fortsetzung ihrer Ausbildung" unter dessen Obhut bestellt. Alle Zeitungsartikel, von Minke auf holländisch abgefaßt und von befreundeten Redakteuren für die javanischen Zeitungen übersetzt, helfen nicht, seine Heirat nach javanischer Sitte ist ungültig:

„Wieder erhalten Annelies und Nyai eine Vorladung vom Gericht. Annelies war es unmöglich hinzugehen. Nur Mama (gemeint ist Nyasi, *d. Übers.*) und ich gingen hin, ohne die Begleitung eines Anwalts. Meine Frau wurde derweil von Dr. Martinet versorgt.

Der Richter fragte sofort, wo Annelies sei. ‚Krank, in der Pflege von Dr. Martinet.'

‚Haben Sie einen Brief des Doktors mitgebracht?'

Voll Bestürzung hörte ich die rauhe Antwort Nyais: ‚Hat das Gericht bereits entschieden, daß man meinem Mund nicht trauen kann?'

‚Gut', antwortete der Richter mit roten Gesicht. ‚Nyai sollte höflicher sein.'

‚Warum sollte jemand, der im Begriff ist, alles zu verlieren, angesichts seines Verlustes Höflichkeit zeigen? Sagen Sie uns einfach, was Sie wollen.'

Der Richter vermied absichtlich die Konfrontation mit der Eingeborenenfrau. Er gab nach.

‚Gut. Ich habe in meinen Händen den Beschluß des Gerichts von Surabaya betreffend Annelies Mellema, anerkanntes Kind des verstorbenen Herrn Mellema. Gemäß diesem Beschluß wird Fräulein Annelies Mellema in fünf Tagen von Surabaya per Schiff überstellt.'

‚Sie ist krank', wandte Mama ein.

‚Es gibt an Bord gute Ärzte.'

‚Ich protestiere gegen ihre Abreise. Ich bin ihr Ehemann.'

‚Wir haben keinen Vorgang über irgendwen, der angibt oder auch nicht angibt, ihr Ehemann zu sein. Sie ist noch unverheiratet, ohne Ehegatten.'

Diesen Teufel konnte man zu keiner Diskussion bewegen. Er zog seine Taschenuhr, stand vom Stuhl auf und ließ uns stehen.

Wir zwei verließen das Gebäude in unerwartetem Zorn. Ich bat Mama, allein nach Hause zu gehen. Ich suchte Kommer und Nijman auf, ihnen die Neuigkeit mitzuteilen, und half ihnen sogar dabei, die Meldungen fertigzustellen, bis hin zum Setzen der Überschriften auf allen ihren Pressen. Am selben Nachmittag war die Meldung heraus."

Mit Annelies' Verschiffung unter Polizeieskorte endet das Buch. Der Mythos, die Holländer raubten keine Frauen und Töchter, ist verflogen. Und noch etwas zeichnet sich am Ende ab: In den Dörfern lesen sich die Menschen die Artikel der javanischen Zeitungen vor; aufgebracht versammeln sich Bauern von überall her vor Mellemas Hof, um die Deportation zu verhindern. Es kommt zu einer blutigen Schlacht mit der Polizei; Nyai und Minke beobachten sie angsterfüllt hinter verschlossenen Türen und Fenstern. Noch ist die Intelligenz nicht bereit, sich mit den Massen zu verbinden. Man darf gespannt sein, ob und wie sich diese Verbindung in den folgenden Büchern herstellt.

Minke – oder der Autor? – sieht seine Tätigkeit als Schriftsteller nicht gänzlich als Neuanfang. Mehrere Ge-
gänzlich als Neuanfang. Mehrere Ge-
nerationen vor ihm hat ein Holländer, der von Minke und seiner Lehrerin verehrte Eduard Douwes Dekker, unter dem Namen Multatuli beißende Attacken gegen die Kolonialherrschaft veröffentlicht. Der kürzlich fertiggestellte holländische Film „Max Havelaar" beruht auf seinen Werken. Wo sich eine Gelegenheit ergibt, ihn zu sehen, sollte man sie ergreifen als Einführung in Ananta Toers Werk, das hoffentlich bald auch auf Deutsch zugänglich wird.

Pramoedya Ananta Toer:
This Earth of Mankind.
Penguin Books, ISBN 014006334 X

Fernsehtip

Wenn man sich heute den 1951 entstandenen Spielfilm **„Umberto D."** von Vittorio De Sica noch einmal anschaut, dann dürfte sie in dem Film geschilderte Lage von Rentnern in Italien sehr gut mit der Situation in den verschiedensten europäischen Ländern heute vergleichbar sein. Auch dieser Film besticht durch seine Verbindung zwischen realistischer Schilderung und Enthüllung gesellschaftlichen Elends und der gefühlvoll erzählten individuellen Geschichte eines armen Rentners. *Sonntag, 19.9., 14.50 Uhr im ZDF* – Wenn Rainer Werner Fassbinder Literatur verfilmte, dann meist so wie er die Geschichte selbst sah. Es gibt eigentlich nur eine Ausnahme: **„Effi Briest"**. Hier hatte Fassbinder sich gänzlich der Romanvorlage verschrieben und mit dem Mittel des Schwarz-Weiß-Films die Aussage zu verstärken gesucht. Viele Kritiker meinen, das sei Fassbinders größter Film, wahrscheinlich, weil er seinem Wesen nach so unprovokativ und handwerklich „schön" und geschlossen ist. Die internationale Aufmerksamkeit hat Fassbinder allerdings mit diesem Film vollends auf sich gezogen. *Sonntag, 19.9., 20.30 Uhr im ZDF* – Ein weiterer Kenji Mizoguchi-Film aus Japan, **„Die Flammen meiner Liebe"**, schildert den Kampf einer japanischen Frauenrechtlerin am Ende des 19. Jahrhunderts und ist zugleich auch eine Auseinandersetzung mit den Geburtsjahren des „modernen Japan". *Montag, 20.9., 23.00 Uhr im ARD* – Kriminalität als Frucht gesellschaftlicher Situation bildet den Kernpunkt des bulgarischen Spielfilms **„Der Verlust"**. Regisseur Kassaboff drehte diesen Film 1977 mit dem Anspruch, Dokumetarisches, Soziologisches und individiuelle Entwicklung der Hauptperson miteinander zu verbinden. *Dienstag, 21.9., 22.05 Uhr im ZDF* – Das ZDF hat in ganz eigener Weise seinen Beitrag zum hessischen Landtagswahlkampf geliefert, indem es die Sendung **„Querschnitte: Vor den Menschen stirbt der Wald"** von Hoimar von Ditfurth kurzfristig aus dem Programm nahm und in den November verlegte.